E&W
Erziehung & Wissenschaft 05/2020
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

in Bildungseinrichtungen

Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie
www.gew.de/corona

Foto: privat

ANJA VOSS

Hohe Belastung

Arbeitsbedingungen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Möglichkeit, ein gesundes Leben zu führen. Pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen arbeiten in Deutschland ebenso wie Lehrerinnen und Lehrer unter heterogenen Arbeitsbedingungen, zu denen rechtliche, organisatorische und soziale Rahmenbedingungen sowie personelle, finanzielle und materielle Ausstattungsmerkmale gehören. Für Kindertageseinrichtungen ist empirisch belegt, dass strukturelle Rahmenbedingungen in einem Wechselverhältnis zu der Gesundheit pädagogischer Fachkräfte stehen: So haben die Rahmenbedingungen in Kitas Einfluss auf das Auftreten verschiedener psychischer und körperlicher Erkrankungen und auf die Bewertung der eigenen Gesundheit – unabhängig vom Alter.

Zu den Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit und Sicherheit des Kita-Personals maßgeblich beeinflussen, gehören bei den organisatorischen Faktoren insbesondere der Fachkräftemangel bzw. die damit einhergehende angespannte Personalsituation. Diese wiederum kann zu Zeitdruck und damit zu weniger Zeit für die Kinder, die mittelbare Arbeit oder die Pausen führen. Auch die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung des Berufs, die sich neben geringen Aufstiegsoptionen in einer zu geringen Bezahlung zeigt, kann die Gesundheit pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kitas beeinflussen. Bei den technisch-physikalischen Bedingungen spielt Lärm mehreren Untersuchungen zufolge eine große Rolle. Lärm wird von rund 90 Prozent der Befragten der STEGE-Studie als häufige und starke Belastung erlebt, dabei fühlen sich ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker belastet als jüngere. In halboffenen Gruppen scheint die Belastung höher zu sein als in der offenen oder geschlossenen Gruppenarbeit. In Kitas werden zum Teil Lärmpegel von über 100 Dezibel gemessen. Zudem sind die Nachhallzeiten, die durch die Reflexion des Schalls an Wänden, Decken und Fußböden entstehen, in rund 80 Prozent der Gruppenräume zu lang. Eine schlechte Raumakustik kann dazu führen, dass Kinder und pädagogisches Personal lauter sprechen, mehr schreien und aggressiver werden. Lärmspitzen lassen sich immer mal wieder aushalten, jedoch nicht als Dauerzustand. Ein hoher Lärmpegel beeinträchtigt die Informationsverarbeitung, Konzentration und das sprachliche Lernen. Um die Lärmbelastung zu reduzieren, bieten sich nach einer Lärmdiagnostik bauliche und organisatorische Lärmschutzmaßnahmen an.

Bei den ergonomischen Bedingungen führen insbesondere die Arbeit an Mobiliar, das nicht erwachsenengerecht ist, und das (unergonomische) Heben, Tragen und Bücken zu Muskel-Skelett-Beschwerden, insbesondere in der Betreuung der Kinder, die jünger als drei Jahre sind. Als soziale Faktoren sind sowohl Teamklima und Führungsqualität als auch Gestaltungs- und Handlungsspielräume bzw. selbstbestimmtes Arbeiten oder Unterstützung und Anerkennung durch Vorgesetzte, Eltern und Kinder relevant für die Gesundheit der Fachkräfte.

Die Chancen, Kita und Schule als gesunde Lebenswelt nicht nur für Kinder, sondern auch für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Lehrkräfte zu gestalten, sind durch das Präventionsgesetz und die Bundesrahmenempfehlungen deutlich gestiegen. Gleichwohl bleibt Gesundheitsförderung in Bildungseinrichtungen häufig auf der Projektebene („Projektitis“) verhaftet und müsste stärker als integrales Konzept der Organisationsentwicklung verstanden und nachhaltig verankert werden. Die Gestaltung gesundheitsförderlicher Verhältnisse bzw. Arbeitsbedingungen setzt ein systematisches Vorgehen voraus und ist als ein längerfristiger Veränderungsprozess im Sinne einer „Lernenden Organisation“ zu verstehen.

Anja Voss,
Professorin für Bewegungspädagogik/-therapie
und Gesundheitsförderung an der Alice Salomon Hochschule in Berlin

Inhalt

Gastkommentar
Hohe Belastung Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Lärm in Bildungseinrichtungen
1. Besseres Lernklima in Wiesbadener Schule: Stressfaktor Lärm Seite 6
2. Prävention: Mit Teppich, Filzgleiter und Betriebsrat Seite 10
3. Physischer wie psychischer Schaden in der Kita: Lärm ist kein Naturgesetz Seite 12
4. Interview mit Michael E. Deeg: „Lärmpausen einlegen“ Seite 16

Berufliche Bildung/Weiterbildung
Duale Ausbildung unterstützt Geflüchtete: 3 + 2 = Integration Seite 18

Schule
1. Interview mit Pierre Tulowitzki: Schulleiter besser qualifizieren Seite 20
2. Sachsen-Anhalt: Volksbegehren in der Corona-Falle Seite 22

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren Seite 23

Schwerpunkt: Corona-Pandemie
1. GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Gesundheitsschutz hat Vorrang Seite 27
2. Interview mit Franziska Böhmer: „Notfalls unterrichte ich im Hinterhof“ Seite 28
3. Bildungsungerechtigkeit verstärkt: Schulische Abseitsfalle Seite 30
4. Digitalisierung in Zeiten der Corona-Pandemie: Krise als Chance Seite 32
5. Digitaler Unterricht ohne Klassenverbund: Keine Chance für Einstein Seite 34
6. Interview mit Gergana Vladova und André Renz: Learning by Doing Seite 36
7. Meldungen rund um die Corona-Krise Seite 39

Internationales
Interview mit Marijke Mulder: Not der Näherinnen nimmt zu Seite 40

Medien
Interview mit Jasper Prigge: „Jede Lehrkraft hat mit Urheberrecht zu tun“ Seite 42

Länderserie Digitalisierung
Hamburg: Füller, Schulbuch, Laptop Seite 43

Leserforum Seite 44

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 72. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter: www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Bundesländer zögerlich

Die groß angelegte Initiative zur Digitalisierung der Schulen in Deutschland kommt nur schleppend voran. Von den 5,5 Milliarden Euro des Digitalpakts Schule sei bislang nur ein Bruchteil abgerufen geworden, teilt der Digitalverband Bitkom in Berlin mit. Eine Umfrage des Verbandes ergab, dass bislang erst zwölf Bundesländer Förderanträge bewilligt haben. In Hessen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein stehe das noch aus. „Der Digitalpakt Schule kann und muss ein Meilenstein für die Digitale Bildung werden, aber wir kommen mit der Umsetzung viel zu zögerlich voran", kritisierte Bitkom-Präsident Achim Berg in einer Mitteilung des Verbandes.

Der Digitalpakt Schule war am 17. Mai 2019 in Kraft getreten. Vorausgegangen war ein langer Streit zwischen Bund und Ländern, weil das Grundgesetz geändert werden musste, damit der Bund das Geld zur Verfügung stellen kann. In Bildungsfragen darf er den Ländern normalerweise nicht reinreden. Bis 2024 stellt der Bund mit dem Pakt fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen in Deutschland bereit. Hinzu kommt ein Eigenanteil der Bundesländer von 555 Millionen Euro. Die Schulträger können beim jeweiligen Land Fördermittel beantragen.

Die Höhe der bewilligten Fördermittel unterscheidet sich der Bitkom-Umfrage zufolge je nach Bundesland beträchtlich. Mit Abstand die größte Summe entfällt auf Hamburg, wo bereits Förderanträge der Schulen mit einem Volumen von insgesamt 116,1 Millionen Euro bewilligt wurden (insgesamt stehen dem Stadtstaat 128 Millionen Euro zur Verfügung, s. S. 43). Dahinter folgen Sachsen (15,2 Millionen Euro), Bayern (9 Millionen Euro), Baden-Württemberg (3,8 Millionen Euro), Thüringen (3,1 Millionen Euro), Berlin (2,1 Millionen Euro) und Bremen (1,5 Millionen Euro). Die übrigen Bundesländer machten keine Angaben zum abgerufenen Fördervolumen.

Mehr Studierende ohne Abitur

Noch nie sind so viele Studierende ohne Abitur an den deutschen Universitäten eingeschrieben gewesen. Ohne zuvor die allgemeine Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben zu haben, studierten 2018 rund 62.000 Menschen, wie aus einer Berechnung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) hervorgeht. Das sind 2,2 Prozent aller Studierenden. Im Vergleich zum Jahr 2013 hat der Anteil der Studentinnen und Studenten ohne Abitur um 35 Prozent zugelegt. Bei den Erstsemestern ohne Abi haben Hamburg (5,8 Prozent), Nordrhein-Westfalen (4,0) und Hessen (3,8) die Nase vorn. Schlusslicht ist das Saarland mit 1,1 Prozent.

Möglich ist ein Studium ohne Abitur für Menschen, die sich im Beruf qualifiziert haben, zum Beispiel durch einen Meistertitel im Handwerk. So ersetzt etwa die Note aus der Meister- oder Fachwirtprüfung die Abiturnote. Eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie Berufserfahrung sind Voraussetzung.

Lohnsteuer-Grundbegriffe

Für die meisten Steuerpflichtigen endet in wenigen Wochen die Abgabefrist für die Steuererklärung des vergangenen Jahres. Für jene, die ihre Erklärung selbst machen wollen, bietet der Deutsche Gewerkschaftsbund Hilfe an. Vor kurzem sind die Lohnsteuer-Grundbegriffe 2020 des DGB erschienen. Das Nachschlagewerk informiert Lohnsteuerpflichtige über das „Fachchinesisch" des Lohnsteuerrechts und bietet mit anschaulichen Beispielen eine praktische Hilfe beim Ausfüllen der Steuererklärung. Als Druckexemplar wie auch als Download kann die Broschüre kostenlos über den DGB Bestellservice im Internet (www.dgb-bestellservice.de) bezogen werden.

Kritik an Deutschland

Deutschland muss nach Ansicht des Anti-Diskriminierungs-Ausschusses des Europarats (ECRI) mehr Aufklärungsarbeit in Institutionen leisten. Vor allem in Schulen, Universitäten und bei der Polizei müssten entsprechende Kurse gegen Rassismus und Diskriminierung verpflichtend werden, erklärt die Finnin Reetta Toivanen, eine Autorin des Berichts des ECRI-Gremiums. Bei der Polizei seien verpflichtende Kurse besonders wichtig, um Racial Profiling entgegenzuwirken. Beim Racial Profiling werden Menschen auf Grundlage von Stereotypen und äußerlichen Merkmalen als verdächtig eingestuft und überprüft.

Opfer diskriminierender und rassistischer Gewalt trauten sich oft nicht zur deutschen Polizei, so Toivanen. „Auch wenn es hinreichende Beweise für ein extensives Racial Profiling gibt, sind sich viele Polizeidienste und -vertreter dessen nicht bewusst oder leugnen dessen Existenz", heißt es in dem Report. „Man muss mit verpflichtenden Kursen gegen Rassismus und Diskriminierung an die Unis gehen, von dort kommen die meisten Mitarbeiter von Ministerien und Behörden", erklärt Toivanen. Die Bundesländer sollten in ihre Bildungsgesetze und Lehrpläne Menschenrechte und Gleichbehandlung aufnehmen, fordert der Bericht.

Außerdem solle die Lehrerausbildung durch inklusive Unterrichtsmethoden in multikulturellen Klassen erweitert werden. Der Europarat mit Sitz in Straßburg hat die Aufgabe, über die Menschenrechte in den 47 Mitgliedstaaten zu wachen. Dafür sind verschiedene Expertengruppen im Einsatz, die regelmäßig den Stand der Dinge in den Ländern unter die Lupe nehmen. ECRI-Berichte untersuchen jeweils einen Zeitraum von fünf Jahren, der nun aktuelle Report zu Deutschland endet im Juni 2019.

Foto: picture alliance/Presse-Bild-Poss

„Menschenrechte" heißt das Werk des Bildhauers Mariano González Beltrán, das seit 2005 vor dem Sitz des Europarats in Straßburg steht. Es war ein Geschenk Spaniens und symbolisiert eine Gesellschaft, die im Einklang mit den Menschenrechten lebt.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie das Holzspiel „KUBB“.*

Prämie des Monats Mai:

Holzspiel „KUBB“

Wer schon immer mal einen König stürzen wollte und Teamspiele im Freien liebt, braucht Kubb. Beim sogenannten Wikingerschach geht es um Treffsicherheit und gute Nerven.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Mai 2020/KUBB

Stressfaktor Lärm

// Im alten Backsteingebäude war die Akustik miserabel: Beim Neubau legte die Kerschensteinerschule in Wiesbaden viel Wert auf Lärmschutz. Das hat sich gelohnt. Das gesamte Lernklima hat sich verbessert – für Schülerinnen und Schüler wie für Lehrkräfte. //

Die Kopfschmerzen sind weg. Und er ist nach sechs Stunden Unterricht nicht mehr völlig erschöpft. Mit dem Umzug aus dem alten Backsteingebäude in den Neubau habe sich das gesamte Lernklima verändert, sagt Berufsschullehrer Chris Hahn von der Kerschensteinerschule. „Die Schülerinnen und Schüler sind ruhiger. Das Unterrichten ist viel angenehmer." Der Lehrer schließt die Tür des Klassenzimmers – und klatscht in die Hände. Zu hören ist ein kurzes Klatschen, danach Stille. Die Akustikplatten an der Decke schlucken den Schall, die Fenster sind dreifach verglast. Hahn zeigt nach draußen: Auf der Straße fährt ein Auto vorbei, zu hören ist davon nichts.

„Die Akustik ist ideal", sagt der 56-Jährige, der zugleich GEW-Vorsitzender in Wiesbaden ist. „So wie ich es mir erträumt habe." Viele Kolleginnen und Kollegen hätten Probleme mit den Stimmbändern. In dem modernen Gebäude könnten sie jetzt ihre Stimme schonen, weil sie nicht permanent gegen den Schall ansprechen müssten. Das war früher im roten Backsteingebäude aus dem 19. Jahrhundert anders: Wenn ein Schüler in seinem Rucksack kramte oder auf dem Stuhl herumzappelte, breitete sich direkt Unruhe aus. Immer wieder musste der Lehrer die Klasse ermahnen, doch bitte etwas leiser zu sein. „Der Lärm war ein ständiger Störfaktor", so Hahn. „Es war unerträglich."

Ungünstige Akustik

Bundesweit stellt Lärm an Schulen eine enorme Belastung dar. In einer Studie der GEW Niedersachsen erklärten vier von fünf Lehrkräften, Lärm als großen Stressfaktor zu empfinden. Auch Hessens GEW-Landesvorsitzende Maike Wiedwald berichtet, dass in Überlastungsanzeigen immer wieder Lärm an oberster Stelle genannt wird. „Und zwar sowohl aufgrund der Räumlichkeiten als auch wegen zu großer Klassen." Viele

Foto: Adobe Stock

Foto: dpa – Report

Pädagogische Fachkräfte sind in Bildungseinrichtungen täglich sehr viel Lärm ausgesetzt. Lärmschutz ist daher ein wichtiger Teil des Arbeits- und Umweltschutzes. Oft sind die Räume in Schule und Kita jedoch nicht ausreichend schallschutzgedämpft. Eine Selbsthilfemaßnahme kann die sogenannte Lärmampel sein, die Kindern anzeigt, wenn sie zu laut sind. Ein Allheilmittel ist sie jedoch nicht, eine professionelle Lärmsanierung kann die Ampel nicht ersetzen.

Lehrkräfte seien nach dem Unterricht am Ende ihrer Kräfte. Kein Wunder: Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat in Klassenzimmern eine Lautstärke von 60 bis 80 Dezibel gemessen. Zum Vergleich: Das ist fast so laut, als führe ein Lastwagen vorbei. In Sporthallen werden sogar bis zu 100 Dezibel erreicht, ähnlich wie in einer Disko.

Der Leiter des Instituts für Lehrergesundheit in Mainz, Stephan Letzel, erklärt, dass im Besonderen lange Nachhallzeiten für ungünstige Akustik sorgen können. Der Lehrer sei schlechter zu verstehen – und rede lauter, die Schüler ebenfalls. „Zum Schluss sind alle psychisch angestrengt." Zu den Folgen von Lärm gebe es massenhaft Literatur, sagt Ingenieur Peter Hammelbacher, Mitglied im Arbeitskreis „Lärm in Bildungsstätten" der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) bei der BAuA. „Wissenschaftlich ist das Problem niet- und nagelfest." Trotzdem sei die Akustik in den allermeisten Schulen miserabel. Darunter litten vor allem Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch sei, und jene mit Lernstörungen bzw. ADHS. Doch selbst bei Sanierungen oder Neubauten werde oft die Chance vertan, etwas dagegen zu tun. Ein Grund sei fehlendes Problembewusstsein.

Dass es in der Kirche hallt, sei für die Menschen völlig normal. Ähnlich sei es mit Schulen, meint Hammelbacher: „Lehrkräfte denken, das muss so sein. Sie kennen es nicht anders." Mehr noch: Einige trauten sich gar nicht, das Problem anzusprechen – aus Angst, es könnte als ihr eigenes Unvermögen angesehen werden, für Ruhe im Klassenzimmer zu sorgen. Doch langsam setze sich die Erkenntnis durch: „Es geht auch anders." Allerdings hapert es oft am Geld. Etliche Schulgebäude müssten dringend saniert werden, sagt Wiedwald. „Lehrkräfte sagen deutlich, dass sie unter Lärm leiden. Das heißt aber nicht, dass auch etwas passiert. Das ist sehr frustrierend."

Fotos: Christoph Boeckheler

Mit dem Umzug in den Neubau vor elf Jahren hat sich die Lärmbelastung an der Kerschensteinerschule in Wiesbaden deutlich reduziert. Die Akustikplatten an der Decke schlucken den Schall, die Fenster sind dreifach verglast. „Die Schülerinnen und Schüler sind ruhiger. Das Unterrichten ist viel angenehmer", sagt Berufsschullehrer Chris Hahn.

Effektiver Lärmschutz ist auch in bestehenden Gebäuden möglich. Im Altbautrakt der Wiesbadener Kerschensteinerschule wurde zum Beispiel ein Klassenzimmer nachträglich professionell mit Lärmschutz ausgestattet. Statt mit PVC ist der Boden mit Teppich ausgelegt, an den Wänden hängen Absorberplatten, an der Decke wurde fachgerecht Akustikmaterial angebracht. Auslöser für die Sanierung war ein hörgeschädigter Schüler.

Schulträger in der Pflicht

Auch die Kerschensteinerschule musste lange auf den Neubau warten. Schon seit den 1970er-Jahren sei versprochen worden, dass die Außenstelle im Wiesbadener Stadtteil Schierstein geschlossen wird. „Zum Schluss hat es über 30 Jahre dauert", sagt Hahn. So lange nähten die Lehrkräfte gemeinsam Vorhänge für die Fenster, um den Lärm etwas zu mindern. Als die Schülerinnen und Schüler 2009 endlich in den Neubau zogen, war die Freude groß. „Sie fühlten sich wie die Könige." Noch Jahre später sieht der dreistöckige Bau aus wie neu. Die Betonwände sind sauber, die Holztische nicht bekritzelt.

>>>

Die Lehrkräfte haben in der Schule den direkten Vergleich. „So, wie es sein sollte“, sagt der Pädagoge, „und so, wie es nicht sein sollte.“ Hahn tritt durch die Glastür, die den Neubau mit dem Altbau verbindet. In dem Betongebäude aus den 1950er-Jahren hallen seine Schritte laut auf den Fliesen, seine Stimme dröhnt durch den Flur. Der Lehrer öffnet die Tür zu einem Klassenzimmer. „Hier ist es schon anstrengender zu unterrichten.“ Dabei hat die Schule versucht, die Akustik in dem Gebäude etwas zu verbessern. Der Hausmeister hat im Baumarkt Korkplatten gekauft und an die Wände geschraubt, außerdem Schallschutzplatten an die Decken montiert. Zudem hängen an den Fenstern gestreifte Vorhänge aus schwerem Stoff, die Lärm verringern und Hitze fernhalten sollen. „Das hat einen Effekt gebracht“, sagt Schulleiter Peter Binstadt, „immerhin.“

Ein Blick in Raum 103 zeigt, was möglich wäre: Das Klassenzimmer wurde nachträglich professionell mit Lärmschutz ausgestattet. Statt mit PVC ist der Boden mit Teppich ausgelegt, an den Wänden hängen Absorberplatten, an der Decke wurde fachgerecht Akustikmaterial angebracht. Auslöser für die Sanierung war ein hörgeschädigter Schüler. Der Junge konnte keinen Nachhall ertragen und verstand in normalen Klassenzimmern kein Wort. Der Schulträger habe 30.000 Euro zur Verfügung gestellt, um drei Klassenzimmer mit optimalem Lärmschutz ausrüsten, berichtet der Schulleiter. Aus dem Etat für Inklusion. „Für uns war das ein besonderes Glück.“

Jedes Geräusch in dem Klassenzimmer klingt leise und gedämpft. „Ein krasser Unterschied“, sagt Hahn. Am Anfang fühlten sich viele Lehrkräfte in dem Raum unwohl. So still ist es. „Sie sind Nachhallzeiten gewohnt“, erklärt der Schulleiter. „Aber nach einer Weile finden sie es ganz prima.“ Das Beispiel zeigt nach Ansicht von Hahn, dass es gar nicht das volle Programm mit Teppich & Co. braucht: Eine professionelle Lärmschutzdecke in jedem Klassenzimmer würde die Kolleginnen und Kollegen schon sehr glücklich machen, meint der Berufsschullehrer.

GEW-Landesvorsitzende Wiedwald sieht die Schulträger in der Pflicht: „Sie müssen sicherstellen, dass alle in Ruhe lernen können.“ Sicherheitsingenieur Klaus Schöne vom Institut für Lehrergesundheit verweist auf den Arbeitsschutz: Es sei gemeinsame Aufgabe der Schulleitungen und Schulträger, regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen vor Ort durchzuführen. Eine ungünstige Akustik könne etwa durch Messungen der Nachhallzeiten nachgewiesen werden. „Werden die Grenzwerte nicht eingehalten, ist der Träger in der Pflicht, nachzubessern.“ Der Institutsleiter führt an, dass neben technischen Maßnahmen auch organisatorische und pädagogische Schritte sinnvoll seien. So zeigten Lärmampeln an, wenn es zu laut sei. Oder Schulen könnten Ruhebereiche für Lehrkräfte einrichten. Auch das zusätzliche Anbringen akustisch wirksamer Deckensegel und Pinnwände bringe etwas Linderung, fügt Schöne hinzu. „Allerdings sind dies keine Allheilmittel.“

Entspannter Unterricht

Nach Meinung von Ingenieur Hammelbacher gehört in jedes Klassenzimmer eine professionelle Akustikdecke. Kein Geld? Darüber kann der Lärmexperte nur lachen. Er führt an, dass drei Viertel aller Lehrkräfte vorzeitig in Ruhestand gingen, meist aufgrund psychischer Erkrankungen. „Und Lärm ist einer der größten Stressfaktoren überhaupt.“ Hammelbacher rechnet vor, dass für eine Frühpensionierung etwa 40.000 Euro anfielen, pro Jahr und pro Person. Eine Schallschutzdecke koste etwa 3.000 Euro. „Der Effekt ist Wahnsinn.“

Das haben auch die Lehrkräfte an der Kerschensteinerschule erlebt. „Das Unterrichten ist viel entspannter“, schwärmt Hahn. Natürlich geht es auch im Neubau mal laut zu. Vor allem, wenn im Klassenzimmer zu viele Schülerinnen und Schüler säßen, sagt der Lehrer. An der Wand hängt ein Plakat: Es redet nur eine Person, steht dort mit Filzstift geschrieben. Und: Wir hören dem anderen zu! „Wenn der Grundlärmpegel weg ist, lässt sich sehr gut mit solchen Regeln arbeiten.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

www.baua.de
www.inqa.de

Foto: Das mechanische Auge

Marion Vittinghoff

Lärm schwächt das Immunsystem

Marion Vittinghoff (55), Schulsozialarbeiterin an der Katholischen Hauptschule Neuwerk in Mönchengladbach

„Wenn es im Klassenzimmer extrem laut ist und zudem hallt, ist das sehr anstrengend – für alle im Raum. Lehrerzimmer haben oft keinen Schallschutz, so dass man auch hier keinen ruhigen Moment hat. Mir gelingt es häufig, Geräusche auszublenden, aber ich merke trotzdem, dass Lärm das Immunsystem schwächt. Ich bin erschöpfter, wenn ich nach Hause komme, und brauche Ruhe. Schon Musik oder Radio mag ich dann nicht mehr hören. Manchmal habe ich Kopfschmerzen. Ich kenne Kolleginnen und Kollegen, die wegen des Lärms häufiger krank sind: Ihre Stimme ist stark belastet, manche haben Ohrgeräusche, schlimmstenfalls Tinnitus. Einige suchen sich in der Schule ruhige Ecken, sind dann dort aber allein. Um den Lärm auszugleichen, mache ich in der Freizeit ruhige Sachen: Yoga, Spazierengehen oder Lesen. Ich wünsche mir, dass Schulen stärker auf Lärmschutz geprüft werden, und dieser konsequent zum Schutz aller umgesetzt wird. Auch die Kinder und Jugendlichen leiden ja und können nicht gut lernen.“

Foto: Das mechanische Auge

Philipp Einfalt

Meist gibt es keinen Lärmschutz

Philipp Einfalt (48), Sonderschullehrer an der Erich Kästner Schule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Krefeld (derzeit freigestellt) und Personalrat bei der Bezirksregierung Düsseldorf

„In der Förderschule geht es oft hoch her: Wenn die Kinder durcheinander brüllen, sich streiten und prügeln, dann ist die Lärmbelastung schon extrem. Bei schwierigen Schülern ist ein strukturierter Tagesablauf das A und O, gerät da etwas durcheinander, bringt das eine Wahnsinnsunruhe. Das zerrt an den Nerven. Ich habe schon Kollegen weinen sehen. Laute Kinder sind aber nur ein Teil des Problems: In den meisten Gebäuden gibt es keinen Lärmschutz, gerade in älteren Schulen ist die Lage desolat. Da müssen die Träger dringend nachsteuern. In jedem produzierenden Betrieb gibt es Lärmschutz, nur in Schulen wird das Problem unterschätzt. Viele Lehrkräfte kommen zu mir und sagen: ‚Es macht mich krank.' Die Zahl der Tinnitus-Fälle ist in meiner Wahrnehmung massiv gestiegen. Die Lehrkräfte können ja schlecht mit Ohrschützern herumlaufen. Zwar wird inzwischen mehr für ihren Gesundheitsschutz getan, aber vieles kommt zu spät und reicht nicht aus."

Foto: privat

Johannes Thewes

In der Oberstufe wurde es ruhiger

Johannes Thewes (17), 12. Klasse, Gymnasium St. Kaspar in Bad Driburg-Neuenheerse, Nordrhein-Westfalen

„Alle freuen sich zwar immer auf Gruppenarbeit. Gerade dann wird es aber auch oft laut. Das macht es schon schwierig, sich zu konzentrieren. Rückblickend würde ich sagen, dass es in der 5. und 6. Klasse noch recht leise war – alles war neu, alle waren zurückhaltend. Der Lärm ging erst so ab der 7. Klasse los, da wurde das Mitteilungsbedürfnis bei einigen größer. Manchmal hat mich das extrem gestört. Es war zum Beispiel schwierig, sich bei so vielen Nebengeräuschen auf einen Text zu fokussieren. Bei Gruppenarbeit habe ich mich dann mit Leuten zusammengesetzt, von denen ich wusste, dass wir gut arbeiten können. In der Pause kann man bei uns auch mal Ruhe haben und abschalten: Wir haben zwei Pausenhöfe, alles ist sehr weitläufig. Ab der Oberstufe hat der Lärm meiner Wahrnehmung nach auch wieder abgenommen. Jeder hat das Ziel Abitur und weiß: Der Stoff ist jetzt wichtig. Mein Gymnasium ist zudem klein, unser Rektor kennt uns alle mit Namen. Da erlaubt man sich gewisse Sachen auch gar nicht."

Foto: privat

Pauline Theiner

Gute Konzentration trotz Lärm

Pauline Theiner (12), 7. Klasse, Freie Waldorfschule in Berlin-Kreuzberg

„Richtig leise ist es in meiner Klasse selten, aber die Arbeitsatmosphäre ist meist erträglich. Meine Schule geht von der 1. bis zur 13. Klasse. Wegen der vielen Klassen ist es entsprechend laut – in den Pausen zum Beispiel, vor allem mittags, da die ganze Schule zusammen in einer kleinen Kantine isst. Laut wird es auch, wenn wir von einem Fachraum in einen anderen wechseln oder zusammen mit dem Lehrer etwas an der Tafel lernen. Ich kann mich trotz des Lärms meist gut auf meine Arbeit konzentrieren. Es ist dennoch anstrengender, in einer lauten als in einer leisen Atmosphäre zu arbeiten. Viel kann ich selbst nicht dagegen tun. Da wir häufig in Zweiergruppen arbeiten, können wir manchmal in verschiedene Räume gehen, wo es dann leiser ist. Manche aus meiner Klasse, denen das Lernen sowieso schwerer fällt, wechseln dann oft mit einem zweiten Lehrer in einen anderen Raum. Ansonsten glaube ich, dass meine Mitschüler die Lautstärke nicht als Problem sehen und wie ich ganz gut damit umgehen können."

Statements aufgezeichnet von Nadine Emmerich, freie Journalistin

Mit Teppich, Filzgleiter und Betriebsrat

Cartoon: Unfallkasse RLP/Michael Hüter

// Lärm gehört zu den Belastungsfaktoren, die die Beschäftigten in Bildungseinrichtungen am häufigsten nennen. Bauliche Veränderungen und lärmreduzierende Einbauten wie schallschluckende Decken und Wände schaffen Abhilfe. Einiges können aber auch die Einrichtungen selbst tun. Wichtig ist vor allem, dass die Beschäftigten aktiv werden und bei ihren Trägern Maßnahmen gegen Lärm einfordern. //

Fragt man Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher danach, was sie im Beruf belastet, lautet besonders häufig die Antwort: der Lärm. So gaben bereits 1999 in einer Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) mehr als 80 Prozent von über 1.200 befragten Lehrkräften an, dass sie den Lärm, den Schülerinnen und Schüler machen, als besonders störend empfänden.* Laut einer Sonderauswertung des DGB-Index „Gute Arbeit“ vom Frühjahr 2019 klagen 61 Prozent der Beschäftigten im Bildungs- und Erziehungsbereich über Lärm am Arbeitsplatz – annähernd so viele wie bei Arbeitern in Fabriken und Werkstätten (s. E&W 12/2019).

Am wichtigsten, um Lärm zu reduzieren, sind sicherlich bauliche Maßnahmen. Darauf sollte schon bei der Planung der Einrichtungen geachtet werden (s. S. 6 ff. und 12 ff.). Die Unfallkassen haben dazu Leitfäden für Architekten und Träger herausgegeben. Empfohlen werden vor allem schallreduzierende Maßnahmen wie das Anbringen von Stoffbahnen, die Installation von Stellwänden (sogenannte Callcenter-Trennwände), Akustikvorhänge, -putz und -farbe sowie ein Trittschallschutz auf den Fußböden. Harte, glatte Oberflächen (Fensterglas, glatt verputzte Wände, Fliesenfußböden) erzeugen, so die Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (NRW), lange Nachhallzeiten.** Entsprechende Branchenregeln hat die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) sowohl für Kitas als auch für Schulen formuliert.***

Ab 0,4 Sekunden wird es laut

Ratsam ist es auch, Fachpersonal wie Raumakustiker bei der Gestaltung der Räumlichkeiten bzw. bei deren Sanierung mit einzubeziehen. Einen Überblick über erforderliche Maßnahmen geben sogenannte Raumakustik-Rechner im Internet, mit denen Nachhallzeiten berechnet und erste raumakustische Planungen vorgenommen werden können. Für Klassenräume wird eine Nachhallzeit von etwa 0,4 Sekunden empfohlen – eine Zeit, die in älteren Schulgebäuden oder in Bauten aus den 1970er-Jahren mit niedrigen Betondecken kaum erreicht wird; hier sind Nachhallzeiten von einer Sekunde und mehr die Regel. Wenn aus Kostengründen eine Sanierung der Räume nicht möglich ist, lautet der Rat der Experten: Greifen Sie zur Eigenhilfe! Gardinen, Teppiche und gepolsterte Möbel können den Geräuschpegel verringern, Filzgleiter, die unter den Stuhlbeinen angebracht werden, stoppen nervigen Lärm. Die wichtigste Maßnahme allerdings bleibt die Initiative von Personal- und Betriebsräten. Sie können das Instrument der Gefährdungsbeurteilung nutzen (s. E&W 12/2019), das es seit rund 20 Jahren für Schulen, aber auch Kitas gibt. Ursprünglich wurden mit der Gefährdungsbeurteilung nur sicherheitstechnische Mängel erhoben. Mittlerweile werden mit ihr aber auch psychische Belastungsfaktoren ermittelt. Die öffentlichen und privaten Träger sind gesetzlich verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die in der Beurteilung festgestellten Gesundheitsgefährdungen unter Mitbestimmung der Personal- und Betriebsräte zu beseitigen.

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

***Hans-Günter Schönwälder u. a.: Belastungen und Beanspruchung von Lehrerinnen und Lehrern. Schriftenreihe der BAuA, Fb 989, Dortmund 2003**
****„Prävention in NRW – Lärm-Akustik-Belastungen in Schulen; Maßnahmenkatalog zur Reduzierung von Lärm, Gelingensbedingungen für ein erfolgreiches Lehren und Lernen“: bit.ly/uknrw-laermpraevention-pdf**
*****Branchenregel Schule: bit.ly/dguv-branchenregel-schule**
Branchenregel Kita: bit.ly/dguv-branchenregel-kita

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Kranken-versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Besonders als **Lehramts-anwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erst-klassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **www.DBV.de**.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Mit dem Bobbycar durch die Kita zu fahren, macht Kindern zwar Spaß – auf einem Holz- oder Laminatboden aber auch viel Lärm. Studien belegen, dass Lärm zu den größten Belastungsfaktoren für die Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen gehört. Dass es auch anders geht, zeigt die Kita Kinderplanet im rheinland-pfälzischen Neuwied, die bundesweit als Musterbeispiel für gesundes Arbeiten sowie Wohlfühlatmosphäre für Kinder, Erzieherinnen und Erzieher gilt.

Foto: mauritius images/Shotshop GmbH/Alamy

Lärm ist kein Naturgesetz

// 21 Jahre lang arbeitete Petra G.* (51) voller Hingabe in einer Kita in Norddeutschland. 21 Jahre achtete sie Tag für Tag auf die ihr anvertrauten Kinder, aber zu wenig auf sich selbst. Lärm empfand sie nicht als Lärm, sondern als freudiges Kindergetobe. Petra G. wurde krank. Sie gab ihren Job auf, nachdem Ärzte ihr klarmachten: Lärm kann schaden – psychisch wie physisch. //

So wie Petra G. ergeht es vielen Erzieherinnen und Erziehern. Davon ist nicht nur Bodo Köhmstedt, Referatsleiter Bildungseinrichtungen (Abteilung Prävention) bei der Unfallkasse Rheinland-Pfalz, überzeugt. „Viele haben nur das Wohl der Kinder im Blick." Bis es mitunter zu spät ist – wie bei Petra G. Laut der Studie „Strukturqualität und Erzieherinnengesundheit in Kindertageseinrichtungen (STEGE)" empfinden 73 Prozent der pädagogischen Fachkräfte in Kitas ihre Arbeit grundsätzlich als körperlich anstrengend. 94 Prozent von ihnen und 88 Prozent des Leitungspersonals nennen Lärm als größten Belastungsfaktor.

Die Mütter der Untersuchung, Prof. Susanne Viernickel und Prof. Anja Voss, hatten in dem Forschungsprojekt der Alice Salomon Hochschule (ASH) in Berlin zwischen 2010 und 2012 die Zusammenhänge von strukturellen Rahmenbedingungen und der Gesundheit des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen untersucht. Sie kamen zu der Erkenntnis, dass mit den Berufsjahren und dem Alter die Zahl der pädagogischen Fachkräfte, die sich vom Lärm stark bis sehr stark belastet fühlen, deutlich steigt.

Bauliche Maßnahmen helfen

Doch Lärm sei kein Naturgesetz, mahnt Köhmstedt. Er betont: „Inzwischen gibt es zahlreiche Maßnahmen, die den Lärm sowohl in Neu-, aber auch in Altbauten deutlich reduzieren können." Ein Blick in eine Musterkita belegt sein Statement. Schauen wir ins rheinland-pfälzische Neuwied. Genauer in die Kita Kinderplanet im Stadtteil Heimbach-Weis. Diese ist bundesweit der erste Prototyp einer Kindertageseinrichtung, in den die Erkenntnisse und Erfahrungen aus den abgeschlossenen Projekten Ergonomisches Klassenzimmer und ErgoKiTa der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) eingeflossen sind. Und auch der Blick auf die Lärmbelastung kam bei der Gestaltung nicht zu kurz.

Das Institut für Arbeitsschutz (IFA) der DGUV erhob den Status quo der Belastungen vor dem Projektstart und kam zu dem Ergebnis: zu hoch. Und das, obwohl zuvor schon das Anbringen von Holzwolle-Leichtbauplatten eine Verbesserung gebracht hatte. Eine wirkliche Überraschung stellte das Ergebnis für die Experten nicht dar. Schließlich handelte es sich um einen Bau aus den 1980er-Jahren – aus einer Zeit also, als man an vieles dachte, nicht aber an Lärmschutz. Niedrige Decken kennzeichneten die für vier Gruppen mit jeweils 25 Kindern geplanten Räumlichkeiten. Kein Wunder: Das Gebäude sollte eines Tages, wenn sich die geburtenschwachen Jahrgänge auch auf die erforderliche Zahl von Kitas und Kita-Plätzen auswirken würden, in Wohnhäuser umgewandelt werden. Schließlich ahnte damals niemand, dass die Kitas fast 40 Jahre später auch Ort der Betreuung von Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sein würden.

Niedrige Decken bedeuten weniger Raumvolumen. Perfekt für Geräusche – sie können sich ungehindert auf Erzieherinnen, ihre wenigen männlichen Kollegen und die Kinder auswirken. Denn Ohren sind sensibel. Während sich beispielsweise das Auge stärkerem Lichteinfall mit einer Verengung der Pupille anpasst, besitzt das Ohr keinen natürlichen Schutzmechanismus. So kann der Schall ungehindert ins Ohr eindringen.

Leise und verständlicher

Schon Mitte der 1990er-Jahre hatten sich David MacKenzie und David Airey von der Heriot-Watt-Universität Edinburgh mit der Akustik in 70 englischen und schottischen Grundschulen beschäftigt. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass durch eine raumakustische Behandlung der Geräuschpegel um neun bis zehn Dezibel gesenkt werden kann. Zurück von der Insel, rein in die Kita Kinderplanet. Nachträglich wurden dort auf Anraten der Architekten Akustikdecken eingezogen, die den Lärmpegel bereits deutlich senkten. Im parallel konzipierten und 2015 eröffneten Neubau wurden diese von vornherein berücksichtigt. Die Anforderungen an die Raumakustik wurden, wie es im Amtsdeutsch so schön heißt, entsprechend der DIN 18041 „Hörsamkeit in kleinen bis mittelgroßen Räumen“ berechnet. Übersetzt bedeutet das: Durch die regelmäßige Einhaltung dieser Norm insbesondere bei Neu- und Umbauten wird die sprachliche Kommunikation für alle Beteiligten besser und einfacher. Will heißen, um sich zu verständigen, muss die Stimme nicht Orkanstärke erreichen und damit als schädlicher Lärm empfunden werden. „Kommt doch bitte zum Essen“, klingt dann eher wie eine freundliche Einladung als ein gebrüllter militärischer Befehl.

Es kann also leiser und verständlicher in der Kita zugehen. Zugleich richteten die Fachleute in Neuwied ihr Augenmerk auch auf die technische Lüftungsanlage, wissend, wie sehr sich selbst ein leises, aber monotones Brummen auf das Gehirn und damit die Gesundheit der Menschen negativ auswirkt. In der Kita Kinderplanet setzt man >>>

Lärmampel auf Rot

Boris Helmig (39), Erzieher, Kita am See in Berlin-Weißensee

Foto: privat

Boris Helmig

„Wenn es sonntags geregnet hat und keiner draußen war, denkst du am Montag schon: Hilfe, das geht von der Lautstärke her gar nicht. Dann gehe ich mit den Kindern erstmal in den Sportraum. Wenn es mir als Erzieher zu laut wird, muss ich selbst etwas dagegen tun. Von einem Vierjährigen erwarte ich nicht, dass er sich selbst regulieren kann. Man kann den Kindern zum Beispiel mit einer Lärmampel, die bei einer gewissen Dezibelzahl von Grün auf Gelb auf Rot schaltet, klarmachen: Ihr seid gerade so laut, dass es schädlich für euer Gehör ist. Das kommt bei ihnen an. Grundsätzlich sind wir in meiner Kita aber gut aufgestellt: Wir sind zwei Erzieher für eine Gruppe von 14 Kindern, das muss man in Berlin suchen. Ab dem 15. Kind steigt der Lärmpegel wahnsinnig, weil sich die Mädchen und Jungen gegenseitig hochschaukeln und Konflikte lauter austragen. Das nehme ich zwar selten bewusst als Stress wahr, mein Körper aber offenbar schon: Privat höre ich keine laute Musik mehr, da ertrage ich nur noch Zimmerlautstärke.“

Aufgezeichnet von Nadine Emmerich, freie Journalistin

Mit dem Aktionskoffer „Gehörlosigkeit verstehen“ das Thema Hörbehinderung spielerisch kennenlernen. Mit Materialien und Ideen für spannenden Unterricht ab der Sekundarstufe.

Hier geht es zu unseren Angeboten:
www.cbm.de/schulen

Kostenlos ausleihen

Ihre Ansprechpartnerin:
Marzena Gergens
Telefon: (0 62 51) 131 - 295
E-Mail: material@cbm.de

cbm
christoffel blindenmission
gemeinsam mehr erreichen

Lärmdetektive
Dem Schall auf der Spur

Lärmkoffer der Deutschen Gesellschaft für Akustik e.V. mit Messgeräten und Unterrichtseinheiten inkl. Experimentier- und Bastelanleitungen zur Beurteilung von Schall und seinen Wirkungen

Ausleihe:
- kostenfreie Ausleihe für interessierte Schulen, um den Koffer im Unterricht oder an Projekttagen einsetzen zu können
- lediglich anfallende Versandkosten

Aktionstag:
- eintägige kostenfreie Aktion, die vor Ort an der Schule stattfindet
- Einführung in die Welt des Hörens und der Akustik anhand eines Workshops für zwei Schulklassen
- Vertonung eines Kurzhörspiels am Ende jedes Workshops

Interesse an einer Ausleihe oder einem Aktionstag?
Dann melden Sie sich unter
laermkoffer@dega-akustik.de

DEGA

Deutsche Gesellschaft für Akustik e.V.
Alte Jakobstraße 88
10179 Berlin
laermkoffer@dega-akustik.de
www.dega-akustik.de
www.tag-gegen-laerm.de

>>> seither auf mehrere kleinere statt ein großes Gerät und versteckte die Lüftungsanlage hinter Zwischenwänden.
Im Neubau entstanden vier auf Krippenkinder zugeschnittene Gruppenräume, direkt daneben Schlaf-, WC- und Waschräume. Erstere bieten Platz zum Essen, sodass die Krippenkinder hier in Ruhe essen können. Das durch die Erweiterung verlorengegangene Außengelände fängt eine bespielbare Dachterrasse auf. Ihr stoßdämpfender Belag dient gleichzeitig als Lärmschutz für die darunterliegenden Räume.

Ungesunde Kombination

Oft reichen einfache Maßnahmen, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten in Kitas – aber auch der Kinder – zu steigern. Bei Kita-Besichtigungen stellen Köhmstedt und sein Team immer wieder fest, dass in vielen Gruppenräumen irgendwo in der Ecke ein Rekorder steht, aus dem beispielsweise in der Vorweihnachtszeit „Aus der Weihnachtsbäckerei“ ertönt. In Verbindung mit Kinderlachen, -singen, -weinen, Musikinstrumenten, Spielsachen, Unterhaltungen der Erwachsenen und Kleinen sowie von draußen hereindringenden Geräuschen (Straßen- und/oder Flugzeuglärm) eine ungesunde Kombination.
Trittschalldämmung oder Akustikrollen unter den Servierwagen wirken sich positiv aus. Aber auch der Teppich in der Spielzeugkiste, der den Aufprall der hineinfliegenden Gegenstände dämpft. Ähnliches gilt für die Regale. Leichte Dämpfung – große Wirkung. Köhmstedt: „Oft sind sich die Akteure in den Einrichtungen, aber auch deren Träger dessen nicht bewusst. Es ist wie bei so vielem im Leben eine Frage der Haltung und des Wissensstandes.“
„Halt“, mag in diesem Moment manch ein Finanzchef bei Trägern und Kommunen rufen: „Unsere Kassen sind leer!“ Dem will Köhmstedt gar nicht widersprechen. Aber er sagt auch: „Es gibt Gesetze, und ihnen kann sich niemand mit dem Argument Geld einfach entziehen.“ Er wünscht dem Personal, insbesondere jenem mit Leitungsfunktion, „etwas aufmüpfiger“ zu werden und sich nicht mit den Worten „haben wir nicht …“ abspeisen zu lassen. Dass Verbesserungen nicht überall und in vollem Umfang direkt umzusetzen sind, ist ihm bewusst: „Es reicht ja schon, wenn zugesagt wird, die gesundheitsfördernden Maßnahmen im kommenden Haushalt zu berücksichtigen.“ Er beobachtet dabei durchaus eine positive Entwicklung. In den vergangenen Jahren habe sich bereits sehr viel getan. Hunderte Interessierte besuchten die Musterkita Kinderplanet. Immer mehr Kommunen wenden sich an die Unfallkassen und lassen sich beraten. Köhmstedt: „Bei Neubauten werden wir ohnehin hinzugezogen.“
Im Neuwieder Stadtteil Heimbach-Weis weiß man, dass es nicht nur die großen Umbauten sind, die den Lärm reduzieren. Das Zauberwort heißt: selbstge-

Die Kita Kinderplanet wurde in den 1980er-Jahren erbaut, in einer Zeit also, in der man an vieles dachte, nicht aber an Lärmschutz. Nachträglich wurden hier mittlerweile Akustikdecken eingezogen. Im parallel konzipierten Neubau sind diese von vornherein eingebaut worden. Auch Spielteppiche dämpfen den Lärm, wenn Bausteine oder Spielzeug zu Boden fallen.

Foto: Unfallkasse RLP/Christine Bay

machter Lärm. Er ist ohne großen Aufwand zu reduzieren. Etwa durch klare Sprachregeln mit den Kindern („Wir hören zu, wenn der andere spricht“). Oder wie hier in der Montessori-Einrichtung mit insgesamt 140 Kindern: Geht‘s ans Spielen, rollen die Kleinen ihren Teppich aus – und plötzlich fallen die Bausteine wie Schneeflocken auf die Erde. Angesichts solcher Erfahrungen kommt selbst Petra G. ins Grübeln: „Vielleicht ist das dann ja doch noch einmal etwas für mich.“

Stephan Lüke,
freier Journalist

***Name von der Redaktion geändert**
www.ampel-ukrlp.de/neues-kita-tool-hilft-auf-die-spruenge
Projekt Musterkita:
bit.ly/ukrlp-musterkita-pdf
Projekt ErgoKiTa:
bit.ly/ifa-projekt-ergokita

Runterzukommen ist für alle wichtig

Michaela Matthies (55), Erzieherin, Bambini Oase in Berlin-Prenzlauer Berg

Foto: privat

Michaela Matthies

„Ich bin ein temperamentvoller Typ, ich jage die Kinder auch mal mit der Trommel durch den Garten und bin dann lauter als sie. Ab und zu sagen wir den Mädchen und Jungen auch: Jetzt dürft ihr mal richtig schreien. Stressig wird es für mich dann, wenn alle durcheinanderreden und -rennen, und ich ein Kind, das zu mir kommt, nicht mehr verstehen kann. Oder wenn ein Spiel so ausartet, dass nur noch mit dem Kochlöffel auf die Schüssel geschlagen wird. Zum Glück verstehe ich mich mit meiner Kollegin ohne Worte, in solchen Situationen zieht sie sich dann zum Beispiel auch mal mit den Kindern zurück.
Zwischendurch runterzukommen, ist für die Kinder ja genauso wichtig wie für uns. Auch bei den Mädchen und Jungen gibt es sensiblere, die sich schon mal die Ohren zuhalten. Aber ich arbeite seit meinem 16. Lebensjahr in dieser Kita, ich bin also so groß geworden. Ob ich das als Quereinsteigerin mit 40 Jahren noch so händeln könnte, weiß ich nicht. Zuhause bin ich viel geräuschempfindlicher: Da stört mich schon ein tropfender Wasserhahn.“

Aufgezeichnet von Nadine Emmerich, freie Journalistin

Lernen ohne Lärm

Lärmprävention und Akustik in Schule und Kita – Ein Interview mit dem Architekten und Dipl. Ingenieur Alfred Herkenrath

Herr Herkenrath, warum ist Raumakustik besonders in pädagogischen Einrichtungen ein so entscheidendes Thema?
Musizieren, Vorlesen, Sprechen, Zuhören – alle diese Aktivitäten sowie das Lernen selbst setzen gute Hörbedingungen voraus. Aktuelle Erkenntnisse aus der Psychoakustik zeigen, dass Kinder durch schlechte Hörbedingungen stärker beeinträchtigt werden als Erwachsene – besonders im Vorschulalter, in dem eine gute Akustik zur Sprachbildung und Entwicklung enorm wichtig ist.

Wie entsteht schlechte Raumakustik?
Vor allem durch eine Vielzahl von Geräuschquellen (z.B. Spielzeuge, Gespräche, Möbelrücken, etc.) oder lange Nachhallzeiten.

Was kann man zur Verbesserung tun?
Schon kleine Maßnahmen bewirken in der Praxis große Veränderungen. Ein gutes Beispiel ist ein Kindergarten, den ich kürzlich bei der Optimierung der Akustik betreut habe.

Worin bestand das Problem?
Die vielen schallharten Oberflächen in den Räumen verursachten lange Nachhallzeiten. Dadurch schaukelte sich die Geräuschkulisse vor allem beim Spielen enorm auf. Selbst bei Gesprächen hallte es unangenehm.

Was kann man dagegen tun?
Schallabsorber an den Wand- und/oder Deckenflächen schlucken Schall und verhindern, dass Geräusche zurück in den Raum reflektiert werden. Deshalb habe ich mich an die Schallschutz-Experten von aixFOAM gewandt und gemeinsam haben wir ein Schallschutzkonzept erstellt.

Wie lief das ab?
Zunächst habe ich alles telefonisch mit einer freundlichen Fachplanerin besprochen und ihr einige Bilder der Räume sowie einen Grundriss zukommen lassen. Basierend auf meinen Angaben zu den örtlichen Gegebenheiten und Brandschutzbestimmungen erhielt ich umgehend ein Angebot mit passenden Decken-Sets sowie Elementen, die sogar individuell an die LED-Beleuchtung der Räume angepasst wurden.

Das Ergebnis – Würden Sie aixFOAM Schallabsorber weiterempfehlen?
Auf jeden Fall! Schon nach dem Anbringen der ersten Elemente war eine Verbesserung deutlich wahrnehmbar. Die Räume sind frei von Hall und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestätigen, dass der Alltag mit den Kindern deutlich entspannter und ruhiger ist. Die Beratung bei aixFOAM war freundlich und kompetent. Alle meine Anforderungen wurden berücksichtigt und passende Lösungen gefunden. Die Elemente konnten dank der praktischen Selbstklebeausrüstung in kurzer Zeit einfach und sauber verklebt werden. Die Schallabsorber sind schadstofffrei und nach Brandschutzklasse DIN 4102 B1 zertifiziert. Außerdem überzeugen sie nicht nur akustisch, sondern auch optisch. Ich bin absolut begeistert.

ANZEIGE

„Lärmpausen einlegen“

Foto: Rainer Binder/Helga Lade (dpa)

In einer Werkstatt sind Kopfhörer Pflicht. In Kita oder Schule würden sie nicht nur komisch aussehen, sondern sind auch aus pädagogischen Gründen nicht zu empfehlen.

// **Michael E. Deeg, Facharzt für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde (HNO) und Sprecher des Deutschen Berufsverbandes der HNO-Ärzte, über die Auswirkungen von Krach am Arbeitsplatz** //

E&W: Herr Deeg, laut Untersuchungen können beim Toben und Spielen in einer Kita Spitzenwerte von über 100 Dezibel auftreten. Können Sie uns mal übersetzen, wie laut das ist?

Michael E. Deeg: Um Lautstärken einzuordnen, gibt es Referenzwerte. Im Berufsleben gilt, dass Arbeitgeber ab einem Grenzwert von 85 Dezibel einen Hörschutz zur Verfügung stellen müssen. Das liegt deutlich unter 100 Dezibel. Um einen Vergleich zu ziehen: 100 Dezibel erreicht ein Presslufthammer, von dem man zehn Meter entfernt steht. 110 Dezibel entsprechen einem Martinshorn, ebenfalls aus einer Entfernung von zehn Metern. Bei 120 Dezibel liegt die Schmerzschwelle: Das Geräusch ist so laut, dass man zurückweicht. Hinzu kommt, dass die Entwicklung exponentiell ist – dieses Wort hören wir zurzeit ständig im Zusammenhang mit der Entwicklung der Corona-Pandemie-Kurven. Aber es betrifft auch unsere Sinne. Alle 20 Dezibel steigt der Pegel um das Zehnfache. Von 90, dem Punkt, ab dem Schwerhörigkeit entstehen kann, auf 110 Dezibel steigert sich der Schall also um ein Mehrfaches.

E&W: Welche Lautstärke ist optimal, um Worte nicht nur akustisch, sondern auch inhaltlich gut zu verstehen?

Deeg: Auch dazu gibt es einen Orientierungswert. Bei 65 Dezibel sollte man mit normalem Hörvermögen aus ein bis zwei Metern Entfernung 100 Prozent verstehen können. Versteht man 80 Prozent oder weniger, braucht es ein Hörgerät.

E&W: Was passiert im Ohr, wenn der Lärm zu stark ist?

Deeg: Schall ist eine Welle. Sie breitet sich als Kompressionswelle in der Luft aus, wird vom Trommelfell aufgenommen, verstärkt und aufs Innenohr übertragen. Die Welle wandert durch die Hörschnecke, man kann sich das vorstellen wie die Ringe auf dem Wasser, nachdem ein Stein hineingefallen ist. Auf der sogenannten Basilarmembran trifft die Welle auf die haarförmigen Sinneszellen des Innenohrs. Jetzt geht es um die reine kinetische Kraft, mit der diese Sinneshärchen getroffen werden. Bei einer normalen Welle nehmen die Haare die Energie auf und geben den Impuls an die Nervenzellen weiter. Wenn die Energie aber zu hoch ist, werden die Härchen mit Gewalt abgeschert und können bei zu großer Kraft nachhaltig beschädigt werden. Stellen Sie sich ein Kornfeld vor, durch das ein Regensturm geht. Danach liegen die Ähren flach, und nicht alle richten sich wieder auf.

E&W: Viele Menschen klagen darüber, dass Lärm bei ihnen Stress verursacht. Wie entsteht der?

Deeg: Im medizinischen Sinn muss man das trennen, und auch rechtlich wird Lärm als Stressfaktor anders betrachtet, denn Ruhe ist ein Grundbedürfnis. So liegt die Grenzwertverordnung für Lärmbelastung in Wohngebieten bei 60 Dezibel, deutlich unter den 85, ab

Michael E. Deeg

Foto: 2016 Conny Ehm

denen die physische Belastung des Innenohrs beginnt. Der größte Teil der Menschen hat ein Problem, bei Krach konzentriert zu arbeiten. Lärm hat Auswirkungen auf den Schlaf und das vegetative Nervensystem.

E&W: In einer Werkstatt sind Kopfhörer Pflicht. In Kita oder Schule würden solche „Mickey-Mäuse“ nicht nur komisch aussehen, sondern wären auch schädlich, weil die Fachkräfte die Kinder ja verstehen müssen. Welchen Rat haben Sie?

Deeg: Der wichtigste Tipp lautet: Lärmpausen einlegen. Wenn ein lauter Pegel lange Zeit einwirkt, richtet er mehr Schaden an als Lärm, der unterbrochen wird. Darüber hinaus gibt es spezielle, angepasste Stöpsel, die im Ohr untergebracht werden. Sie wirken selektiv, dämmen zwar den Pegel, lassen aber noch Geräusche hindurch. Das ist der Unterschied zu „Mickey-Mäusen“, durch die man nicht mehr wirklich viel hört. Musiker benutzen diese Filter, damit sie sich beim Spielen selbst hören können. Wirksam ist eine Kombination aus Pausen und intelligentem Hörschutz.

E&W: Wie sieht es mit den Lärmschutzverordnungen in Bildungseinrichtungen aus?

Deeg: Lärmschutz ist nicht gewerkspezifisch. Die Gesetzliche Unfallversicherung als berufsgenossenschaftlicher Träger unterscheidet nicht, ob jemand auf dem Bau, in der Kita oder Schule Lärm ausgesetzt ist. Maßgeblich sind allein die Schallwerte. Dazu gibt es rechnerische Größen, die sich an einem Achtstundentag in der Industrie orientieren. Der Technische Dienst der Berufsgenossenschaft kann die Belastung am Arbeitsplatz messen, und nach der Zahl der gearbeiteten Jahre wird das Risiko eines Lärmschadens berechnet. Im Ohr finden sich Merkmale, ob eine Schwerhörigkeit lärmbedingt oder degenerativ entstanden ist. Das lässt sich bei einem Tonaudiogramm, einem Hörtest, erkennen.

E&W: Was ist mit den Kindern? Können junge Ohren den Krach besser vertragen?

Deeg: Nein, da besteht kein Unterschied zu den Erwachsenen. Das Innenohr, das Schneckenorgan, ist schon vor der Geburt ausgereift – so kann das Kind bereits im Mutterleib normal hören. Damit unterliegt das Organ genau denselben Einflüssen wie bei einem Erwachsenen. Bisher legen keine Daten nahe, dass es in unserer lauter gewordenen Welt mehr Hörschäden gibt. Aber ein Risiko besteht durch digitale Musiksysteme: Die früheren analogen Geräte wie Walkman oder Lautsprecher verzerrten den Klang, wenn zu laut gedreht wurde. Digitale Geräte lassen sich störungsfrei bis zur Belastungsgrenze aufdrehen. Das kann Schäden verursachen. Denn, wie gesagt, ob Musik, Baulärm oder Kinderstimmen, es kommt nur auf den Pegel an.

Interview: Esther Geißlinger,
freie Journalistin

3 + 2 = Integration

// Die duale Ausbildung unterstützt Geflüchtete bei der Integration, bestätigt ein aktueller OECD-Bericht. Doch es gibt erheblichen Verbesserungsbedarf. //

Was in ein typisches Labskaus gehört, weiß Behar Sultani* aus dem Effeff. Seit einem guten Jahr bereitet der 26-jährige Afghane den Brei aus gepökeltem Rindfleisch, eingelegter Roter Bete, Zwiebeln und Kartoffeln in einem auf norddeutsche Küche spezialisierten Restaurant in der Hamburger Innenstadt zu. Nach seiner Ausbildung zur Fachkraft im Gastgewerbe ist der junge Flüchtling als Beikoch im Arbeitsleben angekommen.

Immer mehr Geflüchtete absolvieren in Deutschland eine duale Ausbildung. Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) wurden im Herbst 2019 rund 44.000 von ihnen in einem IHK- oder Handwerksbetrieb ausgebildet, die meisten in der Gastronomie sowie im Bau- und Verkehrsgewerbe. Ein gutes Zeugnis stellt nun die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dem dualen System der beruflichen Bildung in einem im Februar veröffentlichten Bericht aus. Deutschland verfüge damit über „ein sehr wirkungsvolles Instrument für die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration“, sagte Ludger Schuknecht, stellvertretender OECD-Generalsekretär, bei der Präsentation der Studie.

Der Bildungserfolg ist für geflüchtete Menschen nicht selbstverständlich, stellen die Autoren fest. „Ich musste mich durchkämpfen, um meinen Weg zu finden“, sagt auch Sultani, der in seiner Heimat keine Schule besucht hatte. Er kam mit 18 Jahren nach Hamburg, wo er in einer Berufsvorbereitungsklasse Deutsch lernte – und nach zwei Jahren den Schulabschluss schaffte. Wie er haben viele Geflüchtete in ihren Heimatländern wenig oder keine Schulbildung genossen. Zudem ist ihr Bildungsweg unterbrochen durch die Monate, teilweise Jahre auf der Flucht. Indem es die vielfältigen Bildungsverläufe auffange, spiele das „starke Übergangssystem“ eine Schlüsselrolle für den erfolgreichen Einstieg in berufliche Bildung, lobt der OECD-Bericht. In Berufs- oder Ausbildungsvorbereitung werden die Sprachkenntnisse vertieft und zusätzliche Qualifikationen vermittelt. Doch es gibt noch Verbesserungsbedarf: Die Autoren empfehlen, dass Neuankömmlinge „während der gesamten Ausbildungsdauer Zugang zu hochwertigen Spracherwerbsangeboten“ haben sollten.

Beim Übergang von Schule in den Beruf beraten und unterstützen in Hamburg außerschulische Akteure wie der freie Jugendhilfeträger basis & woge. In Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung informieren ihre Mitarbeitenden „über Chancen und Möglichkeiten der dualen Ausbildung“, sagt Franziska Gottschalk, Leiterin des Arbeitsbereichs Flucht & Bildung. Ausführlich erklärt werden müsse das System der zwei Lernorte, dass „nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Schule gelernt wird“. Ein Teil entscheidet sich jedoch gegen eine Ausbildung und für eine Beschäftigung, um die Familie im Heimatland mit Geldüberweisungen zu unterstützen.

Fotos: Babette Brandenburg

Moussa Harkat vom Träger „Beruf und Integration Elbinseln“ leitet ein Projekt im Rahmen des Netzwerkverbunds Fluchtort Hamburg, das die berufliche Integration Geflüchteter ohne gesicherten Aufenthaltsstatus unterstützt.

Praktikum ein guter Einstieg

Mehr als die Hälfte aller Asylbewerber, die zwischen 2015 und 2017 nach Deutschland kamen, waren laut OECD-Bericht zwischen 16 und 35 Jahre alt. Da die Schulpflicht in den meisten Bundesländern mit dem 18. Lebensjahr endet, hat die Mehrheit keinen Zugang zu berufsvorbereitenden Maßnahmen. „Höchst problematisch“ findet Moussa Harkat vom Träger „Beruf und Integration Elbinseln“ diese Altersgrenze. „Der Unterstützungsbedarf ist auch bei den Älteren enorm.“ Er leitet ein Projekt im Rahmen des Netzwerkverbunds Fluchtort Hamburg, das die berufliche Integration Geflüchteter ohne gesicherten Aufenthaltsstatus unterstützt. Über sechs Monate erhalten sie Deutsch- und Mathematikunterricht sowie Berufsorientierung. Das Team um Harkat hilft bei der Suche nach Praktika und begleitet während der zweimonatigen Dauer.

An interessierten Unternehmen fehle es nicht, berichtet er. „Das Praktikum ist ein guter Einstieg und mündet meist in eine Ausbildung.“ Wesentlich schwieriger sei es, eine Arbeitserlaubnis durch die Ausländerbehörde zu bekommen. Denn seit Inkrafttreten des sogenannten Migrationspakets im Sommer 2018 schloss sich für einen erheblichen Teil der Geflüchteten die Tür in die berufliche Integration. Wer einen ungesicherten Aufenthalt hat, unterliegt seitdem einem Arbeitsverbot. Für eine Arbeits-

Den meisten jungen Geflüchteten sei das System der dualen Ausbildung unbekannt, sagt Franziska Gottschalk, Leiterin des Arbeitsbereichs Flucht & Bildung beim Hamburger Jugendhilfeträger basis & woge.

erlaubnis muss der Duldungsinhaber einen Ausbildungsvertrag sowie seinen Pass oder Ersatzpapiere vorweisen. Die zu besorgen, ist oft ein schwieriger und langwieriger Weg. Wenn Arbeitserlaubnis und Vertrag erst einmal vorliegen, kann eine sogenannte Ausbildungsduldung beantragt werden. Sie erlaubt, nach einer Ausbildung zwei weitere Jahre zum Arbeiten bleiben zu dürfen. Damit bietet die duale Ausbildung nicht nur eine berufliche Karriere und langfristige finanzielle Perspektive, sondern hilft bei der Aufenthaltssicherung.

Mehr Planungssicherheit

Auch für Unternehmen bedeutet die „3 + 2"-Regelung mehr Planungssicherheit. „Wenn wir ausbilden, wollen wir auch sichergehen, dass wir die Person weiter beschäftigen können", bestätigt Sabine Schlüer, Personalchefin im Maschinenbauunternehmen Mahr GmbH. Der Göttinger Mittelständler ist Mitglied im Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge", einer Initiative des DIHK, und bildet nach einer Elektronikerin nun einen Industriemechaniker aus. Ein Unternehmen dieser Größe sei gut geeignet für die Integration der Jugendlichen, sagt Schlüer. „Mit einer eigenen Ausbildungswerkstatt und drei Ausbildern können wir intensiv betreuen." Durch einen internen Zusatzunterricht werden die Jugendlichen beim Lernen, insbesondere der Fachsprache, unterstützt. Die Ausbilder von Mahr stehen zudem in engem Kontakt mit den Lehrkräften an der Berufsschule. Eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung geflüchteter Jugendlicher sei die positive Einstellung der Ausbilder, betont die Personalchefin. Sie beobachte aufmerksam das Arbeitsklima. „Wir müssen die Belegschaft mitnehmen – aber bei Bedarf auch ein Zeichen setzen." Das war bisher nicht nötig.

Eine solch klare Haltung hätte Sultani sich von seinem Chef gewünscht, als ihn Kollegen während der Ausbildung diskriminierten. „Bei jedem Wort, was nicht in perfektem Deutsch war, wurde gemeckert", erinnert er sich. Mit Hilfe von Gottschalk und ihren Kolleginnen fand er einen neuen Betrieb und konnte die Ausbildung beenden. „Alleine hätte mir der Mut zum Durchhalten gefehlt", so Sultani.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Name von der Redaktion geändert**
OECD-Studie „Unlocking the Potential of Migrants in Germany": bit.ly/oecd-studie-duale-ausbildung-engl

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG" oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW Besondere Vorteile für Mitglieder

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Ein, zwei Jahre Qualifizierung wären angemessen

// Pierre Tulowitzki, Professor für Schulmanagement und -entwicklung, hat untersucht, wie gut Schulleiterinnen und -leiter in Deutschland für ihre Aufgabe qualifiziert werden. Sein Fazit: Deutlich mehr Vorbereitung für eine solche Schlüsselrolle wäre sinnvoll. //

E&W: Herr Tulowitzki, wie gut sind Schulleiterinnen und -leiter für ihren Posten qualifiziert?

Prof. Pierre Tulowitzki: Um das vorweg zu sagen: Ich habe viele, viele Schulleiterinnen und -leiter in Deutschland kennengelernt, die mit sehr viel Engagement, Leidenschaft und Kompetenz einen super Job machen. Das ist keine einfache Aufgabe zwischen Pädagogik und Leitung. Aber wenn wir auf die Qualifizierung schauen, dann ist diese für eine so wichtige, anspruchsvolle und auch belastende Position nicht ausreichend. Im Vergleich zum Lehramt, für welches die Lehrkräfte ein Studium und ein Referendariat durchlaufen, kommen sie als Schulleitung in eine Rolle, die diverse neue Bereiche mit sich bringt. Und dafür ist die Qualifizierung sehr, sehr kurz.

E&W: Was muss man heute können, um eine Schule zu leiten?

Tulowitzki: Eine Lehrkraft, die in die Schulleitung wechselt, begibt sich auf die Organisationsebene. Dort geht es zwar auch darum, pädagogisch zu wirken, aber nun auf Ebene der Schule. Schulleiterinnen und -leiter betreiben beispielsweise Personalentwicklung, haben deutlich mehr mit Verwaltung und Organisation zu tun, kümmern sich um das Qualitätsmanagement und vertreten die Schule nach außen.

E&W: Ist der Job anspruchsvoller geworden?

Tulowitzki: Gerade Aufgaben wie Personalführung und -entwicklung, Qualitätsmanagement und Schulentwicklung, sind seit den 1980er-Jahren wichtiger geworden, als es um eine stärkere Autonomie der Schulen ging. Das Schlagwort hieß „Vom Verwalten zum Gestalten“. Schulleitung war in den 1960ern vor allem Verwaltungsarbeit, das verschob sich dann mit der Zeit in Richtung Management und Entwicklung. Mit der Crux, dass die Verwaltung nicht weniger wurde. Und damit wurde die Arbeit für die Schul-

Für Schulleiterinnen und -leiter sind die Aufgaben in den vergangenen Jahren immer anspruchsvoller geworden. Sie betreiben beispielsweise Personalentwicklung, haben deutlich mehr mit Verwaltung und Organisation zu tun als früher, kümmern sich um das Qualitätsmanagement und vertreten die Schule nach außen.

Foto: imago images/Noah Wedel

Pierre Tulowitzki
ist Professor für Bildungsmanagement und Schulentwicklung an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Zusammen mit Imken Hinzen und Marvin Roller publizierte er 2019 die Studie „Die Qualifizierung von Schulleiter*innen in Deutschland – ein bundesweiter Überblick“. Für die Studie ermittelten und kategorisierten sie alle verpflichtenden Qualifizierungsmaßnahmen, die die Bundesländer bis September 2018 anboten.

Foto: Studioline Photography

Prof. Pierre Tulowitzki

leiterinnen und -leiter auch deutlich anspruchsvoller.

E&W: Sie haben gerade die Qualifizierungen für Schulleitungen bundesweit untersucht und festgestellt: Diese unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland. In vielen Ländern sind Qualifizierungsmaßnahmen verpflichtend, in anderen nicht. Unterscheidet sich die Arbeit der Schulleitungen so gravierend, oder woran liegt das?

Tulowitzki: Das kann ich mir nur historisch erklären. Die Länder haben die Hoheit in Bildungsfragen, und daraus resultieren leicht unterschiedliche Schulsysteme. Das ist Teil des Föderalismus. Die Kultusministerkonferenz könnte das koordinieren, wenn sich alle einig sind. Bisher gehen die Länder aber größtenteils ihre eigenen Wege.

E&W: Sind wenigstens die Inhalte bundesweit vergleichbar?

Tulowitzki: In den Bundesländern, in denen es eine verpflichtende Qualifizierung gibt – das sind derzeit 13 –, sieht man, dass die Inhalte größtenteils ähnlich sind. Da geht es um Führung, Personal, Kommunikation, Verwaltung, Schulrecht und -entwicklung. Da ist man nicht so weit auseinander.

E&W: Aber die Dauer der Qualifizierung unterscheidet sich sehr stark. Sie reicht von fünf bis zu 37 Tagen.

Tulowitzki: Genau.

E&W: Kann man sagen: Viel hilft viel?

Tulowitzki: Ich würde eher sagen: Noch mehr würde noch mehr helfen. Für eine solche Schlüsselrolle und eine Aufgabe wäre eine Qualifizierung angemessen, die ein, womöglich zwei Jahre dauert.

E&W: Das entspricht fast einem Zusatzstudium!

Tulowitzki: So ist es. Darüber hinaus kommt es auch nicht auf die reine Dauer an, sondern auch auf die Art und Weise. Klassische Seminarangebote bewirken nicht so viel. Es geht auch um Mentoring und Coaching sowie die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen und voneinander zu lernen. Das wäre aus meiner Sicht wirklich hilfreich.

E&W: Ist das international üblich?

Tulowitzki: Das hängt vom Land ab. Es gibt Beispiele, bei denen die Qualifizierungsphase mehr Zeit umfasst und zum Teil auch mit einem Hochschulabschluss endet. In den USA gibt es etwa entsprechende Masterstudiengänge.

E&W: Wäre es sinnvoll, eigene Studiengänge speziell für die Ausbildung von Schulleiterinnen und -leitern auch in Deutschland einzurichten?

Tulowitzki: Die gibt es ja schon. Es werden Weiterbildungsstudiengänge zum Thema Schul- und Bildungsmanagement angeboten. Die Frage ist, wie anerkannt diese Studiengänge für die Schulleiterqualifizierung tatsächlich sind. Voll anerkannt werden sie eher selten.

E&W: Es spielt also keine Rolle bei der Auswahl der Schulleiterinnen und -leiter, ob diese ein Zusatzstudium absolviert haben?

Tulowitzki: In vielen Fällen ist das so, ja. In manchen Bundesländern werden Weiterbildungsstudiengänge als Schulleiterqualifizierung anerkannt, aber oft ist das nicht der Fall. Dann ist ein solches Zusatzstudium eher ein „Nice to have“.

E&W: Sind Sie bei Ihren Untersuchungen auf ein Bundesland gestoßen, in dem es besonders gut läuft bei der Qualifizierung der Schulleiterinnen und -leiter?

Tulowitzki: Das kann ich nicht sagen. Das war auch nicht Ziel dieser Studie, es ging zunächst darum, einen Überblick zu gewinnen.

E&W: Ein Fazit, das Sie ziehen, lautet: Wir brauchen einheitliche Standards bei der Qualifizierung von Schulleitungen. Welche Vorteile hätten Standards?

Tulowitzki: Eine ganze Menge. Sie würden zur Professionalisierung und damit zur Aufwertung der Position der Schulleitung beitragen. Und es wäre eine Gelegenheit, länderübergreifend zu klären, was nötig ist, um Menschen auf das Amt bestmöglich vorzubereiten. Es ist schwierig zu vermitteln, dass es mal fünf und mal 37 Tage Vorbereitung braucht. Oder dass die Inhalte variieren, obwohl die Arbeit als Schulleiter später ziemlich ähnlich sein wird. Ich halte auch Minimalstandards für denkbar, die den Bundesländern Raum lassen, individuelle Schwerpunkte zu setzen. Der aktuelle Zustand, bei dem der Verpflichtungsgrad für einen so anspruchsvollen Job so stark variiert, erscheint mir weder für die Schulleitungen noch für die Länder mittelfristig tragfähig zu sein.

E&W: Haben Sie schon Reaktionen auf diesen Vorschlag bekommen?

Tulowitzki: Ja, einige Ermutigungen. Aber das ist ein langer Weg, der viel Abstimmung erfordert. Das ist ein Marathon, kein Sprint.

E&W: Bundesweit sind Tausende Schulleitungsposten nicht besetzt. Welche Rolle spielt die unzureichende Qualifizierung?

Tulowitzki: Die mangelnde Qualifizierung kann eine Komponente sein. Wenn wir eine umfassende Qualifizierung, einheitliche Standards, eine größere Unterstützung und eben auch eine bessere Bezahlung hätten, dann wäre Schulleitung im Gesamtpaket eine attraktivere und klarere Position. Damit würde auch die Wertschätzung für dieses Amt steigen.

Interview: Anna Lehmann,
taz-Redakteurin

Volksbegehren in der Corona-Falle

// Seit Jahresbeginn kämpft ein Volksbegehren in Sachsen-Anhalt für eine bessere Personalausstattung an Schulen. Doch nun droht die Corona-Pandemie dem Bündnis um die GEW einen Strich durch die Rechnung zu machen. Es gibt zwar eine Fristverlängerung für die Unterschriftensammlung, unklar ist jedoch, wie lange diese ist. //

Ende März erhielt der Ministerpräsident in Magdeburg einen ungewöhnlichen Brief: Das Bündnis „Den Mangel beenden, unseren Kindern Zukunft geben!“ bittet Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU) um Aufschub bei seinem Volksbegehren. Eigentlich müssten für eine Gesetzesänderung, die mehr Personal an den Schulen des Landes einfordert, schon bis 7. Juli rund 170.000 Unterschriften vorliegen – 9 Prozent der Wahlberechtigten. So sieht es das Gesetz vor. Doch seit dem Corona-Kollaps im März, seit die Schulen und Kitas geschlossen, Ausgangsbeschränkungen und Quarantänen verhängt wurden, ist ein geregeltes Sammeln von Unterschriften nicht mehr durchzuhalten – auch wenn sich ein breites Bündnis von zwölf Initiativen wie der GEW, dem Landeselternrat, dem Landesschülerrat, der Partei Die Linke und sogar dem Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft dafür einsetzt.

„Wir mussten alle Veranstaltungen, alle koordinierten Sammlungstage und Aktionen vor Stadien oder Sportarenen absagen“, berichtet Eva Gerth, GEW-Landesvorsitzende und eine der Vertrauenspersonen des Volksbegehrens. Das Innenministerium räumte dem Volksbegehren Mitte April eine Gnadenfrist ein. Man werde vor Ablauf der ursprünglichen Frist das Ende neu festlegen, je nach Dauer und Intensität der Corona-Einschränkungen. Mindestens vier Wochen dürften es werden, rechnet Gerth. Mit einem weiteren Schreiben an Regierungschef Haseloff will das Bündnis nun Klarheit erreichen und die außerordentliche Corona-Verlängerung auch gesetzlich verankert wissen – klagesicher.

imago images/Karina Hessland

Seit Jahren werden an Sachsen-Anhalts Schulen zu wenige Fachkräfte eingestellt. Die Folgen sind Unterrichtsausfall sowie eingeschränkte Öffnungs- und Betreuungszeiten.

Personalquoten per Erlass

Gestartet war das Volksbegehren Anfang Januar. Das Ziel: eine Änderung des Schulgesetzes. In Relation zur Schülerzahl soll eine Mindestzahl an Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern sowie weiteren pädagogischen Fachkräften verbindlich festgelegt werden – plus einer Reserve von 5 Prozent. Mit den geforderten Personalschlüsseln müssten laut GEW in Sachsen-Anhalt mindestens 2.300 zusätzliche Stellen geschaffen werden: etwa 1.600 Lehrerstellen, mehr als 400 Sozialarbeiterinnen- und Sozialarbeiterstellen und bis zu 300 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, rechnet Gerth vor. Referenzjahr ist das Schuljahr 2012/13, als es noch auskömmliche Bedingungen gegeben habe.

Das Kultusministerium rechnet sogar mit größeren Bedarfen als die GEW – und warnt vor zusätzlichen Kosten von bis zu 200 Millionen Euro im Jahr. Bildungsminister Marco Tullner (CDU) hielt im Interview mit dem MDR sogar Schulschließungen für möglich, weil kleinere Standorte auf dem Land den geforderten Personalschlüssel nicht erfüllen könnten.

Doch die GEW rechnet anders. „Seit Jahren gibt es viel zu wenige Neueinstellungen in den Schuldienst“, sagt Gerth. Weitere Kürzungen in den vergangenen Jahren hätten die Lage weiter verschärft. Die Folgen seien Stundenausfälle, gestrichene Fächer und verkürzte Unterrichtstage sowie eingeschränkte Öffnungs- und Betreuungszeiten.

Was aber, wenn die benötigten Pädagoginnen und Pädagogen nicht so schnell verfügbar sind? „Uns geht es vor allem um mehr Transparenz und Mitsprache, um Verbindlichkeit und Planungssicherheit“, betont Gerth. Denn bisher regele das Ministerium die Personalquoten willkürlich per Erlass. Eine gesetzliche Vorgabe würde einem Alleingang des Ministeriums einen Riegel vorschieben. Und mehr Nachwuchs ist künftig zu erwarten: 2018 wurden die Studienplätze für Lehramt in Magdeburg und Halle auf 1.000 Plätze deutlich erhöht. Auch diesen jungen Leuten will die Initiative eine Perspektive bieten.

Würde der Landtag den Gesetzentwurf des Volksbegehrens ablehnen, wäre der Weg frei für einen Volksentscheid. Den Urnengang haben die Initiatoren zusammen mit der Landtagswahl im Juni 2021 ins Auge gefasst. Doch auch dieser Zeitplan gerät nun ins Wanken.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

www.denmangelbeenden.de

Dialog

2/2020

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
In Kontakt bleiben
Seiten 1–3

GEW-Kommentar
Suchbewegung Seite 2

KurzInterview
Emotionaler Austausch zählt Seite 4

Im Kurzcheck
Was bewegt … Seite 4

In Kontakt bleiben

// **Der Anteil älterer Mitglieder in der GEW steigt. Was heißt das für die Gewerkschaftsarbeit, was wünschen sich die Seniorinnen und Senioren?** //

Die Reise nach Riga war für Dorothee von der Stein ein Jahreshighlight. Museen entdecken, am Fluss entlangschlendern, ein spannender Besuch in der deutschen Schule. „Wann sonst hat man die Gelegenheit, so tief in die Geschichte eines Landes einzutauchen?“, sagt von der Stein. Die fünf Tage im Baltikum mit der Seniorinnen- und Seniorengruppe der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW) öffneten den Teilnehmenden Zugänge, die sonst verschlossen bleiben. Gerade jetzt, in Corona-Zeiten, zehrt von der Stein von der Erinnerung an diese Erlebnisse.

Seit 2018 ist die ehemalige Grundschulleiterin aus Essen im Ruhestand. Vor dem Shutdown nahm sie oft an den monatlichen Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren der örtlichen GEW teil. Mal ein Ausflug zur Zeche Zollverein, mal ein Nachmittag im Lichtburgkino, mal ein Thementag zu altersgerechtem Wohnen mit Ex-SPD-Chef Franz Müntefering. Im Ruhestand aus der Gewerkschaft austreten? Kommt nicht in Frage. „Ich schätze die Events und die schönen Kontakte.“ Geärgert hat sie jedoch, dass sie als Seniorin nicht mehr zum Schuljahresempfang des GEW-Stadtverban- >>>

Knapp **20 %** der GEW-Mitglieder sind Seniorinnen und Senioren.

>>> des mit dem Oberbürgermeister, anderen Politikern und aktiven Lehrkräften eingeladen wurde. „Man fühlt sich ausgeschlossen. Dabei wollen wir Älteren doch mitbekommen, was sich in der Bildung tut."

Die Gesellschaft wird älter, die Mitgliederstrukturen der Gewerkschaften verändern sich. Auch bei der GEW. Schon jetzt ist bundesweit knapp ein Fünftel der Mitglieder im Ruhestand. „Das stellt die Gewerkschaft vor neue Fragen: Wen vertritt sie und auf welcher Grundlage?", sagt Svenja Pfahl vom Institut für Sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) in Berlin. Angetreten, um Arbeitnehmerrechte in beamtenpolitischen Fragen und Tarifauseinandersetzungen zu vertreten sowie professionsspezifische Themen zu bearbeiten, wird ihr Aufgabenspektrum noch breiter. Wie kann eine Gewerkschaft die Interessen der Älteren effektiv vertreten? Natürlich: Wer gute Gehälter für heute erstreitet, sorgt dafür, dass die Mitglieder morgen besser von ihren Renten und Pensionen leben können. Aber darüber hinaus? Pfahl: „Seniorenpolitisch kann die GEW über Bande spielen – indem sie durch Kampagnen und Lobbyarbeit dafür sorgt, dass Fragen, die Ruheständler betreffen, auf der politischen Agenda nach oben rutschen." Von der Rentenangleichung bis zur Mitwirkung der Älteren.

Unstrittig ist: Mitglieder im Ruhestand sind wichtig für Gewerkschaften. Nicht nur, weil es viele sind, sondern weil Ältere ihr Know-how einbringen und für Solidarität stehen. Forscherin Pfahl: „Gerade der GEW bleiben viele ältere Mitglieder treu, weil sie die GEW als politische Heimat sehen, Kontakte pflegen, gewerkschaftliche Arbeit weiter unterstützen und auf dem Laufenden bleiben wollen."

Fitness, Pflege, Bildung

Annegret Caspers weiß das. Die Vorsitzende des GEW-Ausschusses für Ruheständler in NRW organisiert ehrenamtlich die Seniorinnen- und Seniorenarbeit auf Landesebene und im Stadtverband Essen. Jährliche Tagungen und monatliche Angebote zu Kultur, Gedächtnistraining oder Fitness, Inforunden über Rente, Pflege, Beihilfe gehören ebenso dazu wie regelmäßige Updates per Mail zu Neuigkeiten in Bildungspolitik oder Seniorenmitwirkung. Caspers seufzt: „Gerade erst mussten wir schweren Herzens beschließen, alle Veranstaltungen bis Ende des Jahres abzusagen. Durch Corona sind Live-Begegnungen einfach zu gefährlich für Ältere." Jetzt gibt es einen Rundbrief, dann will der Seniorenausschuss mit regelmäßigen E-Mails Kontakt zu den Ruheständlern halten. „Das ist in der Zeit der Isolation natürlich besonders wichtig." Angebote wie Meetings über die Videochat-Plattform Zoom, über die seit der Krise viele Unternehmen den Austausch mit ihren Mitarbeitern organisieren oder Freunde sich privat auf ein Glas Wein treffen, seien nicht realistisch.

Dafür ist umso mehr Zeit, das nächste Jahr vorzubereiten. Alle Veranstaltungen werden nachgeholt, Neues wird in den Blick genommen. Demnächst schickt die 70-Jährige ein Mailing an die Mitglie-

>>> **Fortsetzung auf Seite 3 Dialog**

Suchbewegung

Foto: Kay Herschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

GEW 2020: Fast ein Fünftel der Mitglieder sind Seniorinnen und Senioren. Viele Ältere bleiben der Bildungsgewerkschaft treu. Das ist wunderbar, denn ihr Wissen, ihre Stärke, ihre Vielfalt werden gebraucht. Ältere sind schließlich nicht alle gleich. Seniorinnen und Senioren in der GEW spiegeln eine Altersspanne von mehr als 30 Jahren wider. Menschen mit unterschiedlichen Biografien, Berufen und unterschiedlichen Bedürfnissen heute. Es ist Aufgabe von uns allen, diese Bedürfnisse immer wieder neu zu erkunden.

Seit 15 Jahren macht die GEW diese Suchbewegungen. Was erwarten Ältere? Ausflüge oder Bildungsangebote? Einen Chor oder eine sozialpolitische Debatte? Und wie möchten sie sich einbringen? Sicher ist: Die Formen werden vielfältiger.

Dabei muss auch die GEW als Organisation über ihre Rolle nachdenken. Was gehört zu den Aufgaben, was nicht? Sind es nur die Klassiker wie Alterssicherung, Gesundheit, Pflege? Oder sollte sich die GEW beispielsweise auch mit dem Thema „Sterbehilfe" auseinandersetzen – und wenn ja: wie intensiv? Einerseits ist der Kampf für die Selbstbestimmung der Menschen (bis ins hohe Alter) ein gewerkschaftliches Ziel, andererseits ist „Sterbehilfe" kein Kernthema.

Die Suchbewegung ist noch lange nicht beendet. Wir müssen sie gemeinsam fortsetzen. In einem fruchtbaren, offenen Austausch zwischen Alt und Jung. Damit unsere Gewerkschaft für alle steht, egal in welchem Alter.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied, verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

>>> Fortsetzung von Seite 2 Dialog

der: Was wünscht ihr euch? Sie bemüht sich, wo immer möglich die Älteren einzubeziehen, im nächsten Jahr sollen auch die Mitglieder im Ruhestand auf der Einladungsliste zum Schuljahresempfang stehen.

Denn überall wünschen sich Ältere mehr Austausch zwischen den Generationen, auch um weiterhin Verbindung zur Berufswelt zu haben. Doch viele Schulen und Kitas halten keinen Kontakt zu Ehemaligen, auch in der GEW sei das Interesse bei Jüngeren oft begrenzt, berichten Seniorenvertreter unisono, vielleicht aus Zeitnot im vollgepackten Berufsalltag.

Die Altersfrage spiele zudem in anderer Hinsicht eine Rolle, findet Frauke Schüdde-Schröter von der GEW Bremen. Die 65-Jährige ist seit zwei Jahren im Vorruhestand und beobachtet bei Veranstaltungen für Ältere: Erstens träfen sich oft dieselben Leute, zweitens sei die Altersspanne beachtlich. „Warum gibt es nicht auch eine Gruppe für Neue im Ruhestand?“, fragt die ehemalige Sekundarschullehrerin. „Gerade am Anfang hat man andere Bedürfnisse.“ Wie kann ich mein Leben im Ruhestand neu organisieren, wie helfen mir dabei zum Beispiel neue Apps? 2019 hat Schüdde-Schröter mit einer Kollegin daher ein Seminar zum Thema Smartphone-Nutzung ins Leben gerufen. Viermal im Jahr treffen sich nun Menschen zwischen 61 und 75 Jahren zur Handyschulung in der Bremer Geschäftsstelle.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es schon länger Zweierlei: eine Ruheständlergruppe für Mitglieder ab 65 Jahren und eine 50-plus-Runde für die Jahrgänge 1955 bis 1965. Ziel der 50-plus-Workshops: Teilnehmerinnen und Teilnehmer langsam auf den Ruhestand vorzubereiten und zu zeigen, was ihnen die GEW dann zu bieten hat. Zusätzlich gibt es Tipps für den Schulalltag. Das Konzept scheint zu greifen. „Die Zahl der Austritte Älterer geht zurück“, resümiert Seniorinnen- und Seniorenvertreterin Hannelore Gutzmann.

Ein großes Problem ist damit allerdings nicht gelöst: Wie lassen sich mehr Ältere zum Engagement bewegen, gar dazu, ein Amt zu übernehmen? Erst recht im ländlichen Raum, wo die Wege lang sind. Ohnehin sind oft andere Dinge wichtiger: die Enkel, der Wunsch, nach einem Arbeitsleben im engen Korsett von Terminen die Freiheit zu genießen, zu reisen. Mit zunehmendem Alter bremsen zudem Krankheiten das Engagement. Und derzeit stehen durch Corona erst recht andere Fragen im Vordergrund: Wie geht es weiter? Wie bewältige ich den Alltag in der Isolation?

Gut 36 % sind seit mehr als 20 Jahren Mitglied.

58 % der Älteren sind Frauen.

Telefonate gegen Einsamkeit

Gabriele Matysik klingelt deshalb jede Woche bei fünf, sechs GEW-Senioren und -Seniorinnen durch: „Hallo, hier ist deine GEW, na, wie geht es dir?“ Sich austauschen, plaudern, die Sorgen loswerden – „ein ausführliches Telefonat ist ein gutes Mittel gegen Vereinsamung“, sagt die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung der GEW Thüringen. Auch der Landesvorstand organisiert sich via Telefonkonferenzen und WhatsApp, über Anträge wird per Telefonkonferenz abgestimmt. Und wenn Ältere im Corona-Alltag Hilfe brauchen, sind die ehrenamtlichen Seniorinnen und Senioren in den Kreisgruppen zur Stelle. Mal nach dem Rechten sehen, mal einkaufen gehen. Matysik: „Man hilft sich gegenseitig.“

Damit sich die älteren Mitglieder auch langfristig bei der GEW aufgehoben fühlen, hat die Arbeitsgemeinschaft „61 plus“ des Landesverbandes Thüringen vor einigen Monaten den Prozess Organisationsentwicklung (OE) „Ältere Mitglieder binden“ gestartet. 2009 sei noch die Mehrheit der Ruheständler in der GEW geblieben, neuerdings entscheiden sich mehr für den Austritt. „Sie sind ausgelaugter vom Job.“ Wer bleibt, suche vor allem die Gewerkschaft als Austauschbörse Gleichgesinnter, Debattenforum und Kummerkasten. „Politische Themen stehen bei den Älteren weniger im Vordergrund“, so Matysik. „Viele haben zu DDR-Zeiten zu viel politischen Druck erlebt.“

Im Sommer 2019 hat Matysik die Älteren per Brief nach ihren Erwartungen an die GEW gefragt. Konkrete Vorschläge kamen nicht, aber ein generell positives Feedback: Wir fühlen uns wohl. Nun übt das OE-Team in einem Workshop professionelle Fragetechniken für Telefoninterviews, um Konkreteres herauszufinden. Matysik: „Wir wollen wissen, mit welchen neuen Beteiligungsformen und Themen wir Ältere nachhaltig gewinnen können.“

Das sei „ein richtiger Weg“, sagt SowiTra-Forscherin Pfahl. „Denn die Ehrenamtsforschung zeigt, dass sich überall die Erwartungen an die Mitwirkung geändert haben.“ Auch Ruheständler möchten lieber flexibel in begrenzten Projekten mitarbeiten, statt sich langfristig in Ämter wählen zu lassen. Sie wollen an Themen andocken, die sie aktuell umtreiben, egal ob Geflüchtete oder Klimawandel. Sie möchten ihr Wissen weitergeben und wertgeschätzt werden, zum Beispiel im Mentoring Jüngerer. Pfahl: „Und gerade bei einer Mitmachgewerkschaft wie der GEW kommt es darauf an, dass Ältere auf Augenhöhe anpacken können.“ Als aktiver Teil einer solidarischen Gemeinschaft.

Anja Dilk,
freie Journalistin

Quelle für die Zahlen: GEW-Mitgliederstatistik 2019

Emotionaler Austausch zählt

// Wie gelingt die Übergabe des Staffelstabes von älteren an jüngere Funktionstragende in der GEW? Das Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) hat Ende 2019 dazu zehn Übergabeteams, haupt- und ehrenamtliche in Ost und West, befragt. Ein Gespräch mit Studienleiter Stefan Reuyß. //

E&W: Herr Reuyß, wie gehen Ältere in der GEW die Nachfolgesuche an?

Stefan Reuyß: Die einen bauen schon viele Jahre vor der Abgabe eines Amtes die Nachfolge auf, die anderen schauen sich frühestens zwei Jahre zuvor um. Gerade wenn es um die Übergabe eines anspruchsvollen Vorsitzes geht, ist das zu kurzfristig. Nirgends gab es eine systematische Suche.

Foto: Kristoffer Schwetje

Sozialwissenschaftler Stefan Reuyß

E&W: Worauf kommt es an, damit der Wechsel gelingt?

Reuyß: Unsere Auswertung zeigt sowohl bei Haupt- als auch bei Ehrenamtlichen: erstens, klar und ernsthaft im beruflichen und GEW-Netzwerk kommunizieren, dass man eine Nachfolge sucht. Zweitens, früh und beharrlich suchen und anschließend zeitig einarbeiten. Fachwissen lässt sich schnell lernen, um das implizite Wissen weiterzugeben, braucht es Zeit: Von wo etwa ist bei welchen Entscheidungen warum Gegenwind zu erwarten? Gut sind regelmäßige Face-to-Face-Treffen und eine längere Periode, in der man parallel arbeitet. Drittens, nicht zu früh auf einen Nachfolgekandidaten fokussieren, zu schnell kann sich die Lebenssituation ändern, und er oder sie fällt aus.

E&W: Wie haben Staffelstab-Übergebende und -Übernehmende den Prozess wahrgenommen?

Reuyß: Alle Älteren sagen, sie wollen ihren Nachfolgern nicht reinfunken, sie empfinden den Prozess als offen und konstruktiv. Jüngere nehmen durchweg diese gute Absicht wahr, aber die Hälfte sagt, dass sich ihre Vorgängerinnen und Vorgänger in der Praxis doch anders verhalten. Zum Beispiel, indem sie neue Methoden und andere Schwerpunkte der Nachfolgenden kritisieren. Einigen falle es schwer, sich zurückzunehmen. Sicher ist der Prozess für beide Seiten nicht einfach. Die Älteren fallen in ein Loch und wollen Wertschätzung für ihre langjährige Arbeit, die Jüngeren brauchen Raum, um ihren eigenen Stil zu finden. Wenn über diese emotionalen Belastungen gesprochen wird, funktioniert die Übergabe am besten.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

IMPRESSUM Dialog
Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon 069 78973-0
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

Was bewegt …

// … Doris Hüttenrauch, 69, Förderschullehrerin in Apolda, Thüringen, seit 2014 im Ruhestand? //

▸ Wie ich meinen Tag beginne.
Um 8.30 Uhr stehe ich auf, den Vormittag verbringe ich mit einem ausgedehnten süßen Frühstück und meiner Regionalzeitung. Früher habe ich sogar die Marmelade selbst gemacht, heute habe ich keinen Garten mehr und kaufe sie.

▸ Was mich bildungspolitisch umtreibt.
Das Thema Inklusion beschäftigt mich sehr. Was tut sich da? Als Förderlehrerin weiß ich: Inklusion funktioniert nur, wenn die Ausstattung stimmt und die Lehrkräfte entsprechend qualifiziert sind. Tatsächlich jedoch sind sie häufig überfordert, oft fallen gerade die verhaltensauffälligen Kinder aus benachteiligten Familien im Alltag als erstes durch den Rost. Inklusion betrifft mich auch privat. Mein Enkel hat eine Hörbehinderung. In der Kita lief die Förderung optimal, nach dem Sommer wird sich zeigen, ob auch die inklusive Arbeit in der Schule seinen Bedürfnissen gerecht wird.

▸ Was ich mir vorgenommen habe.
Ich leite eine GEW-Seniorengruppe, gemeinsam nutzen wir viele Bildungsangebote wie die Dürer-Ausstellung in Apolda. Seit kurzem bin ich im Seniorenbeirat beim Kreis. Privat muss ich mein Leben seit dem Tod meines Mannes im vergangenen Jahr neu sortieren. Alleine ist es nicht einfach, erst recht in Zeiten von Corona. Ich kann meinen Enkel im Moment nicht sehen, keinen Sport machen. Also sortiere ich Fotos, telefoniere viel und versuche, gute Laune zu behalten.

Aufgezeichnet von: Anja Dilk,
freie Journalistin

MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

Gesundheitsschutz hat Vorrang

Die Corona-Krise legt die Schwächen des Bildungssystems in Deutschland gnadenlos offen: mangelnde Chancengleichheit, unzureichende digitale Ausstattung der Einrichtungen, marode Schulen, Lehrkräftemangel. Je länger die aus medizinischer Sicht nachvollziehbaren Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus wie die (Teil)Schließung von Kitas und Schulen dauern, desto mehr werden die Kinder und Jugendlichen, die ohnehin schon benachteiligt sind, abgehängt.

Mitte März hat die Politik Kitas, Schulen und Hochschulen im Zuge der Bekämpfung der Corona-Pandemie geschlossen. Nach gut sechs Wochen wurden die Maßnahmen gelockert, ein Rahmenplan, wie die Schulen schrittweise wieder geöffnet werden können, entwickelt. Diese und alle weiteren für die GEW-Mitglieder, alle Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und das gesamte Arbeitsleben so wichtigen Entscheidungen musste und muss die Politik gut begründet treffen. Einerseits liegen für eine Reihe von Entscheidungen noch nicht genügend wissenschaftliche Erkenntnisse vor, andererseits haben die Kita- und Schulschließungen schon jetzt enorme Auswirkungen*. Sie belasten Familien, insbesondere Alleinerziehende, häusliche Gewalt wächst. Sie verstärken soziale Ungleichheiten. Fehlender Zugang zu digitaler Grundausstattung, beengter Wohnraum und mangelnde häusliche Unterstützung erschweren den Lernerfolg beim Fernunterricht.

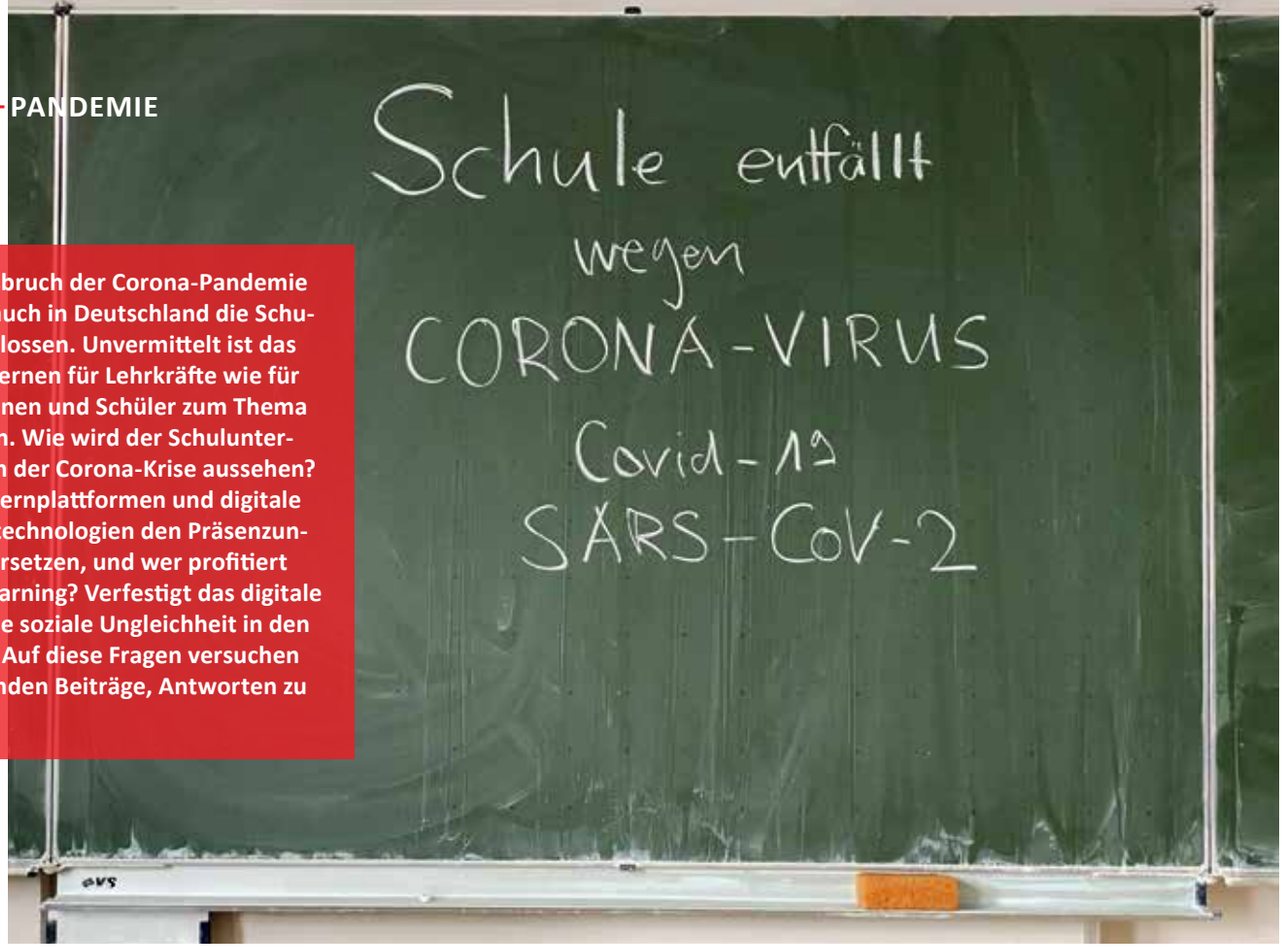
Jetzt rächen sich die Versäumnisse der Vergangenheit: Der zu spät und zu zögerlich umgesetzte Digitalpakt führt zu mangelnder Ausstattung mit Endgeräten, fehlenden Systemadministratoren, überlasteten Servern sowie Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Not gegenseitig fortbilden und ergänzen. Aber auch die Sanierung der Schulen ist nicht konsequent umgesetzt worden. Jetzt sind die Probleme groß, einen wirksamen Hygiene- und Infektionsschutz für Lehrende und Lernende umzusetzen. Dabei muss beim schrittweisen Hochfahren der Gesundheitsschutz im Vordergrund stehen. Der Investitionsstau in Schulgebäuden ist spürbar, die vernachlässigte Reinigung und Hygiene nicht zu übersehen. Sehr langsam erhalten die Schulen Hygienepläne. Die GEW hat von der Politik Vorlaufzeiten gefordert, damit Schulleitung und Schulträger zusammen mit den Personalvertretungen, Gleichstellungsbeauftragten und Elternvertretungen gemeinsam Gesundheitsschutz, Pädagogik und organisatorische Maßnahmen vernünftig abstimmen können. Dass die Kultusministerkonferenz den Abschlussprüfungen den Vorrang gab, ist eine falsche Entscheidung. Abschlüsse hätten auf Grundlage der bislang erbrachten Leistungen vergeben und im Zweifel mit einem Corona-Bonus versehen werden können.

Es kommt jetzt darauf an, dass Schüler und Lehrkräfte im Unterricht ausreichend Abstand halten können. Dafür müssen Klassen je nach Raumsituation in Gruppen geteilt werden. Um allen Klassen direkten Kontakt mit den Lehrkräften zu ermöglichen, sollte es nach und nach eine fluktuierende Beschulung und eine Mischung aus Präsenz- und Fernunterricht für alle Klassenstufen geben. Verschiedene Öffnungsszenarien müssen geprüft und begleitet werden. Denn: Möglicherweise wird es nicht bei diesem einen Shutdown bleiben, und dann sind gute Beispiele besonders wichtig. Für die Öffnung von Kitas hat die GEW umfassende Vorschläge gemacht. Die Notbetreuung und die Fürsorge für Kinder, die in schwierigen familiären Verhältnissen leben, müssen Vorrang haben.

Seit Mitte März lebt Deutschland mit der Einschränkung von Freiheits- und Bürgerrechten, um sich dem Coronavirus entgegenzustellen. Nun müssen Beschäftigte, Studierende und Gewerkschaften beteiligt werden, wenn über Fortsetzung, Anpassung und Ende dieser Maßnahmen entschieden wird.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

***Der Beitrag ist am 27. April geschrieben worden.**



imago images/imagebroker

Nach Ausbruch der Corona-Pandemie wurden auch in Deutschland die Schulen geschlossen. Unvermittelt ist das digitale Lernen für Lehrkräfte wie für Schülerinnen und Schüler zum Thema geworden. Wie wird der Schulunterricht nach der Corona-Krise aussehen? Können Lernplattformen und digitale Bildungstechnologien den Präsenzunterricht ersetzen, und wer profitiert vom E-Learning? Verfestigt das digitale Lernen die soziale Ungleichheit in den Schulen? Auf diese Fragen versuchen die folgenden Beiträge, Antworten zu geben.

„Notfalls unterrichte ich im Hinterhof“

// **Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie führten bundesweit zu Schulschließungen; Lehrkräfte mussten auf Fernunterricht umstellen. Vor allem Einrichtungen in sozialen Brennpunkten stellte dies vor besondere Herausforderungen. E&W sprach mit Franziska Böhmer (55), die Mathe, Kunst und Sport in einer JüL*-Klasse an der Hans-Fallada-Schule in Berlin-Neukölln unterrichtet.** //

E&W: Frau Böhmer, wie haben Sie die Schließung Ihrer Schule Mitte März erlebt?

Franziska Böhmer: Ich war zu der Zeit krank. Glücklicherweise war die Klassenlehrerin da und hat das Nötigste organisiert. Wir haben zunächst dafür gesorgt, dass die Kinder Arbeitsmaterialien mit nach Hause nehmen können. Das lief je nach Jahrgangsstufe unterschiedlich. Die Älteren, also die Zweit- und Drittklässler, können mit ihren Arbeitsheften schon gut alleine lernen, bei den Erstklässlern ist das schwierig. Denen habe ich keine Mathe-Hefte mitgegeben. Die sind gerade dabei, die Addition zu lernen. Das geht auf die Distanz schlecht, denn dann gewöhnen sie sich Fehler wie das Zählen mit den Fingern an, die ich ihnen später nur schwer wieder abgewöhnen kann.

E&W: Klappt das Selbstlernen überhaupt?

Böhmer: Wir hoffen natürlich schon, dass die Eltern oder die älteren Geschwister helfen, von denen viele ja auch unsere Schule besucht haben.

E&W: Inwieweit nutzen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeiten der digitalen Technik?

Böhmer: Damit ist meine Schule eigentlich sehr gut ausgestattet. Wir haben einen großen Computerraum und zwei kleine Computerräume. Es gibt eine engagierte Kollegin, die die Schule zu einer IT-Schule umgerüstet hat – zum Teil mit Geldern der Europäischen Union. Wir haben eine Lernwerkstatt, in der wir mit den Klassen regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem freien Träger Life e. V. Projektwochen organisieren. In der Lernwerkstatt werden multimediale Medien wie die Lernplattform eXplorarium eingesetzt. Diese Plattform nutzen wir schulweit; über sie werden den Schülerinnen und Schülern Arbeitsmaterialien und Lernaktivitäten bereitgestellt. Die Zweit- und Drittklässler sind da schon recht fit. Für Mathe haben wir den Kindern für den „Hausunterricht“ die kostenlose Lern-App Anton und die BlitzrechnenApp empfohlen, mit der die Kinder zum Beispiel Kopfrechnen üben können. Wir arbeiten bei uns an der Schule im Fach Deutsch zudem mit dem Programm Antolin, einer webbasierten Lernsoftware zur Leseförderung. Alle Kinder unserer Schule haben einen Zugang zu diesem Programm, und die Klassenlehrerin kann über dieses mit ihnen chatten. Das hat sie natürlich in den vergangenen Wochen auch getan.

E&W: Und, ist das gut gelaufen?

Böhmer: Von den 21 Schülerinnen und Schülern unserer JüL-Klasse haben gerade einmal zwei Kinder geantwortet.

E&W: Woran liegt das?

Böhmer: Von den 21 Kindern haben elf keinen Internetzugang. In manchen Familien gibt es vielleicht ein Smartphone – für sechs bis zehn Personen! Da ist ein Arbeiten mit einer Lernsoftware schlicht unmöglich. In manchen Familien gibt es zwar einen PC, der aber auch von mehreren Familienmitgliedern genutzt wird. Die Eltern müssen dann Computerzeiten zuteilen.

E&W: Wie bleiben Sie mit den Schülerinnen und Schülern dann in Kontakt?

Böhmer: Wir telefonieren viel mit den Eltern. Ich wurde von Kindern auch schon angerufen oder per WhatsApp kontaktiert. Das Grundproblem ist, dass wir einige Kinder haben, die aus Familien mit großer Schuldistanz kommen. Deren Eltern sind oft Analphabeten und können ihren Kindern beim Lernen nicht helfen.

E&W: Schuldistanz hängt also eng mit der Herkunft zusammen?

Böhmer: Nur bedingt. Schuldistanz ist oft gepaart mit Bildungsferne in den Familien, die wenig Teilhabe ermöglicht. Man muss dazu wissen, dass 98 Prozent in Familien leben, die einen Berlinpass** haben. 96 Prozent haben einen Migrationshintergrund, der überwiegende Teil davon türkische oder arabische Wurzeln. Die Schuldistanz mit der sozialen oder ethnischen Herkunft zu begründen, wäre aber falsch. In den meisten Familien herrscht durchaus das Ideal, dass Kinder zur Schule gehen und etwas lernen sollen. Das merkt man auch in der derzeitigen Situation. Einige Eltern haben den Kindern sofort nach Beginn der Schulschließungen Hefte gekauft, eine feste Tagesstruktur eingerichtet, in der die Mädchen und Jungen auch lernen können. Sie gehen mit ihren Kindern jeden Tag raus, damit sie genug Bewegung an der frischen Luft haben. Sie machen also alles richtig.

E&W: Und die anderen?

Böhmer: Ich war dieser Tage auf Hausbesuch bei „meinen" Kindern – natürlich unter Wahrung der physischen Distanz. Überall wurde ich freundlich empfangen. Viele Mädchen und Jungen sitzen den ganzen Tag vor dem Fernseher oder daddeln am Smartphone der Eltern irgendwelche Spiele. Ich bin auf Kinder getroffen, die drei Wochen lang die Wohnung nicht mehr verlassen hatten – die Eltern hatten Angst, dass sie sich draußen mit dem Coronavirus infizieren, von dem sie annehmen, dass es sich über die Luft überträgt.

E&W: Von Homeschooling kann also bei vielen Schülerinnen und Schülern nicht die Rede sein?

Böhmer: Ja. Eine Hälfte der Eltern tut, was sie kann, der fehlen allerdings oft sowohl die technischen Möglichkeiten als auch das Know-how, das akademisch gebildete Eltern haben. Die Eltern bemühen sich; auch die größeren Geschwister sind engagiert, das merkt man. Mit welchem Erfolg, werden meine Kolleginnen und Kollegen und ich aber erst sehen, wenn die Schule wieder geöffnet wird und der Unterricht fortgesetzt werden kann.

Foto: privat

Franziska Böhmer

E&W: Sie ziehen also ein eher negatives Resümee?

Böhmer: Das würde ich so nicht sagen. Ich bin einerseits fatalistisch, weil ich davon ausgehe, dass eine Rückkehr zum regulären Unterricht noch eine ganze Weile nicht möglich sein wird. Andererseits habe ich aber auch Positives berichtet bekommen. In der Klasse gibt es zum Beispiel einen Jungen, der sozial und emotional immer auffällig war. Der genoss jetzt die ungeteilte Aufmerksamkeit, die er zu Hause bekam und ist regelrecht aufgeblüht. Sollte der Lockdown länger dauern, habe ich mir vorgenommen, einzelne Kinder daheim aufzusuchen. Notfalls unterrichte ich unter freiem Himmel im Hinterhof.

E&W: Wie stehen Sie in Kontakt mit Ihren Kolleginnen und Kollegen?

Böhmer: Wir haben eine WhatsApp-Gruppe, über die wir uns austauschen und über die auch Tipps und Links verschickt werden – zum Beispiel zur Seite des Basketballvereins Alba Berlin, der eine tägliche digitale Sportstunde anbietet. Das ist eine gute Sache, die aber aus den erwähnten Gründen für viele Schülerinnen und Schüler der Klasse, in der ich Sport unterrichte, nicht in Frage kommt. Außerdem haben wir einen internen Mail-Verteiler, über den Offizielles verschickt wird.

E&W: Um welche Kinder sorgen Sie sich besonders?

Böhmer: Um die Roma-Kinder. Die haben es eh schon schwer. Das Haus, in dem sie mit ihren Eltern wohnen, ist sozusagen ein sozialer Brennpunkt im sozialen Brennpunkt. Große Familien in kleinen Wohnungen, wenig Spielzeug und selten Internetzugang. Bei diesen Kindern sind die Struktur, die wir in der Schule anbieten können, und der Zugang zu Bildung besonders wichtig. In der Corona-Krise merkt man, dass viele Eltern in das alte Verhaltensmuster zurückfallen, was da heißt: Schule ist zwar wichtig, oft fehlt es aber an der konsequenten, erzieherischen Umsetzung dieser Haltung.

E&W: Welche berufliche Schlussfolgerung ziehen Sie aus dem Lockdown?

Böhmer: Dass Schule viel mehr ist als Wissensvermittlung, dass wir Lehrkräfte nicht nur Wissensvermittlerinnen und -vermittler sind und wie wichtig der physische Kontakt zu meinen Schülerinnen und Schülern ist. Er ist wichtig für die Kinder und ihre Lernprozesse, aber auch für mich persönlich.

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft"

***JüL: Jahrgangsübergreifendes Lernen. Die Klasse setzt sich aus Kindern der ersten, zweiten und dritten Jahrgangsstufe zusammen.**

****Der Berlinpass steht Personen zu, die Hartz-IV-Leistungen, Grundsicherung im Alter, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld beziehen. Er dient beispielsweise als Nachweis für den Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.**

Schulische Abseitsfalle

// **Das Hauptproblem des deutschen Schulsystems – die Bildungsungerechtigkeit – verstärkt sich in der Corona-Krise.** //

Seit Jahren bekommt das deutsche Bildungssystem bei den PISA-Tests in Fragen der Chancengleichheit schlechte Noten. Mit (un-)schöner Regelmäßigkeit wird festgestellt, dass die frühe Festlegung auf bestimmte Bildungswege die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder beschneidet.

Die Reaktion der deutschen Schulbürokratie? Ein Achselzucken. Unser schöner, deutscher Bildungsadel ist uns viel zu wichtig, als dass wir ihn für ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit gefährden würden. Lieber tun wir das, was wir ohnehin am besten können: Wir loben uns einfach ein bisschen lauter, um die Kritik zu übertönen.

An dieser Haltung droht auch die Idee der schulischen Inklusion zu scheitern, die die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Bildungssystem zum Ziel hat. Inklusion heißt, die unterschiedlichen Lebensverhältnisse und Lernvoraussetzungen im Blick zu haben, die Hilfen und die Unterstützung zu bieten, die eine Teilhabe an den allgemeinen Bildungsangeboten möglich macht.

Überall im Lande arbeiten engagierte Lehrkräfte daran, dieses Ideal im Schulalltag umzusetzen. Sie müssen dabei immer gegen die bildungsministerielle Vorgabe des gleichschrittigen Unterrichts ankämpfen. Diese Art von Unterricht bewirkt jedoch exakt das, was Kritiker der Inklusion vorwerfen: Gleichmacherei. Oder genauer: Angleichung an ein imaginäres Mittelschichtniveau, das in Vergleichstests alljährlich abgeprüft wird.

Kein Allheilmittel

An eben dieser Ausrichtung des Unterrichts krankt jetzt auch der Umgang mit der aktuellen Corona-Krise. Die Vorstellung mancher Bildungsbehörden, den normalen Schulunterricht quasi per Liveschaltung in die Kinderzimmer zu übertragen, hat sich nicht nur aufgrund des mangelhaften Netzausbaus als realitätsfern erwiesen.

Ein solches Online-Wonderland hat auch mit der sozialen Realität herzlich wenig zu tun. Die entsprechenden Vorschläge gehen davon aus, dass alle Schülerinnen und Schüler über ein eigenes Endgerät, WLAN und einen entsprechenden Arbeitsplatz verfügen, von dem aus sie sich konzentriert am Unterricht beteiligen können. Dies aber ist selbst in vielen Mittelschichtfamilien nicht der Fall. Ganz zu schweigen von der Realität hellhöriger Zwei-Zimmer-Wohnungen, in denen mehrköpfige Familien leben.

Die Digitalisierung ist auch hier nicht das Allheilmittel, als das sie in der Corona-Krise allenthalben verkauft wird. So sind auch die Schulen, die mit der Krise besser zurechtkommen, nicht unbedingt digitale Vorreiter. Im Vorteil sind vielmehr vor allem jene Schulen, die konsequent Formen selbstgesteuerten Lernens in den Unterricht eingebaut haben. Mit der Wochenplan- und der Portfolioarbeit oder auch dem Projektunterricht gibt es dafür seit Jahren erprobte und erfolgreiche Konzepte.

Schließlich funktioniert auch in der Wunderwelt der Digitalisierung das Lernen nicht vollautomatisch. Die schönsten Online-Übungen nutzen nichts, wenn nicht außer dem Computer auch das Gehirn eingeschaltet wird. Für die Auswahl und Verarbeitung von Lernstoffen gilt dies vielleicht sogar noch mehr als in der analogen Welt, weil die Zerstreuung im Internet immer nur „one click away“ ist.

Kurz: Das Lernen in der digitalen Welt kann ebenso kreativ, aber auch ebenso auf Drill und bloße Nachahmung angelegt sein wie in der analogen Welt.

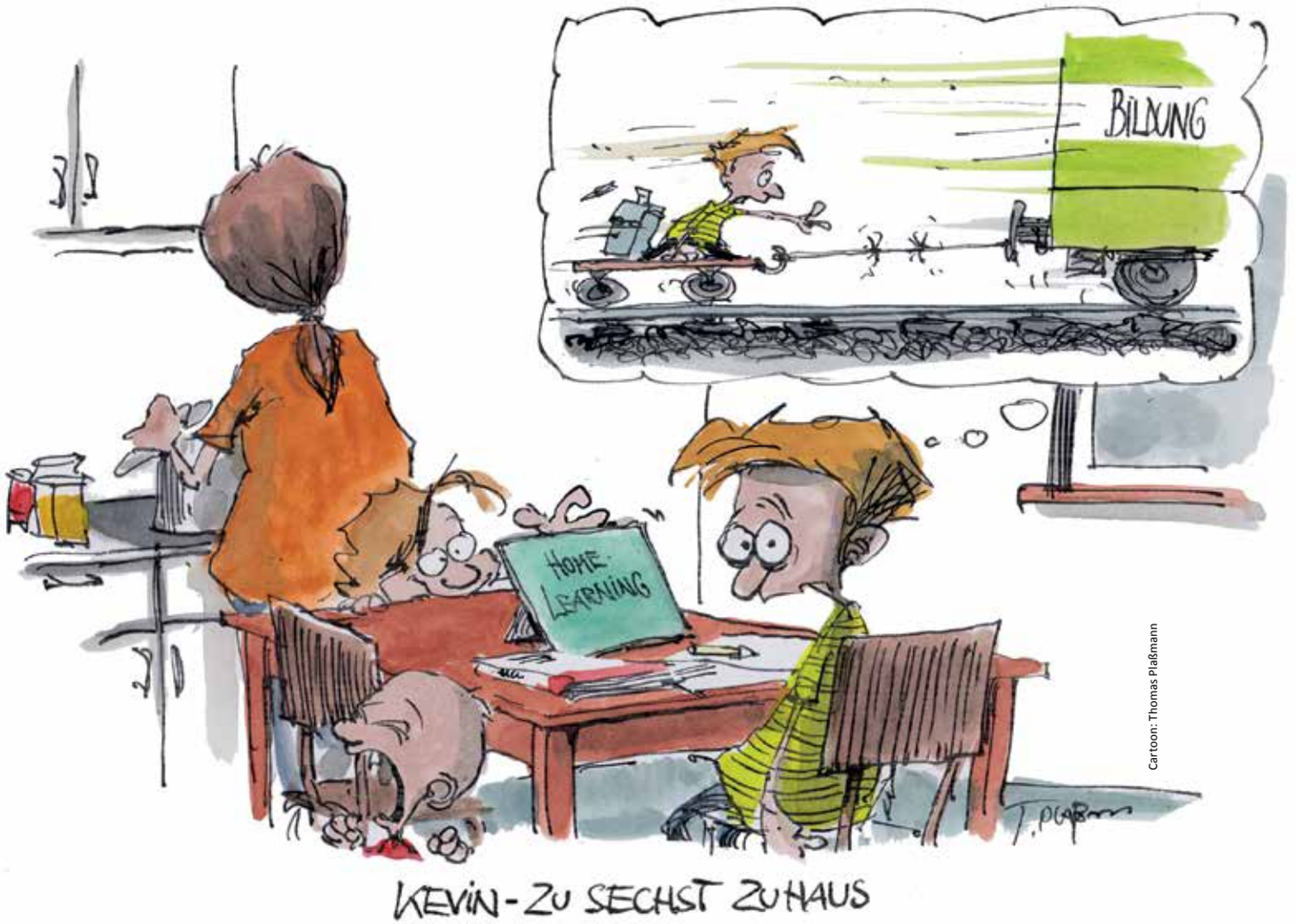
Hinzu kommt: Die Studien der OECD zum digitalen Lernen zeigen regelmäßig, dass Lernende, die die analogen Grundkenntnisse wie Lesen, Schreiben und Rechnen nur unzureichend beherrschen, eher wenig von dem Einsatz digitaler Medien profitieren. Sie sind meistens intensiver auf die Anleitung und das Feedback der Lehrkräfte angewiesen. Deshalb sind gerade Kinder und Jugendliche mit Lernproblemen besonders stark von den Schulschließungen betroffen. Hier müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Kontakt zu halten und mit den Kindern und ihren Eltern im Dialog zu bleiben. Das ist eine große Herausforderung, weil gerade die digitalen Möglichkeiten nicht immer vorhanden sind und sich ein direkter Kontakt aus Infektionsschutzgründen nicht empfiehlt.

Strukturelle Benachteiligung

Wenn jetzt also darüber nachgedacht und entschieden wird, wie die Schulen geöffnet werden, wäre es das Gebot der Stunde, gerade diese Kinder und Jugendlichen schrittweise in die Einrichtungen zu lassen und in Kleinstgruppen in ihrem Lernen zu unterstützen. Was aber sind die Vorschläge der Politik? Oberste Priorität hat die Vorbereitung und Durchführung von Prüfungen. Und am wichtigsten ist der Bildungsbürokratie natürlich das Abitur. Dass auch hier die Möglichkeiten der Prüfungsvorbereitung in den Familien höchst unterschiedlich waren, spielt keine Rolle. So schafft man es, auch hier die sozialen Ungleichheiten zu verstärken und das auch noch als „Vergleichbarkeit“ zu verkaufen.

In der Grundschule wurden zunächst die 4. Klassen in die Schule geholt. Begründung: Der Übergang in das gegliederte Schulsystem steht an. Schule ist in den Köpfen der Entscheidungsträger eben immer noch in erster Linie eine Anstalt, in der Stoff produziert und abgeprüft wird. Eine Anstalt, die Berechtigungen für bestimmte Lebenswege vergibt. Und dies in den meisten Bundesländern schon im Alter von zehn Jahren.

Schule wird immer noch nicht als ein Lebens- und Lernort gesehen, der jedem Lernenden die bestmögliche Bildung ermöglichen soll. Genau dies ist auch der Grund, warum strukturelle Fragen wie die nach Überwindung eines ungerechten Schulsystems oder die nach Abschaffung der Leistungsbeurteilung auf der Grundlage von Ziffernnoten tabuisiert werden. Die vermeintliche Eliteförderung auf Kosten der ärmeren



Cartoon: Thomas Plaßmann

Bevölkerungsschichten ist fest in den Köpfen verankert. Für die Abmilderung sozialer Benachteiligung gibt es allenfalls kosmetische Korrekturen.

Leider wird auch die Tatsache, dass eine solche Pandemie und ihre Folgen seelische Spuren hinterlassen, die die Konzentration auf Prüfungen und das Lernen erschweren, nicht gesehen. Die Frage entsteht: Welches Menschenbild und welcher Bildungsbegriff stecken hinter den Entscheidungen? Das lernende Subjekt mit seinen Ängsten, seinen Lebensumständen, seinen Möglichkeiten und Bedürfnissen wird einfach ausgeblendet, als sei es das alleinige Ziel von Schule, Zensuren und Zeugnisse zu produzieren.

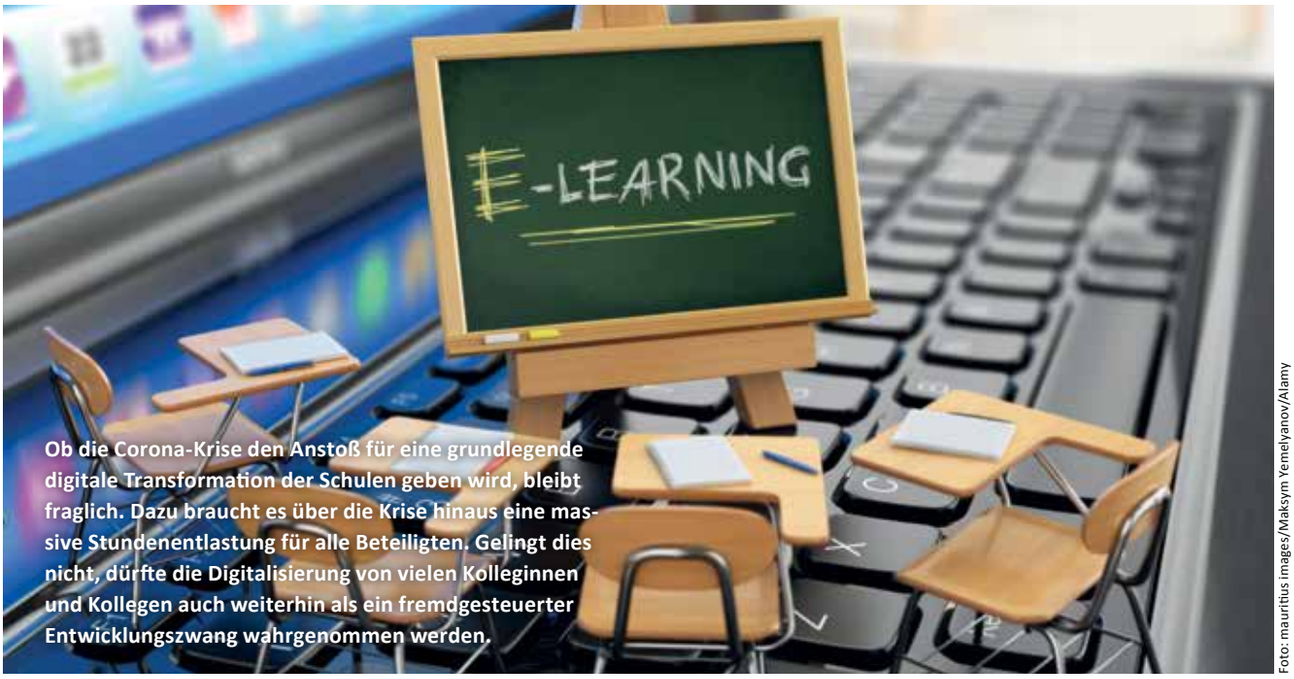
Hauptsorge ist jedenfalls nicht, die soziale Kluft in der Gesellschaft zu verkleinern, sondern das Bildungs-Business as usual um jeden Preis zu retten. Dabei könnte die Krise ein Anlass sein, über die Schule der Zukunft nachzudenken und entsprechende Ansätze zu stärken. Ein inklusives Schulsystem, das jeden einzelnen jungen Menschen in seinen Möglichkeiten sieht und die Unterstützung bietet, die notwendig ist, um diese auch zu realisieren, würde zu anderen Prioritäten führen.

Schule als Lebensort sehen

Schule ist eben nicht mehr nur ein Ort traditioneller Stoffvermittlung, sondern ein Lebens- und Lernort. Sie wird auch längst nicht mehr nur allein von Lehrkräften gestaltet. Um mehr Chancengleichheit umzusetzen, brauchen wir eine bessere Vernetzung von Jugendhilfe, schulischer Sozialarbeit und Pädagogik. Entsprechende Konzepte für die Arbeit in multiprofessionellen Teams liegen seit Jahren vor, sie sind in der Praxis erfolgreich erprobt worden. Diese Ansätze sollten gestärkt und gefördert werden.

Auch die materielle Unterstützung der Familien gehört dazu. Kinder, die nicht regelmäßig zu essen haben, können auch nicht lernen. Es ist also wichtig, dass Sozialämter, Jugendhilfe und Schule Hand in Hand arbeiten. Für den Weg der schrittweisen Öffnung der Schulen ist ein gemeinsames Krisenmanagement notwendig, sollen diese Kinder und Jugendlichen nicht völlig abgehängt werden. Hierzu sollte es einen runden Tisch geben, mit den Schulen und den Interessensvertretungen der Lehrenden sollen gemeinsam Konzepte ausgearbeitet werden. Nichts davon ist jedoch zu sehen! Mehr denn je muss der Gedanke inklusiver Bildung und sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt gerückt werden. Es ist auch Aufgabe der GEW, den Finger in die Wunde zu legen und den Gedanken, dass es auf einem Schiff in Pandemie-Seenot nichts Wichtigeres gibt als Zensuren und Prüfungen, als das zu entlarven, was er ist: völlig absurd!

Ilka Hoffmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule



Ob die Corona-Krise den Anstoß für eine grundlegende digitale Transformation der Schulen geben wird, bleibt fraglich. Dazu braucht es über die Krise hinaus eine massive Stundenentlastung für alle Beteiligten. Gelingt dies nicht, dürfte die Digitalisierung von vielen Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin als ein fremdgesteuerter Entwicklungszwang wahrgenommen werden.

Foto: mauritius images/Maksym Yemelyanov/Alamy

Krise als Chance

// Digitalisierung in Zeiten der Corona-Pandemie: Die Tatsache, dass vielerorts die Schulen von heute auf morgen auf digitales Lernen umstellen mussten und dabei oft überfordert waren, hält jeder Bildungseinrichtung einen ehrlichen Spiegel vor. //

In einer neuen Situation wie dieser mussten Schulen auf die direkte Kommunikation zwischen Menschen verzichten und den Unterricht ins Homeoffice verlagern. Nach den ersten Wochen des Improvisierens wurde erwartet, dass dies von schulischer Seite immer strukturierter und organisierter geschieht. Schulen mussten diese Zeit des häuslichen Unterrichts nicht bloß überstehen, sondern sie gestalten.

Die Tatsache, dass dies vielerorts von heute auf morgen digital zu geschehen hatte, hält jeder Bildungseinrichtung einen ehrlichen Spiegel vor. Spätestens jetzt merken Schulen, wie weit die Digitalisierung im eigenen Haus ist. Und spätestens jetzt liegen die Ergebnisse der jahrelang versäumten Entwicklungen in diesem Bereich offen. Doch diese können im Notversorgungsmodus kaum nachgeholt werden. Man könnte sagen: Spätestens jetzt schwirren dem ohnehin angeschlagenen Schulsystem die Nullen und Einsen der Digitalisierung wie Sternchen um den Schädel.

Besonders gefragt sind nun Kolleginnen und Kollegen, die sich schon vor Beginn der Pandemie der digitalen Transformation der Schule verschrieben haben. Diesen innovativen Schul- und Unterrichtsentwicklerinnen und -entwicklern ging es dabei nicht um Möglichkeiten des Homeschoolings, und keiner von ihnen dürfte sich die aktuelle Krise herbeigesehnt haben. Ihr Engagement hatte vielmehr zum Ziel, die Schule an die technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts heranzuführen und dadurch eine zeitgemäße Bildung in einer digitalisierten Welt zu ermöglichen. Womit sie bisher eher Schwindel erzeugten, ist nun notwendig, um einen sinnvollen digitalen Fernunterricht zu stemmen.

Begrenzung des Fächerkanons

Die Potenziale der Digitalisierung dürften hier für jeden deutlich sein. Mit der richtigen Software lassen sich sowohl Möglichkeiten der Klassenführung (zum Beispiel per Videochat) als auch der Individualisierung ausspielen. Gleiches gilt für die Dimensionen des Feedbacks. Schulen, die digitale Lernumgebungen schon vor Corona etabliert haben, profitieren. Sie können auf entsprechende Kommunikationswege und Unterrichtskonzepte zurückgreifen.

Wie aber können alle anderen Schulen mit der Situation umgehen? Zunächst sollten sie die Chancen der Schulschließungen in den Fokus rücken: Die Begrenzungen des Fächerkanons sowie der Taktung durch den Stundenplan sind während des Lockdowns so gut wie aufgelöst. Das ermöglicht Freiheiten, digitale Arbeitsweisen zu erproben. Selbst datenschutzrechtliche Bestimmungen sind wegen der Krise zumindest auf absehbare Zeit gelockert worden. Das kann und darf natürlich keine Dauerlösung sein. Dennoch kann jede Lehrkraft bedenkenloser ausprobieren und neue Wege einschlagen. Vor diesem Hintergrund kann es gelingen, ansprechenden und strukturierten häuslichen Unterricht sicherzustellen.

Trotz aller Chancen darf man die Augen nicht vor der schulischen Wirklichkeit verschließen. Eine einheitliche Lösung für alle Bildungseinrichtungen existiert

nicht, da diese der Schulart sowie dem Alter der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen muss. Digitale Lernumgebungen sind etwa für Grundschülerinnen und -schüler häufig zu komplex. Hier bieten E-Mail-Verteiler, ein Cloudspeicher und Messengerdienste sinnvolle Alternativen. Ebenso darf es auch bei älteren Schülerinnen und Schülern nicht zu einer Überforderung kommen. Lehrkräfte müssen die Perspektive stark belasteter Eltern derzeit immer mitdenken und den familiären Gegebenheiten mit Betreuungsangeboten begegnen. Problematisch ist zudem, dass die wenigsten Schulen mit personalisierten Endgeräten ausgestattet sind. Entsprechend wird mit dem gearbeitet, was Schülerinnen und Schülern privat zur Verfügung steht. Manchmal ist das gerade einmal ein Smartphone. Die Corona-Pandemie wird dazu beitragen, die Bildungsungerechtigkeit weiter zu verschärfen (s. S. 28 ff.). Hier muss nach Kräften gegengesteuert werden.

Niemand war auf diese Situation vorbereitet, weshalb die jetzige Zeit mit Sicherheit in die Geschichte des Bildungswesens eingehen wird. Ob sie dennoch den Anstoß für eine grundlegende digitale Transformation geben wird, bleibt fraglich. Dazu braucht es über die Krise hinaus massive Stundenentlastung für alle Beteiligten. Gelingt dies nicht, dürfte die Digitalisierung von vielen Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin als ein fremdgesteuerter Entwicklungszwang wahrgenommen werden, der von smarten Unternehmen und noch smarteren Geschäftsmodellen beeinflusst wird. Das neu Gelernte wird dann lediglich zum Überstehen der Krise eingesetzt, um danach in einem technischen Rollback wieder analog zu unterrichten.

Kluge Strategie nötig

Um das zu verhindern, brauchen Schulen eine kluge Strategie, um den Wandel in Zeiten der Corona-Pandemie und danach zu gestalten. Schulleitungen sind hierbei die Manager dieser Transformation und sollten sich dieser Rolle nach Möglichkeit schnell bewusst werden. Sie müssen dabei nicht auf jedem Gebiet Experten sein, sondern alle beteiligten Akteurinnen und Akteure vernetzen, orchestrieren und zur Zusammenarbeit anregen.

Schaffen es schulische Akteure letztlich, eine digitale Reife auszuprägen, liegen die Potenziale auf der Hand. Das kann auch in den Monaten der Krise gelingen und erlebt durch den derzeitigen Digitalisierungsturbo vielleicht sogar einen besonderen Schwung. Vielleicht verändert sich dann auch der Schwindel. Erst zum Flow und dann zum guten kontinuierlichen Gefühl souveräner digitaler Gewohnheit.

Joscha Falck,
Lehrkraft, Schulentwickler und Referent
für digitale Bildung aus Bayern sowie
Vorsitzender des GEW-Kreisverbandes
Roth-Schwabach-Hilpoltstein

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Malta

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

8-tägige Flugreise

DURCHFÜHRUNGS-GARANTIE

Viele neue Termine - auch in den Ferien!
Herbst, Weihnachten und Silvester 2020
Ostern 2021

ab € 499,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 148,- p. P.

Kulturelle Schätze, malerische Fischerdörfer, wunderschöne Naturlandschaften und tiefblaues Meer – Malta begeistert seine Besucher! Freuen Sie sich auf die Hauptstadt Valletta, unternehmen Sie einen Ausflug in die „drei alten Städte" Vittoriosa, Senglea und Cospicua und besuchen Sie die historische Stadt Mdina mit ihrer außergewöhnlichen Mischung aus mittelalterlicher und barocker Architektur. Unternehmen Sie einen Ausflug nach Gozo – Maltas Schwesterinsel. Hier stehen u. a. die malerischen Buchten von Xlendi und Marsalforn und die Tempelanlage Ggantija auf dem Programm.

Termine

› Abflug wöchentlich Mittwoch
Oktober 2020 bis April 2021

Das beinhaltet unsere Reise

› Flug mit Air Malta inkl. Steuern und Gebühren
› Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
› Flughafenassistenz auf Malta
› 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel
› 7 x Frühstücks-Büfett
› deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

Wunschleistung

› Ausflugspaket 138,- €
›› Halbtagesausflug Rabat und Mosta
›› Ganztagesausflug Cottonera und Valletta
›› Ganztagesausflug Gozo
›› Ganztagesausflug Süden der Insel

Abflughäfen

› MUC
› VIE + 10,- €
› DUS + 15,- €
› FRA + 20,- €
› TXL + 20,- €
› ZRH + 20,- €

Reiseverlauf, Reisetermine, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Keine Chance für Einstein

// Die Corona-Pandemie nötigt dem Schulsystem einen gewaltigen Feldversuch auf. Es geht plötzlich darum, ob man unabhängig vom Klassenverbund und ohne die physische Präsenz der Lehrkräfte lernen kann. Das funktioniert, kann die analoge Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden aber nicht ersetzen. //

Hier sollte eigentlich ein ganz anderer Artikel stehen. Er hätte damit begonnen, einen Blick auf Albert Einstein als Schüler zu werfen. Der geniale Physiker war in der Schule eher ein unaufmerksamer Tagträumer. Das hat er mit vielen kreativen Talenten gemeinsam. Solchen Schülerinnen und Schülern würde ihre Kreativität gründlich ausgetrieben, wenn die Digitaltechniken flächendeckend eingesetzt werden, wie sie zum Beispiel in New Yorker Versuchsschulen bereits erprobt wurden. Der Unterricht wird dort nicht mehr von einem Lehrer geleitet, sondern von einer Künstlichen Intelligenz (KI), die ihre Schüler und alle ihre Klicks, ihre Mimik und Gesten mit Kameras überwacht (s. E&W 11/2019). Einsteins Tagträume hätten da keine Chance gehabt. Etwa so wollte ich meine Kritik an einer fragwürdigen Digitalisierung der Schulen beginnen.

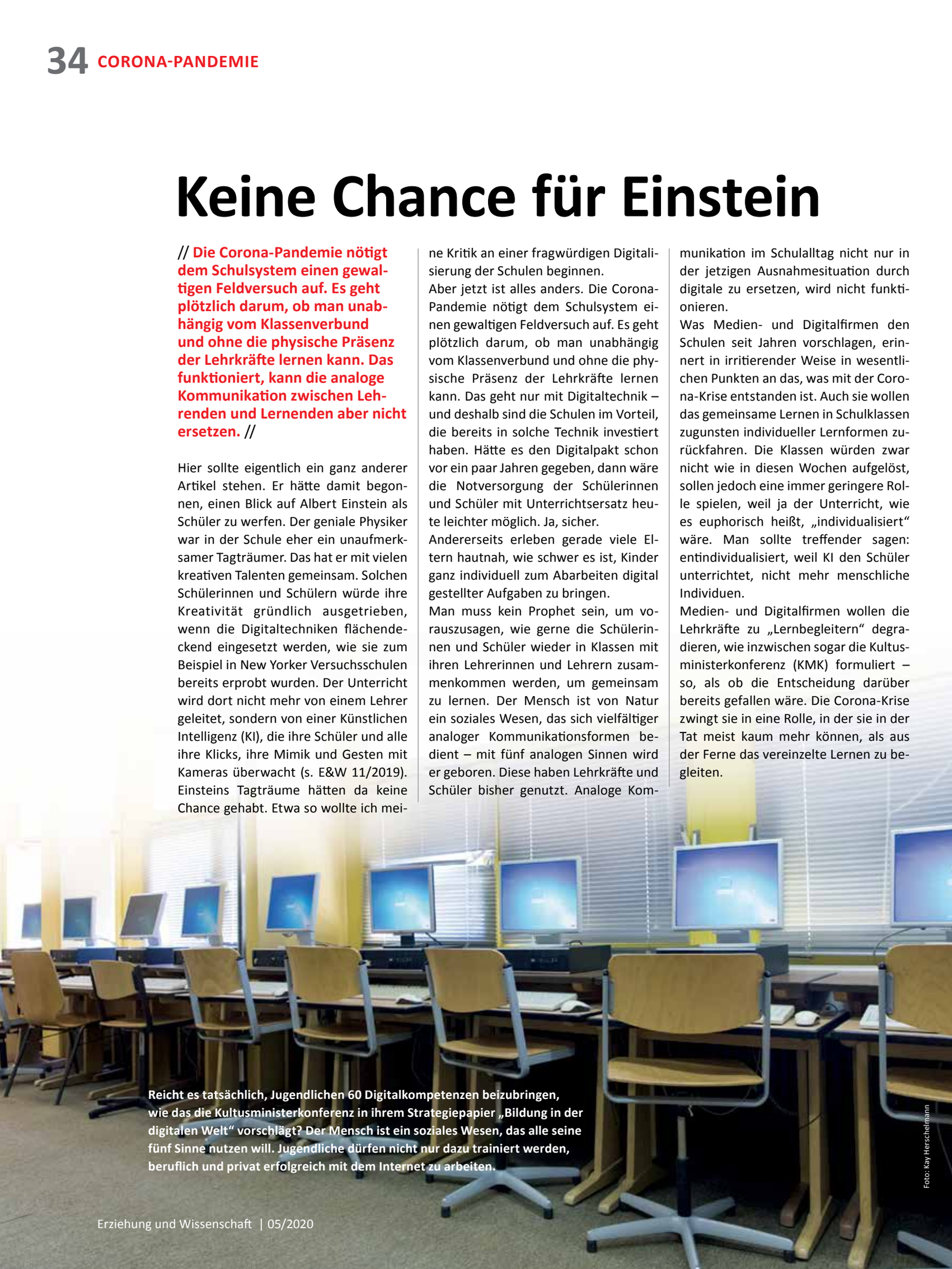
Aber jetzt ist alles anders. Die Corona-Pandemie nötigt dem Schulsystem einen gewaltigen Feldversuch auf. Es geht plötzlich darum, ob man unabhängig vom Klassenverbund und ohne die physische Präsenz der Lehrkräfte lernen kann. Das geht nur mit Digitaltechnik – und deshalb sind die Schulen im Vorteil, die bereits in solche Technik investiert haben. Hätte es den Digitalpakt schon vor ein paar Jahren gegeben, dann wäre die Notversorgung der Schülerinnen und Schüler mit Unterrichtsersatz heute leichter möglich. Ja, sicher.

Andererseits erleben gerade viele Eltern hautnah, wie schwer es ist, Kinder ganz individuell zum Abarbeiten digital gestellter Aufgaben zu bringen.

Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, wie gerne die Schülerinnen und Schüler wieder in Klassen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern zusammenkommen werden, um gemeinsam zu lernen. Der Mensch ist von Natur ein soziales Wesen, das sich vielfältiger analoger Kommunikationsformen bedient – mit fünf analogen Sinnen wird er geboren. Diese haben Lehrkräfte und Schüler bisher genutzt. Analoge Kommunikation im Schulalltag nicht nur in der jetzigen Ausnahmesituation durch digitale zu ersetzen, wird nicht funktionieren.

Was Medien- und Digitalfirmen den Schulen seit Jahren vorschlagen, erinnert in irritierender Weise in wesentlichen Punkten an das, was mit der Corona-Krise entstanden ist. Auch sie wollen das gemeinsame Lernen in Schulklassen zugunsten individueller Lernformen zurückfahren. Die Klassen würden zwar nicht wie in diesen Wochen aufgelöst, sollen jedoch eine immer geringere Rolle spielen, weil ja der Unterricht, wie es euphorisch heißt, „individualisiert“ wäre. Man sollte treffender sagen: entindividualisiert, weil KI den Schüler unterrichtet, nicht mehr menschliche Individuen.

Medien- und Digitalfirmen wollen die Lehrkräfte zu „Lernbegleitern“ degradieren, wie inzwischen sogar die Kultusministerkonferenz (KMK) formuliert – so, als ob die Entscheidung darüber bereits gefallen wäre. Die Corona-Krise zwingt sie in eine Rolle, in der sie in der Tat meist kaum mehr können, als aus der Ferne das vereinzelte Lernen zu begleiten.



Reicht es tatsächlich, Jugendlichen 60 Digitalkompetenzen beizubringen, wie das die Kultusministerkonferenz in ihrem Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“ vorschlägt? Der Mensch ist ein soziales Wesen, das alle seine fünf Sinne nutzen will. Jugendliche dürfen nicht nur dazu trainiert werden, beruflich und privat erfolgreich mit dem Internet zu arbeiten.

Foto: Kay Herschelmann

In dem Buch „Die digitale Bildungsrevolution“ sagen die beiden Autoren Jörg Dräger und Ralph Müller-Eiselt (beide von der Bertelsmann Stiftung, Dräger sitzt im Vorstand) in dankenswerter Offenheit, was aus Lehrerinnen und Lehrern werden soll: „In der neuen Bildungswelt verändern sich auch Rolle, Aufgaben und Status der Lehrkräfte. Ihre Rolle wandelt sich, da sie von Wissensvermittlern zu Lernbegleitern werden.“

Es fragt sich: Wollen wir, dass so etwas zum Standardmodell wird? Wollen das die Eltern? Ist nicht die Schulklasse eine ganz wichtige Sozialisationsinstanz, in der Schülerinnen und Schüler noch viel, viel mehr lernen als zu lesen und zu rechnen? Zum Beispiel, sich vor kleinem Publikum zu artikulieren, sich mit einem Lehrer auseinanderzusetzen, mit Mitschülern gemeinsame Projekte zu starten? Aber das ist es eben, was Digitalfirmen ändern wollen, weil sich nur so Profite erwirtschaften lassen: Wissen wird aus dem personenbezogenen Kontext herausgelöst und von ihnen „organisiert“, wie Larry Page sagt, der die Suchmaschine Google mitentwickelt hat. In den USA hat Google sogar eine ganze Abteilung für Lehrinhalte aufgebaut: „Google Expedition“.

Schutzraum Schule

Reicht es tatsächlich, Jugendlichen 60 Digitalkompetenzen beizubringen, wie das die KMK in ihrem Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“ vorschlägt? Besonders erschreckend ist, dass den jungen Leuten darin zwar eine Art Gebrauchsanleitung für das Internet gegeben wird – aber diese hat nur zwei Kapitel: Internet privat und Internet beruflich. Was aber ist mit dem dritten Kapitel Internet politisch? Soll unsere Jugend nicht einbezogen werden in die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, die notwendig präziser formuliert werden müssen, damit das Internet nicht zu einem gefährlichen Moloch wird, der unsere Demokratie verschlingt?

Genauso vermisst man im KMK-Papier, dass die Fantasien aufgegriffen werden, die viele Jugendliche bewegen. In Filmen, die sie sich ansehen, tauchen Androiden auf. Der Unterschied zwischen Mensch und Maschine scheint zu verschwinden. Der Mensch wird zum Ding, das man immer besser steuern kann, geht auf im Internet der Dinge. Kein verbindliches Thema für die Schule?

Es reicht nicht, Jugendliche zu trainieren, geschäftlich erfolgreich mit dem Internet zu arbeiten. Schule muss auch Schutzzone sein, in der man reflektiert, was das Internet mit uns und der Demokratie macht – und sie muss in einer Zeit, in der immer weniger Jungen und Mädchen basteln, sich gerade analogen Techniken verstärkt zuwenden. Sonst dürfte sich der Handwerkermangel dramatisch vergrößern. Sollten nicht wenigstens die Handwerkskammern hier zustimmen?

Jetzt bieten einige Digitalfreunde forcierte Digitalisierung als Mittel an, um Schulen pandemiefest zu machen. Sie übersehen ein anderes düsteres Szenario, das wir genauso gerne verdrängen: Auch die digitale Infrastruktur ist anfällig. Kürzlich musste die Universität Gießen aufgrund eines Hackerangriffs ganz schnell sämtliche Rechner vom Netz nehmen – für 14 Tage. Das könnte auch einmal in größerem Maßstab nötig sein.

Sicher ist, dass eine Schule, die sich auf Gedeih und Verderb an Digitaltechnik bindet, durch Viren der anderen Art zu einem verheerenden digitalen Shutdown gezwungen werden könnte. Wäre es da nicht besser, man behielte wenigstens die alten Kreidetafeln als Reserve?

Gottfried Böhme
Der Autor war über vier Jahrzehnte als Lehrer und in der Lehrerfortbildung tätig. Von ihm ist aktuell das Buch „Der gesteuerte Mensch? Digitalpakt Bildung – eine Kritik“ (Evangelische Verlagsanstalt) erschienen.

Learning by Doing

// Ist die Corona-Pandemie der Katalysator für die Digitalisierung von Bildungsprozessen? Ein Weckruf für eine andere Bildung? Zwei Wissenschaftler des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft in Berlin suchen nach Antworten. Und sie haben recherchiert, wie die Digitalisierung der Bildung in China gestaltet wird. E&W sprach mit Gergana Vladova und André Renz über erste Ergebnisse, ihre Erwartungen und Einschätzungen. //

Foto: Weizenbaum-Institut/Esra Eres

Gergana Vladova und André Renz

E&W: Kitas, Schulen, Hochschulen sind seit Mitte März geschlossen, jetzt heißt es „Lernen daheim“: Sie sehen darin eine Chance. Warum?

André Renz: Die Krise zwingt uns, den gewohnten Alltag zu unterbrechen. Normalerweise nehmen wir uns nur selten den Raum und die Zeit, um Neues auszuprobieren. Aber plötzlich ändern sich viele gewohnte Alltagssituationen, zum Teil radikal. Wir müssen anders denken; bildlich gesprochen in andere Räume eintreten. Bildung ist per se sehr tradiert und gilt als wenig innovationsfreudig. Da Kitas, Schulen und Hochschulen nun geschlossen sind, müssen auch diese Institutionen ihre Konzepte anpassen, zumindest temporär.

Gergana Vladova: Natürlich ist die Ausgangssituation für eine schnelle Umstellung zum komplett digitalen Lernen nicht optimal. Normalerweise braucht es passende didaktische Konzepte, gut vorbereitete Lehrkräfte, eine strategische Vorgehensweise und klare Richtlinien. Kurz gesagt: einen Plan für den abgestimmten Einsatz von Mensch, Organisation und Technik. An vielen Stellen im Bildungsbereich haben wir so etwas nicht in einer ausgereiften Form. Aber wir hatten allesamt keine andere Wahl, als mit Learning by Doing zu starten. Das macht aber eine mutigere Vision für die digitale Zukunft der Lehre greifbarer.

Renz: Natürlich bringt dieser Ad-hoc-Zugang auch Herausforderungen mit sich. Viele Akteure in der Bildung sind nicht vorbereitet und fühlen sich mit der aktuellen Situation überfordert. Ein optimaler Umstieg bzw. Einstieg in eine volldigitalisierte Lehre sollte sich bestenfalls weniger radikal gestalten.

E&W: Vor der Corona-Krise nahm das Lernen für die digitale Welt recht langsam Fahrt auf ...

Vladova: Ja. Es geht jetzt um die Bereicherung der Möglichkeiten in der Lehre. Das ist die Chance für jeden Beteiligten, den eigenen Werkzeugkasten zu erweitern. Die unausweichliche Notwendigkeit, zurzeit digitalen Unterricht anzubieten, ist positiv zu sehen, da Lehrende sehr schnell ihre Kompetenzen aufbauen. Es geht allerdings nicht darum, den Präsenzunterricht danach komplett abzuschaffen, sondern vielmehr um konkrete Erfahrungen auf der Suche nach der richtigen Balance.

E&W: Chats mit den Lernenden, E-Mail-Kontakte, Schul-Clouds, Online-Kurse oder Lernvideos sind das eine, wie sieht es aber mit den pädagogischen Konzepten für deren Nutzung aus?

Renz: Prinzipiell sollten wir zwei Ebenen von pädagogischen Konzepten unterscheiden – die Entwicklungs- bzw. Konstruktionsebene und die Einbindung der digitalen Lehr- und Lernangebote in den Unterricht. Auf der ersten Ebene ist die Trias aus Technik, Pädagogik und Inhalt tatsächlich bei sehr vielen EdTech*-Lösungen noch nicht in der gewünschten Balance. Mithilfe von Learning Analytics (Messen, Sammeln und Analysieren von Daten des Lernverhaltens, s. E&W 11/2019) kann die Trias ausgeglichener zu Gunsten von Inhalt und Pädagogik gestaltet werden, um den Lernerfolg zu verbessern.

Vladova: Für die Einbindung digitaler Lehrmethoden gibt es noch keine ausgereiften und langfristig bewährten pädagogischen Lösungen. Hier müssen wir aber unterscheiden – gerade werden die Konzepte ad hoc und für den Extremfall entwickelt. Aufgabe der Lehrenden ist es zu evaluieren, wo die Grenzen sind, welche Dynamiken sich entwickeln, welche Bedürfnisse bestehen usw. Zum pädagogischen Konzept gehört mehr als die Nutzung technischer Kanäle oder Medien. Was nicht funktioniert, ist die Methoden des Präsenzunterrichts eins zu eins in die digitale Welt zu „übersetzen“.

E&W: Sie haben Interviews zur digitalen Bildung unter anderem in China geführt. Was ist dort anders, was gleich?

Vladova: Die Herausforderung ist für alle gleich: Alle fragen sich, ob sie jetzt richtig handeln. Die Technik ist dabei die geringste Hürde. Aber es gibt die gleichen offenen Fragen mit Blick auf Organisations- und Infrastruktur sowie Kompetenzen der Lehrenden. Insbesondere in den Schulen ist gerade die richtige Zeit, Kompetenzlücken zu finden und zu schließen. Da wurde zwar immer viel diskutiert, aber zu wenig konkret weitergebildet. Das könnte sich nach den Erfahrungen jetzt ändern, jede Maßnahme ist von Bedeutung. In China gab es ganz schnell Handbücher für die Lehrenden sowie Krisenstäbe zur schnellen Organisation mit klaren Verantwortlichkeiten, die die Veränderungen in den Schulen konkret begleiten. In Deutschland wird immer noch – ersten Gesprächen zufolge – sehr stark auf individuelle Lösungen gesetzt, in der Erwartung, dass es nach dem Schreck wieder so wie früher weitergeht.

Renz: Natürlich bilden sich aber auch bei uns zunehmend Initiativen für ge-

meinsame Strategien und Leitlinien heraus. Zum Beispiel hat Rheinland-Pfalz einen ersten Leitfaden „Anregungen und Pädagogisches Angebot für den onlinegestützten Unterricht während der Schulschließung“ herausgegeben.

E&W: Ist Corona wirklich der Wendepunkt für Online-Lernen?

Vladova: Für die Hochschulen ist die Wende unaufhaltsam. Nur 6 Prozent der von uns befragten Hochschullehrer sehen sich nicht in der Lage, digitales Lernen anzubieten. Viele sind bereit für die Umstellung innerhalb kürzester Zeit. Dabei sind die Unterschiede von Fach zu Fach zu berücksichtigen – Lerninhalte und -formen lassen sich unterschiedlich gut in das Digitale übertragen.

Renz: Am Bildungsmarkt konnten sich viele EdTech-Unternehmen, die innovative Bildungstechnologien anbieten, bislang nur schwer neben den traditionellen Anbietern von Bildungsprodukten positionieren. Jetzt beobachten wir eine extreme Öffnung des Marktes für digitale Bildungsprodukte. Die Unternehmen versuchen jetzt, aus der Nische des Nachmittagsmarktes herauszukommen und sich mit niedrigschwelligen Angeboten auch in Schulen fest zu etablieren. Natürlich gibt es viele Bedenken gegen diese digitalen Angebote: Datenschutz, Finanzierungsmodelle, fehlendes technisches Personal usw. Deshalb müssen wir intensiv untersuchen, ob und wie dieser Wandel zielführend für alle Beteiligten gelingen kann.

E&W: Was geht eigentlich verloren in der schönen digitalen Bildungswelt?

Renz: Diese Frage ist berechtigt. Dazu ein Beispiel: Ich sitze in der Bibliothek und sehe, dass mein Nachbar Dostojewski liest, das macht mich neugierig, sodass ich auch ein Buch von diesem Autor in die Hand nehme. Im virtuellen Raum gestalten sich solche zufälligen Begegnungen anders. Gruppendynamische Prozesse sind online aktuell nur schwer zu konstruieren. Es ist ein großer Vorteil, dass gemeinsames Arbeiten >>>

Primat der Pädagogik

Längst ist die Digitalisierung auch im Bildungsbereich angekommen. Die Position der GEW ist dabei klar: Um die Schulen für das digitale Lernen fit zu machen, braucht es nicht nur eine gute technische Ausstattung, sondern vor allem entsprechende pädagogische Konzepte und gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte. Das vor knapp einem Jahr gegründete „Bundesforum Bildung in der digitalen Welt“ der GEW erarbeitet dazu derzeit Empfehlungen. So wird unter anderem gefordert, eine medienpädagogische Grundbildung für alle Bildungsphasen curricular zu verankern. Dazu gehört ein kritisch-konstruktiver Umgang mit digitalen Medien und Tools und nicht allein der Erwerb technischer, informatischer und wirtschaftlich verwertbarer Fertigkeiten. Ziel muss die Bildung mündiger und verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger sein. Wichtig ist zudem, dass die Einführung digitaler Technik und Lernformen von den Ländern und der Kultusministerkonferenz so gewährleistet wird, dass dem schleichenden Einfluss von Lobbyverbänden der Digitalwirtschaft auf den Prozess entgegengewirkt wird. Um Lehrkräfte in die Lage zu versetzen, mit digitalen Medien zu arbeiten und medienpädagogische Grundlagen zu vermitteln, müssen sie selbst über diese verfügen. In allen Phasen der Lehrkräfteaus- und -fortbildung sind daher entsprechende Bestandteile zu integrieren.

Jürgen Amendt, Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Foto: imago images/Jochen Tack

Deutschland war auf den raschen Umstieg auf digitale Lernformen und Heimunterricht nicht vorbereitet. Für Schülerinnen und Schüler wie für Lehrkräfte ist das ein Lernprozess.

>>> nicht mehr an einen physischen Raum gebunden ist. Aber über die Folgen wissen wir wenig.

E&W: Die einen lernen, während die Netflix-Serie im Fernsehen läuft, andere Schüler haben ein eigenes Arbeitszimmer. Drohen Schülerinnen und Schüler aus armen oder bildungsfernen Familien den Anschluss zu verlieren?

Renz: Diese Frage kommt im Diskurs über digitales Lernen zunehmend öfter auf. Kinder, die vor der Krise in der Lage waren sich gut zu strukturieren und selbstständig zu lernen, kommen auch in der Krise häufig besser zurecht. Das ist anders bei Schülern, die strikte Vorgaben und Halt vom Lehrer brauchen. Ähnlich ist es bei Kindern, deren Eltern sie im Homeschooling bei den Aufgaben nicht unterstützen können. In diesen Fällen wächst die soziale Ungleichheit.

Vladova: Ein weiterer Punkt ist die Verfügbarkeit geeigneter digitaler Geräte in den Haushalten. In sozial benachteiligten Familien oder in Flüchtlingsunterkünften ist das ein Thema. Ebenso wenn mehrere Kinder in einer Familie gleichzeitig lernen wollen.

E&W: Brauchen wir die Krise als Weckruf für eine andere Bildung?

Vladova: Wir als Wissenschaftler bekommen die Möglichkeit, ungewöhnliche und neue Ereignisse und Situationen zu untersuchen. Auch die Lehrenden sollten möglichst viel Neues ausprobieren. Anderes wagen, das ist jetzt angesagt, ohne dabei zu vergessen, dass dies ein Extremzustand ist. Und vor allem auch kritisch bleiben, denn die Lehre, wie wir sie kennen, ist Teil einer sozial konstruierten Realität, für die in der virtuellen Welt noch kein vergleichbares Konstrukt existiert.

Renz: Fast alle Lehrenden haben jetzt intensivere Berührungspunkte zum digitalen Lernen. Ein souveräner Umgang bedarf aber oft mehr Zeit. Aus der Notwendigkeit und Dringlichkeit heraus wird im Augenblick viel improvisiert. Für die Zeit danach brauchen wir aber verlässliche Rahmenstrukturen und echte Perspektiven.

Interview: Klaus Heimann,
freier Journalist

Foto: dpa

China ist in Sachen Digitalisierung der Bildung schon einige Schritte weiter als Deutschland. Als Blaupause für die Bundesrepublik ist das chinesische System aber nur bedingt geeignet. An Pilotschulen wurde bereits der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) getestet, die mit Hilfe von Kameras den Gesichtsausdruck der Schüler registriert und auswertet. Wie häufig hat zum Beispiel ein Schüler oder eine Schülerin im Unterricht gelächelt, interessiert oder desinteressiert geguckt? Die KI zieht daraus Rückschlüsse auf die Konzentration und die Leistungsbereitschaft der Lernenden sowie die Qualität des Unterrichts.

7 Thesen zu Bildung und Digitalisierung:
www.gew.de/7-thesen-digi
***EdTech: Education Technologies**

Katalysator für digitale Bildung

Durch ihre Forschungskontakte zu Hongkong, Wuhan und dem Goethe-Institut in Peking wurden die beiden Forschungsgruppenleiter am Weizenbaum-Institut in Berlin, Gergana Vladova und André Renz, früh mit den Folgen der Corona-Pandemie für die Bildung konfrontiert. Entstanden ist daraus ein Forschungsprojekt: „Die Coronakrise als Katalysator für die Digitalisierung von Bildungsprozessen“. Vom Stopp beim schulischen Unterricht und der Lehre an den Hochschulen waren die Akteure in Hongkong und Wuhan genauso überrascht, wie ihre Kolleginnen und Kollegen kurze Zeit später in Deutschland. „Auch in China war niemand auf einen totalen Bildungsstillstand vorbereitet.“ So entwickelte sich über Nacht riesiger Handlungsdruck, denn die Alternative – die Bildungsarbeit einzustellen – war keine Option.

So entstanden für das Team Vladova-Renz die ersten Forschungsfragen: Ist Deutschland auf die Schließung seiner Bildungseinrichtungen vorbereitet? Wie soll und wird damit umgegangen, welche Auswirkungen sind zu beobachten? Wie reagieren die einzelnen Akteure – Lehrende und Lernende? Wie ist die Entwicklung in anderen Ländern? „Im Februar, zu Beginn des Projekts, operierten wir noch mit hypothetischen Wenn-Dann-Fragen“, erinnert sich Vladova. Die Realität hat sie Mitte März eingeholt, dann kam der Bildungs-Shutdown in ganz Deutschland.

Im Mittelpunkt ihrer Forschung standen zunächst die Lehrenden an den Hochschulen, jetzt sind auch Schulen einbezogen. Weitere Projektschwerpunkte sind geplant, zum Beispiel Einblicke in die Situation der Familien der Lernenden, Erfahrungen der Studierenden sowie die Frage, ob und wie die EdTech-Unternehmen von der neuen Lage profitieren. K. H.

Aufbruch ins Neuland

Für die meisten Schulen bedeutete die Schließung im Zuge der Eindämmung der Corona-Pandemie den Aufbruch in digitales Neuland. Das geht aus einer repräsentativen Lehrkräfte-Umfrage von Forsa im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung in Kooperation mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ hervor. 66 Prozent der Anfang April befragten 1.031 Lehrerinnen und Lehrer gaben an, dass ihre Schule mit Blick auf die digitale Ausstattung weniger gut oder schlecht auf den Lockdown vorbereitet gewesen sei. Die Ergebnisse unterscheiden sich dabei stark nach Schulformen: Während den Angaben zufolge lediglich 40 Prozent der Gymnasien weniger gut oder schlecht vorbereitet waren, traf dies auf 64 Prozent der Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie auf 82 Prozent der Grundschulen zu.

Das am häufigsten verwendete Aufgabenformat ist auch im Fernunterricht das klassische Aufgabenblatt. Insgesamt 84 Prozent der Lehrkräfte gaben an, dieses während der Zeit der Schulschließung zu nutzen. Allerdings kommen häufig digitale Formate hinzu. 39 Prozent der Befragten nutzen Erklärvideos, 17 Prozent setzen digitale Präsentationen ein, und 14 Prozent der Lehrkräfte vermitteln Unterrichtsstoff in Videokonferenzen. Der Aussage, dass sie nach Wiederaufnahme des regulären Schulunterrichts digitale Lernformate häufiger als bisher im Unterricht einsetzen werden, stimmten 47 Prozent zu. 67 Prozent gaben an, Schülerinnen und Schüler künftig verstärkt zu befähigen, mehr Verantwortung für den eigenen Lernprozess zu übernehmen.

Eine große Mehrheit von 86 Prozent der Lehrkräfte meint, dass sich durch die Schulschließung die Auswirkungen der sozialen Ungleichheiten in der Schülerschaft – zum Beispiel durch die unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern – verstärken werden.

Cartoon: THomas Plaßmann

Harte Zeiten für Freiberufler

Im Kultur- und Weiterbildungsbereich tätige Freiberufler und Selbstständige sind von den wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns während der Corona-Pandemie besonders betroffen und haben im Moment erhebliche Einnahmeverluste. Wie aus einer Ende April veröffentlichten Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, arbeiteten 2018 495.000 Menschen im Kulturbereich als Selbstständige beziehungsweise Freiberuflerinnen und -berufler. Personen, die Lehrtätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen ausüben, stellten mit 89.000 den größten Anteil.

Die GEW mahnte angesichts der prekären Situation vieler Soloselbstständiger in der Weiterbildung Bund und Länder, die Lehrkräfte in der Corona-Krise besser abzusichern. „Die Existenz dieser Lehrkräfte ist akut bedroht“, so Ansgar Klinger, für Weiterbildung verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied. Trotz der Aussage der Bundesregierung: „Wir lassen niemanden allein“ fielen die soloselbstständigen Lehrkräfte durch den Rost der meisten Soforthilfeprogramme des Bundes und der Länder. Die Verwaltungsbestimmungen schlössen sie von den Soforthilfen aus. Die Zuschüsse gebe es allein für den Ausgleich von Liquiditätsengpässen bei Betriebsausgaben, also beispielsweise für Mieten für Seminarräume oder Leasingraten für Fahrzeuge, sagte Klinger. Freiberufliche Lehrkräfte an Volkshochschulen, Sprach- und Musikschulen sowie Lehrbeauftragte an Hochschulen besäßen jedoch in der Regel keine eigenen Betriebsräume oder einen Fuhrpark. „Diese Gruppe muss unter die Rettungsschirme“, mahnte der GEW-Weiterbildungsexperte.

Kostenfreie Fachinformationen

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeit von Betriebsräten stellt der Bund-Verlag Bestandskunden und allen Interessierten Onlineservices mit Fachinformationen und aktuellen Meldungen bis Ende Mai kostenfrei zur Verfügung. Dazu gehören neue Zeitschriftenausgaben, tagesaktuelle Newsletter, digitale Informationsdienste sowie Onlinemodule mit rechtssicherem Fachwissen.

Das Angebot soll dazu beitragen, dass Gremien wie Betriebs-, Personal- und Schwerbehindertenvertretungen beschlussfähig bleiben und ihre Arbeit auf der Grundlage gesicherter Informationen leisten können – vor allem dann, wenn sie im Homeoffice arbeiten. Die kostenfreien Angebote enden automatisch am 31. Mai 2020 und bedürfen keiner Kündigung.

Die Bund-Verlag GmbH ist ein Fachverlag für Arbeits- und Sozialrecht und Anbieter von Fachliteratur für Betriebs- und Personalräte.

bit.ly/bundverlag-corona-service

In eigener Sache

Die Arbeiten für die Drucklegung dieser Ausgabe der E&W sind am 27. April abgeschlossen worden. Alle Infos zum Thema Corona, Nachrichten, Themen und Tipps finden Sie auf der Landingpage der GEW-Website unter www.gew.de/corona. Die Seite wird ständig aktualisiert und erweitert. Auch die GEW-Landesverbände stellen auf ihren Websites viele Infos zur Verfügung.

Not der Näherinnen nimmt zu

// Die Corona-Krise trifft auch die Näherinnen der Kleidung, die in Deutschland verkauft wird, hart. FEMNET-Mitarbeiterin Marijke Mulder über die Not der Frauen in den weltweiten Textilfabriken – und wie hierzulande Lehrkräfte junge Konsumenten für das Thema sensibilisieren können. //

E&W: Frau Mulder, was bedeutet die Corona-Krise für die Frauen, die in Billiglohnländern Kleidung nähen?

Marijke Mulder: Die Frauen haben doppelte Angst: vor einer Ansteckung und um ihre Jobs. Sie leben von der Hand in den Mund, viele sind verschuldet – wovon sollen sie ohne Lohn leben? Viele Unternehmen, die ihre Geschäfte in Deutschland während des Lockdown schlossen, haben ihre Aufträge an Zulieferfirmen storniert.

E&W: Schon seit Jahren leiden die Näherinnen massiv. Was konkret läuft in der Textilproduktion schief?

Mulder: In vielen Textilfabriken werden Arbeitsrechte verletzt. Die Näherinnen verdienen extrem wenig und müssen oft Überstunden leisten, mitunter unbezahlt. Häufig können sie sich nicht einmal das Notwendigste kaufen. Dafür müsste der Lohn etwa in Bangladesch von derzeit umgerechnet 50 auf 250 Euro erhöht werden. Gewerkschaften werden vielerorts unterdrückt, Frauen von den Vorgesetzten sexuell belästigt.

E&W: Gibt es solche Missstände nur in Asien?

Mulder: Nein, auch in Osteuropa und in den neuen Produktionsländern wie Äthiopien. Es ist das alte Problem, nur in neuer Jacke! Äthiopien hat zwar baulich sicherere Fabriken hochgezogen. Aber auch dort verdienen die Frauen umgerechnet gerade einmal 35 Euro im Monat. Davon kann keine Familie leben! Selbst in Italien gibt es in Städten wie Prato Viertel mit Textilfabriken, in denen nur chinesische Arbeiterinnen und Arbeiter nähen, für einen miesen Lohn. Und in Rumänien oder Bulgarien sind die Löhne in den vielen Textil- und Schuhfabriken gemessen an den Lebenshaltungskosten noch niedriger als in Asien.

E&W: Wie weit ist Kinderarbeit verbreitet?

Mulder: Die meisten Länder verbieten Kinderarbeit heute. Allerdings gilt das Verbot nur für Jugendliche unter 15 Jahren. Kinderarbeit hat sich jetzt auf Heimarbeit verlagert. In Indien und Indonesien weben viele Minderjährige an Webstühlen Stoffe oder kleben zu Hause Schuhe zusammen. Das mag in Ordnung sein, solange sie ihren Eltern nur helfen und trotzdem in die Schule gehen können. Das ist aber oft nicht der Fall. Diese Kinder finden kaum aus der Armutsfalle heraus.

Foto: FEMNET

Marijke Mulder

E&W: Primark & Co. geloben seit Jahren Besserung. Ist etwas passiert?

Mulder: Da muss man sehr genau hinsehen! Fakt ist: Die Unternehmen stehen unter Druck. Wer Menschen- und Arbeitsrechte in den Lieferketten ignoriert, hat ein Imageproblem! Deshalb behaupten die meisten Textilhändler, diese Rechte zu garantieren. Aus unse-

Fotos: FEMNET

Mies bezahlt, übermüdet, nahezu rechtlos – die Arbeiterinnen und Arbeiter in Billiglohnländern wie hier in Bangladesch werden bei der Produktion von T-Shirts oder Jeans ausgebeutet: Das wissen inzwischen die meisten Konsumenten in Deutschland. Kaum einer ahnt jedoch, wie hart die aktuelle Corona-Krise die Näherinnen und Näher in Asien, Lateinamerika, Afrika oder Südosteuropa trifft. „Fabriken werden geschlossen, die Arbeiterinnen und Arbeiter stehen auf der Straße – ohne staatliche Nothilfe wie in Deutschland“, sagt Marijke Mulder, Bildungsverantwortliche bei der Frauenrechtsorganisation FEMNET.

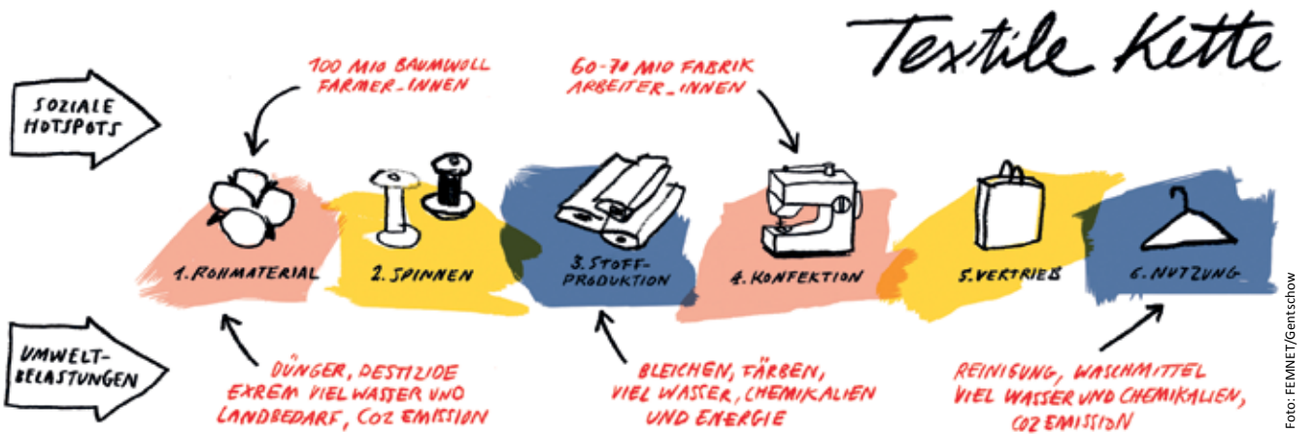


Foto: FEMNET/Gentschow

rer Sicht jedoch passiert viel zu wenig. Bei den ökologischen Standards sind viele Textiler zwar strenger geworden, aber die sozialen Kriterien kippen leicht hinten runter. In Indien etwa sind die Löhne zuletzt wieder gesunken. Und wie sich die Corona-Krise auf diese Erzeugerländer auswirkt, ist offen. Ich bin da wenig optimistisch.

E&W: Wie ehrlich sind die nachhaltigen Kollektionen einzelner Textilhändler?

Mulder: Gar nicht ehrlich. Das Prinzip von Fast Fashion, möglichst billig, möglichst viel zu verkaufen, funktioniert nur auf Kosten der Schwächsten! Solange H&M, Primark & Co. nur einen winzigen Teil ihrer Kollektion auf nachhaltig und grün trimmen, das Gros des Sortiments aber weiter ausbeuterisch herstellen lassen, grenzt das an Betrug! Leider blenden sie damit Käufer, unter denen viele Jugendliche sind. Ich denke zwar, dass das Thema bei den jungen Leuten angekommen ist. Allerdings darf man nicht unterschätzen, wie wichtig Modemarken für sie sind – die „richtige" Marke bringt ja ein bestimmtes Standing!

E&W: Wie können Lehrkräfte junge Leute für das Thema sensibilisieren?

Mulder: Indem sie ihnen zeigen, dass das Ganze nicht nur ein Problem weit weg in Asien ist, sondern dass wir alle Kleidung aus ausbeuterischer Arbeit nutzen und tragen. Lehrkräfte und Schüler könnten etwa schauen, was im eigenen Kleiderschrank hängt – und jeder bringt ein Teil mit in die Schule. Sie könnten auch Altes gemeinsam upcyceln oder eine Kleidertauschparty veranstalten. Oder sie entwickeln Kampagnen, wie sie ihren Bürgermeister, das Schulamt oder den Klinikchef vor Ort dazu bringen, nur noch fair erzeugte Berufsbekleidung oder Heimtextilien zu kaufen. Lehrkräfte können im Unterricht auch Filme über die Zustände in den Sweatshops zeigen, „True Cost"* etwa ist ein guter, aber auch schockierender Film. Daher ist es wichtig, dass solche Unterrichtsmodule begleitet und die Fragen und Sorgen der Schülerinnen und Schüler ernst genommen und beantwortet werden.

E&W: Kann FEMNET den Lehrkräften dabei helfen?

Mulder: Ja, mit Materialien und Rat. Unsere Multiplikatorinnen gehen an die Schulen, diskutieren dort mit den Schülerinnen und Schülern, machen mit ihnen konsumkritische Stadtrundgänge, helfen beim Projektmanagement oder veranstalten Workshops. Die können 90 Minuten, zwei Tage und auch länger dauern. Das hilft vor allem Lehrkräften, die nicht im Thema stecken, dieses aber im Unterricht aufgreifen wollen.

Interview: Martina Hahn,
freie Journalistin

***„True Cost – Der Preis der Mode" als DVD oder kostenpflichtiger Download unter: truecostmovie.com**

Material und Infos für den Unterricht

- Fair Fashion Guide, Fact Sheets zu Arbeitsbedingungen in den Fabriken und Flyer „Aktiv werden für Faire Mode" stehen als Download auf femnet.de zur Verfügung bzw. können über diese Internetadresse bestellt werden.
- FEMNET hat einen Corona-Nothilfefonds für die Arbeiterinnen in den Textilfabriken eingerichtet.
- Anfragen zu FEMNET-Workshops an Schulen über marijke.mulder@femnet.de. Gefördert werden die Workshops über Engagement Global und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- Weitere Infos für Lehrkräfte: saubere-kleidung.de; brot-fuer-die-welt.de/100millionen; lieferkettengesetz.de. Bildungsmaterial „Arbeitsrechte in Textilfabriken" für Schulen unter brot-fuer-die-welt.de. M. H.

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

„Jede Lehrkraft hat mit Urheberrecht zu tun“

// Wie dürfen Bücher, Grafiken, digitale Veröffentlichungen oder Videofilme an Schulen und Hochschulen genutzt werden? Dazu Jasper Prigge, Anwalt für IT- und Medienrecht in Düsseldorf. //

E&W: Wie teuer kann es werden, wenn eine Lehrkraft gegen das Urheberrecht verstößt?

Jasper Prigge: Zum einen fallen Rechtsanwaltskosten an, zum anderen sind möglicherweise Lizenzgebühren an den Urheber zu zahlen. Das kann sich schon auf einige Hundert Euro belaufen. Je nachdem, ob es vor Gericht entschieden wird oder ob es eine außergerichtliche Einigung gibt.

E&W: An welchen Stellen greift das Urheberrecht an Schulen?

Prigge: Jede Lehrkraft hat mit Urheberrecht zu tun. Darf ich aus Werken, also Büchern, digitalen Veröffentlichungen oder Videofilmen zur Veranschaulichung Teile nutzen? Darf ich an der Schule ein bestimmtes Theaterstück aufführen? Das sind Fragen, die im Schulalltag immer wieder auftauchen.

E&W: Welche Veränderungen hat das Urheberrechtsgesetz vom 1. März 2018 gebracht?

Prigge: Für Schulen ist Rechtssicherheit geschaffen worden. Nun gibt es zum Beispiel die Regelung, dass aus Werken bis zu 15 Prozent des Inhalts genutzt werden dürfen. Die frühere Rechtslage kannte solche konkreten Vorgaben nicht. Doch diese starre Grenze passt nicht immer. Deshalb gilt für „Werke geringen Umfangs“, etwa für einen Fachaufsatz von einer Seite Länge, dass der vollständig im Unterricht verwendet werden darf.

E&W: Was muss ich beachten, wenn ich digitale Schulbücher nutzen will?

Prigge: Wenn es Sicherungsmechanismen gibt, die der Verlag eingebaut hat, dann darf ich die nicht entfernen. Der Verlag will schließlich verhindern, dass das Werk an Dritte weitergegeben wird. Nicht erlaubt ist auch, das Werk zu verändern. Es kann zudem sein, dass Ausdrucke erlaubt sind. Das ist abhängig von der Lizenz, die mit dem Urheberrechte-Inhaber, also dem Schulbuchverlag, abgeschlossen wurde. Will die Lehrkraft wissen, wie die Lizenz aussieht, ist die Schulleitung die erste Ansprechpartnerin.

E&W: An Schulen gibt es Lernplattformen, schulweites Intranet und die Homepage. Warum müssen Lehrkräfte zwischen diesen Medien unterscheiden, wenn es um das Urheberrecht geht?

Prigge: Geschützte Werke im Unterricht zu nutzen, ist nur erlaubt für Lernende und Lehrende. Die Schul-Homepage richtet sich jedoch an alle. Eine Veröffentlichung auf der Homepage wird durch das Urheberrecht nicht abgedeckt.

E&W: Worauf haben Lehrende und Studierende an Hochschulen zu achten?

Prigge: Auch an Hochschulen ist eine Veröffentlichung von 15 Prozent eines Werkes zulässig. Auch hier dürfen Werke nur in einen abgegrenzten Bereich gegeben werden, also an Menschen, die forschen, oder an Studierende. Die Veröffentlichung über Lernplattformen ist abgedeckt. Werke online zu stellen, für alle zugänglich, ist auch hier nicht erlaubt.

E&W: Seit 2018 enthält das Gesetz erstmals auch Vorschriften für Text- und Data-Mining. Was ist damit gemeint und welche Vorschriften sind das?

Prigge: Gemeint ist das Sammeln auch von urheberrechtlich geschütztem Material in großem Umfang, um es automatisiert auszuwerten. Daraus kann man dann Erkenntnisse ziehen, etwa für den Bereich Künstliche Intelligenz. Derartige Vervielfältigungen waren früher nicht zulässig. Der Gesetzgeber hat es jetzt möglich gemacht, allerdings nur für die nichtkommerzielle Forschung, also nur für Hochschulen. In der Zukunft wird Text- und Data-Mining auch im kommerziellen Bereich zulässig sein. Das schreibt eine neue Richtlinie der Europäischen Union vor.

E&W: Was hat es mit dieser neuen Richtlinie auf sich?

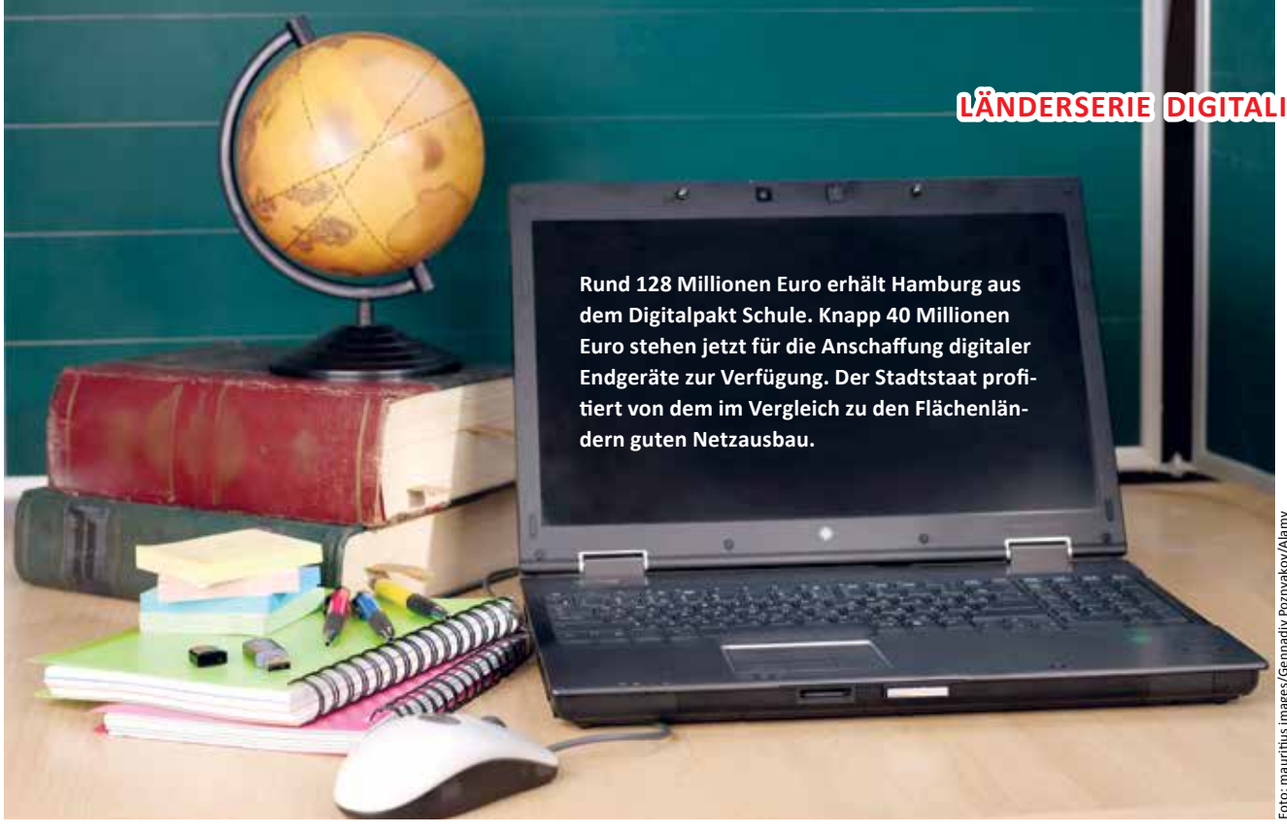
Prigge: Viele Vorschriften aus Deutschland zum Urheberrecht wurden von der europäischen Ebene aufgenommen. Weil gesagt wurde, das sind gute Regelungen, die die Interessen der Urheber und von Bildung und Forschung in angemessenen Ausgleich bringen. So bekommen wir viele Regelungen, die es in Deutschland schon gibt, auch auf europäischer Ebene. Es wird sich also wenig ändern. Von einigen Ausnahmen abgesehen, etwa beim Text- und Data-Mining.

Interview: Matthias Holland-Letz, freier Journalist

Foto: Robin Cramer

Jasper Prigge

Lehrerfortbildung des Landes Baden-Württemberg:
bit.ly/lehrerfortbildung-bw-urheber
Thüringer Schulportal:
bit.ly/schulportal-thuer-urheber
Verband Bildungsmedien:
www.schulbuchkopie.de



Rund 128 Millionen Euro erhält Hamburg aus dem Digitalpakt Schule. Knapp 40 Millionen Euro stehen jetzt für die Anschaffung digitaler Endgeräte zur Verfügung. Der Stadtstaat profitiert von dem im Vergleich zu den Flächenländern guten Netzausbau.

Foto: mauritius images/Gennadiy Poznyakov/Alamy

Füller, Schulbuch, Laptop

// Der Stadtstaat Hamburg setzt beim Digitalpakt auf Endgeräte für alle und die Selbstverwaltung der Schulen. //

Ein Roboter hilft krebskranken Kindern, vom Klinikbett aus in der Klasse dabei zu sein: nur eines von vielen Projekten in Hamburg, bei denen digitale Technik in Schulen eingesetzt wird. Die Hansestadt liegt – etwa beim schnellen Netz – im Bundesvergleich vorn und will die Mittel aus dem Digitalpakt nutzen, um „Hamburgs Schulen mit modernster Technik auszustatten“, so verspricht es Bildungssenator Ties Rabe (SPD). Doch die GEW und die Hamburger Lehrerkammer befürchten, dass die pädagogischen Inhalte zu kurz kommen.

Die ersten 40 Millionen Euro aus dem Pakt kündigte die Schulbehörde als „verspätetes Weihnachtsgeschenk“ im Januar an und lud die Schulleitungen zu einer Messe ein, um sich „Endgeräte und Präsentationstechnik“ anschauen zu können. Ohne die Zwangspause durch die Corona-Pandemie könnten Hamburgs Schulkinder vermutlich schon jetzt digital durchstarten. Denn auch eigene Geräte sollen zunehmend eingesetzt und „ganz selbstverständlich neben Schulbuch und Füller“ benutzt werden, so Rabe. Dem Stadtstaat hilft seine Struktur: Zwischen Schulen und Behörde steht keine weitere Verwaltungsebene, wie es die kommunalen Schulträger in den Flächenländern sind, das beschleunigt die Kommunikation. Zudem liegen bereits so gut wie überall Netzkabel.

Kritik der GEW

Trotzdem: Die schöne digitale Welt sei nicht so strahlend, wie Senator Rabe und Martin Brause, der „Chief Digital Officer“ – diese Funktion existiert tatsächlich an der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung – sie zeichnen, sagt Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg: „Ja, es gibt stadtweit WLAN, aber die Qualität reicht längst nicht überall aus, damit die 1.200 oder mehr Kinder einer großen Schule mit mehreren Standorten gleichzeitig ins Netz gehen können.“ Die Idee, eigene Geräte zu nutzen, stoße bei finanzschwächeren Familien an Grenzen: „Wir sehen, dass Homeschooling in Brennpunktstadtteilen eben doch schwieriger ist als im noblen Blankenese.“ Zwar garantiere der Stadtstaat Lernmittelfreiheit, doch bis dahin bleibe noch einiges zu tun. Außerdem sei „gar nicht klar, wohin die Reise inhaltlich hingehen soll“. GEW und Lehrerkammer fordern ein „Primat der Pädagogik“. Doch „die Frage: ‚Was muss ich vermitteln?‘ lässt sich heute gar nicht eindeutig beantworten“, so Brause in einem Interview mit der „Hamburger Lehrerzeitung“. Denn angesichts der rasenden technologischen Entwicklung sei nicht bekannt, welches Wissen heutige Schulkinder für Studium oder Berufsleben ab 2030 brauchen.

Neben dieser großen Frage muss Hamburg zahlreiche Details klären. So ist ungeklärt, wer die Wartung der Geräteparks übernimmt. Denn auch hier tickt die Hansestadt anders als andere Länder, in denen die Schulträger zuständig sind: „Das Budget und der Entscheidungsspielraum der Schulen ist größer, dafür haben sie mehr Aufgaben zu tragen“, erklärt Dehnerdt. Es stellt sich die Zukunftsfrage: Endgeräte veralten schnell, und was, wenn die rund 128 Millionen Euro aus dem Pakt verbraucht sind? Ebenfalls nicht gelöst sei die Frage, „womit die Lehrkräfte arbeiten“, kritisiert Dehnerdt. Ohne Dienstgeräte seien „die Datenschutzanforderungen eigentlich nicht zu erfüllen“ – ein untragbarer Zustand aus Sicht der Gewerkschaft. Klar sei, so Hamburgs GEW-Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze, dass die Digitalisierung für die Lehrkräfte zunächst vor allem mehr Arbeit bedeute.

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

edkimo.com/de/digitalpakt-hamburg

Kernpunkt einer Schule

(E&W 2/2020, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Schulsozialarbeit“)

Mit großem Interesse habe ich als pensionierter Gymnasiallehrer die Beiträge zur Schulsozialarbeit gelesen. In meiner Schullaufbahn ist mir eine Schulsozialarbeiterin einer Gesamtschule begegnet, die sehr eindrucksvoll ihre Rolle als Notanlaufstelle beschrieb, was Björn Köhler in seinem Beitrag offenbar als „Feuerwehr“ ablehnt, andererseits aber in dem eindrucksvollen Beispiel der Gemeinschaftsschule in Neunkirchen auch

zur Sozialarbeit gehört. Was dort als Teil der Sozialarbeit beschrieben wird, haben wir als Lehrer zum Teil selbst praktiziert, zum Beispiel Methodentraining nach Klippert (in Berlin als Pädagogische Schulentwicklung bezeichnet). Probleme habe ich auch im Stuhlkreis besprochen und in konkreten Fällen Unterricht unterbrochen und Einzelgespräche geführt. Die Morgenrunde ist allerdings nur in Grundschulen üblich.

Wie viele Kolleginnen und Kollegen fühlte ich mich der Ganzheit der Schüler verpflichtet, wozu – zu selten gewiss – auch Hausbesuche gehörten.

Die Lehrerrolle ist kein einfaches Put-In; denn selbst im Lateinunterricht sind Schüler und Schülerinnen als ganze Menschen präsent. Der Lehrer muss auch die Trauer um den zu Hause verstorbenen Hamster verstehen und auffangen. In manchen Lebenssituationen helfen sogar heute noch die Liebesgedichte Catulls.

An meiner Schule gab es auch eine Lehrerin, die als Schulpsychologin qualifiziert war und problemlösende Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern führte. Mir wird die Trennung all dieser Aufgaben nicht deutlich dargestellt, was im konkreten Alltag sicher kein Problem sein müsste. Dazu trägt jedoch die abstrakte Einleitung von Nicole Pötter auch wenig bei, obgleich ich natürlich verstehe, dass eine Gewerkschaftszeitung auch die arbeitsrechtlichen Belange vertreten muss.

Gern hätte ich über die berufliche Ausbildung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mehr erfahren. Lars Bieringer ist sehr jung. Sandro Hänseroth muss sicher Aufgaben meistern, ohne konkret dafür ausgebildet zu sein. Björn Köhler beschreibt die Schulsozialarbeit fast wie den Kernpunkt einer Schule.

Leonhard Dünnwald, Berlin

Defizite werden erkannt

(E&W 3/2020, Seite 22 f.: „Blockaden und Vermeidungsstrategien“)

„Wenn Schülerinnen und Schüler große Probleme beim Lesen und Textverständnis haben, wird dies an beruflichen Schulen häufig nicht erkannt. Für Diagnostik und gezielte Förderung fehlen Ressourcen und häufig auch das Fachwissen“, heißt es in dem summarischen Vorspann des Artikels. Meine Erfahrung ist, dass die extremen Defizite sehr wohl von den Kolleginnen und Kollegen erkannt werden. Textverständnis ist eine notwendige elementare Eigenschaft bei der Vermittlung technischer Sachverhalte, die über die Komplexität allgemeinbildender Inhalte weit hinausgehen.

Ergänzen möchte ich, dass es auch in Mathematik und elementarer Physik bei Schülerinnen und Schülern extreme Defizite gibt.

Ewald Piepenbrock, Bergisch Gladbach

Immense Chancen

(E&W 3/2020, Seite 28 f.: „Auschwitz ist nicht vom Himmel gefallen“)

Die „Erklärung anlässlich der Internationalen Konferenz zum Gedenken an den Holocaust im Jahr 2020“ der Gewerkschaften der Bildungsinternationale ist zu begrüßen – vielen Dank für die Beteiligung der GEW! An der zentralen Forderung, der „Holocaust darf nie wieder passieren“ ist auch und gerade angesichts des Sterbens der letzten Zeitzeuginnen und -zeugen festzuhalten. Das setzt in der Tat die stetige, intensive und differenzierte Auseinandersetzung mit dem einzigartigen Komplex voraus und ist schon aus Respekt vor dem ganz konkreten Leiden zahlloser Menschen geboten. Bildungs- und Erziehungsfachleute haben in diesem Zusammenhang sicher eine herausgehobene Verantwortung, auch wenn die Gesellschaft als Ganzes genauso wie jede und jeder Einzelne auf Dauer gefordert bleiben.

Zu ergänzen ist allerdings, dass die „Augenzeugen“ uns weit mehr hinterlassen haben als „ihre dokumentierten Interviews und vielfältigen medienbasierten Materialien“: Es gibt, oft bereits irgendwann gedruckt, aber nicht immer gelesen, viele Texte in unterschiedlichsten Gattungen von häufig fast unerträglicher Authentizität, meist kurz nach den Ereignissen oder sogar während dieser verfasst. Stellvertretend sei lediglich der Name Primo Levis genannt, im Bewusstsein, dass bereits die Auswahl eine vielleicht verstörende, aber wohl auch voranbringende Herausforderung sein könnte; diese authentischen Zeugnisse bieten aber die Möglichkeit, die Entwicklung von Empathie gezielt zu fördern. Insgesamt liegen auf dem Feld der sogenannten Holocaust-Literatur immense Chancen für die zukünftige Bildungsarbeit bereit.

Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn in die Aufarbeitung und Verbreitung (zum Beispiel durch gute, aber preiswerte Ausgaben, Kommentare, Unterrichtsmaterialien oder Fortbildungen) dieser Quellen von Institutionen und handelnden Menschen mindestens so viel Energie und Mittel gesteckt würde, wie für die Entwicklung digitaler Medien (etwa Videoarchive) aufgewendet wird.

Uwe Jansen, Ludwigsburg

Warum wird ausgesondert?

(E&W 3/2020, S. 36 f.: „Morgen komm‘ ich nicht, ich schwöre!“)

Was will uns die Geschichte lehren? „Eigentlich ist sie viel zu klug für die-

sen Unterricht.“ Diese Erkenntnis der Lehrerin könnte der erste Schritt zur Reflexion der Unterrichtsorganisation sein, ist es aber nicht. Weil Jugendliche bisher nicht mit dem Schreiben vertraut sind, wird ihnen der Entwicklungsstand von Kita-Kindern attestiert. Auf sie wird vorurteilsbeladen herabgeblickt, was sie mitbringen, zählt nicht, Anpassung und Unterordnung sind gefordert. Diese Haltung vergiftet auch die Bemühungen um die Kinder und Jugendlichen, die die Schulleiterin als „herausragende pädagogische Arbeit“ bezeichnet. Warum können die Lehrkräfte den Jugendlichen ihre Unterstützung nicht angedeihen lassen, ohne diese auszusondern? Sie könnten bei der Alphabetisierung unterstützen, ohne Kindern dabei die Vielfalt einer Klasse vorzuenthalten. Die Schule verstößt gegen das Recht auf Inklusion und vergibt somit viele Lernchancen. Sich mit der Lebenssituation der Kinder und Eltern auseinanderzusetzen, ist hilfreich, aber dazu muss man sie nicht nach dem Merkmal einer ethnischen Zugehörigkeit von anderen trennen.

Die Schulleiterin erklärt: „Diese Kinder mit einem Arbeitsblatt in eine normale Klasse zu setzen, bringt nichts.“ Das Bild, das sie von einer normalen Klasse und normalem Unterricht andeutet, möchte wohl keine engagierte Lehrkraft so stehen lassen. Die Schulleiterin bedient sich einer Argumentation, mit der immer wieder der Erhalt eines Parallelsystems gefordert wird – seien es Förderschulen, Starterklassen oder wie Sondereinrichtungen sonst verschleiernd benannt werden. Die Ressourcen werden jedoch in den allgemeinen Schulen gebraucht, die sich für die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler öffnen müssen und dies an vielen Stellen schon getan haben. Beruhigend, dass das Kultusministerium über die Einhaltung des Schulgesetzes wacht. Welche Haltung wollte die E&W eigentlich mit diesem Artikel transportieren?

Susanne Hoeth, Frankfurt am Main

Überflüssiger Seitenhieb

Ein überflüssiger und unsinniger Seitenhieb gegen die Inklusion! Inklusion bedeutet gerade nicht, „Kinder mit einem Arbeitsblatt in eine normale Klasse zu setzen“, sondern individuellen Bedürfnissen und Bedarfen der Kinder durch angemessene Angebote der Schule gerecht zu werden; was zugegebenermaßen nicht immer leicht ist.

Vor allem in dem roten großen Vorspann wird das gute Konzept der Sonderpädagogin Eva Grünreich völlig überflüssigerweise gegen die Inklusion gestellt.

Das wird weder dem Konzept noch der Situation vor Ort noch der Inklusion gerecht. Nur weil sich manche Kultusbürokraten mit angemessenen Schulkonzepten schwertun, muss daraus nicht ein Infragestellen der Inklusion werden.

Soll aus einem „Zentrum mit Kita, Vorschule und Anfängerklassen“ eine besondere „Roma-Schule“ werden oder kann aus der Einschulung in die „Starterklasse“ eine wirkliche Teilhabe entstehen? Eine Antwort auf diese Frage wäre spannend gewesen. Die „Watsch‘n“ gegen die Inklusion war unnötig.

Horst Babenhauserheide, Karlsruhe

Sozialromantik

(E&W 3/2020, Seite 34: „Ausbildungsparadies?“)

Mich stört es ungemein, dass in dem Artikel die „armen“ Azubis so sehr bemitleidet werden. Haben Sie sich schon einmal überlegt, wieso viele junge Menschen keinen Ausbildungsplatz erhalten? Schlechte Manieren, Aufmüpfigkeit, mangelnder Arbeitseifer, Unpünktlichkeit, und in der Berufsschule wird in Jogginghosenmanier vor sich hingeträumt. Sie müssten verrückt sein, so jemanden halten zu wollen, denn Sie würden mit der Zeit Ihr Unternehmen gegen die Wand fahren! Es werden zu einseitig die Betriebe für die Misere in die Mangel genommen. Dabei erinnere ich an meine Großeltern und Eltern, die sich nicht zu schade waren/sind, jede Woche 40 Stunden und mehr zu arbeiten, und das über Jahrzehnte. Wo ist der Biss geblieben? Wo die Tugenden? Das Stichwort ist „Wohlstandsverwahrlosung“ – jeder möchte leben wie ein König, aber nichts dafür tun. Sie sollten mal in die Betriebe gehen, statt aus Ihrem Elfenbeinturm Sozialromantik zu betreiben. Ich kenne genug Leute, die selbstständig sind und darüber seit Jahren klagen.

Marvin Weimer, Schwäbisch Gmünd

Verantwortungslos

(E&W 4/2020, Seite 4: Meldungsseite rund um die Auswirkungen der Corona-Pandemie)

Wann löst sich die Kultusministerkonferenz (KMK) auf? Ein rechtlich nicht weisungsbefugtes, hochrangiges Bildungsgremium erzwingt bundesweit Prüfungen und stellt die Gesundheit Schutzbefohlener hintenan! Wird die KMK diese Prüfung überstehen?

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde bekannt, dass Schleswig-Holstein die vernünftige Absicht bekundete, in diesem Jahr mit Blick auf Gesundheitsgefährdungen auf Prüfungen zu verzichten. Auch Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) wird nachgesagt, ursprünglich eine entsprechende Entscheidung favorisiert zu haben. Inzwischen läuft ein gewaltiges Experiment: Die KMK versucht sich in Einigkeit, Abweichler darf es nicht mehr geben! Der „Flickenteppich“ der bundesdeutschen Bildungspolitik ist allen Beteiligten und Interessierten seit Jahrzehnten bekannt. Auch jetzt wieder werden bei genauerem Hinsehen enorme Unterschiede bei der verordneten Prüfungsdurchführung deutlich. Bildung ist nun mal Länderangelegenheit! Es scheint, als >>>

>>> ob der altbekannte, in diesem Zusammenhang äußerst makabre Ausspruch gilt: „Hinterher werden wir alle klüger sein“? Ein derartiges Vorgehen kann nur als verantwortungslos bezeichnet werden! Jetzt, da noch lange Zeit sehr viele bedeutende Schutzmaßnahmen bundesweit mit großer Umsicht zur Geltung gebracht werden und die Gefahr noch längst nicht gebannt ist, werden ausgerechnet Schüler, Lehrer und andere Schulbedienstete zu „Versuchskaninchen“ degradiert. Etliche Schulleitungen werden angesichts der bundesweit eher schwach ausgestatteten Bildungseinrichtung „Schule“ vor schier unlösbare Aufgaben gestellt. Erforderliche Hygienemaßnahmen sind kaum oder nur bedingt unter großer Anstrengung umzusetzen. Ein Ansteckungsrisiko bleibt! Das alles wird in Kauf genommen, nur um ein althergebrachtes, inzwischen äußerst fragwürdiges „Bildungselement“, nämlich das der Prüfungen, durchzudrücken. Koste es, was es wolle. Dass diese Prüfungen immer noch die Wirkung der Selektion haben und dem Gedanken einer Inklusion konträr entgegenstehen, bleibt unbeachtet! Dabei ist Eingeweihten längst bekannt: Jeder Tag stellt uns vor große Herausforderungen und kann eine „Prüfung“ sein. Ausgerechnet diejenigen, die eigentlich den großartigen Bildungsgedanken verkörpern sollten, der im Übrigen auch Verantwortung beinhaltet – die Kultusminister –, stellen ihr Image erheblich infrage.

Reinhold Hoge, Berlin

Schämen reicht nicht

(E&W 4/2020, Seite 14 f.: Themenschwerpunkt Prekäre Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung: „Ausbeutung in der Erwachsenenbildung: Selbst der Minister schämt sich“)

Endlich wird in der E&W ausführlicher über die skandalöse Lage in der Weiterbildung berichtet. Als Deutsch-Dozentin in Kursen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das heißt letztlich das Bundesinnenministerium durchführt, arbeite ich seit vielen Jahren in genau diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Eine Änderung unserer unwürdigen Arbeitsbedingungen wäre ganz einfach: Der sich angeblich schämende Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sollte mit seinem Kollegen, dem Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), ein ernstes Wort sprechen: Das Bundesinnenministerium soll das BAMF finanziell besser ausstatten, sodass es den Trägern der Sprach- und Weiterbildungskurse für Migrantinnen und Migranten (das heißt privaten Schulen, Volkshochschulen) die entsprechenden Gelder geben kann und diese dann dazu verpflichten, die Dozentinnen und Dozenten nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), Entgeltgruppe 11, einzustellen.

Irmentraud Schlaffer, Paderborn

Zu wenig Reflexion

(E&W 4/2020, Seite 32 f.: „Gründet in Ostberlin Gymnasien!“)

Ich bin dem Redakteur und der E&W dankbar für dieses Interview. Es ist eines der raren Dokumente, die zeigen, wie in die Nachwendezeit involvierte linke Politikerinnen und Politiker aus dem Westen bis heute ihre eigene Rolle zu wenig reflektiert und aufgearbeitet haben. Das Gespräch mit der sehr geschätzten und angesehenen Sybille Volkholz verdeutlicht das sehr anschaulich.

Zum einen widerspricht sie vehement der wissenschaftlich unstrittigen Erkenntnis, das westdeutsche Schulmodell sei dem ostdeutschen nach 1989 im Wesentlichen übergestülpt worden, und dabei seien ostdeutsche Bildungstraditionen und Erfahrungen weitgehend auf der Strecke geblieben. Und wie begründet sie ihre andere Sichtweise als damals involvierte Berliner Bildungssenatorin? Neben dem Verweis auf diverse Arbeitsgruppen stellt sie als zentrale Erfolge jener Zeit die Einführung des Zwei-Säulen-Schulmodells im Land Berlin und die allmähliche Einführung der Inklusion heraus. Beides hat mit dem Erhalt ostdeutscher Erfahrungen jedoch nichts zu tun. Allenfalls hat die fehlende Hauptschule im Osten diese Strukturreform im Westteil der Stadt erleichtert. Sie spricht plötzlich selbst vom „Überrollen“, macht dafür aber andere verantwortlich: „Unsere Strategie, den Ostteil nicht zu überrollen, war an den Bedürfnissen der Familien ... und an den politischen Mehrheiten in der DDR gescheitert.“ Demnach waren es die Ossis selbst, die das Überrollen einforderten – und (siehe Titel) auch im Ostteil wie im Westen die Etablierung von Gymnasien zur Herstellung von Chancengleichheit verlangten.

Auf der anderen Seite nennt sie in dem Interview mehrere Beispiele, bei denen ihre Ziele an Wessi-Interessen und -Strukturen gescheitert sind: Die Abschaffung der einphasigen Lehrerausbildung im Osten konnte sie nicht verhindern, das hohe Bildungsniveau der DDR-Schulen, insbesondere in Naturwissenschaften und den Grundschulen sei „leider vollständig unter den Tisch gefallen“. Und: Erst nach vielen Jahren habe sie den „gravierenden Fehler“ begriffen, den sie 1990 mit Blick auf ein ganz anderes Professionsverständnis und die Verantwortlichkeiten ostdeutscher Lehrkräfte gemacht habe. Selbst das von ihr in Auftrag gegebene Austauschprogramm von Lehrkräften zwischen Ost- und West-Berlin wurde von der (Westberliner) Schulverwaltung „solange ausgebremst, bis ich nicht mehr im Amt war und Berlin eine neue, CDU-geführte Regierung hatte“. Letztendlich räumt sie dann, bezogen auf die ostdeutschen Schulerfahrungen vor der Wende ein: „Auf unserer Seite hat es zu wenig Bereit-

schaft gegeben, aus dieser Erfahrung zu lernen und zu überlegen, was können wir davon für uns übernehmen.“ Man begreift, wie schwer es für solche Akteure auch heute noch ist, ihr damaliges Handeln und Mitmachen einerseits sowie ihr demokratisches Selbstverständnis andererseits unter einen Hut zu bringen.

Hugo Reister, Berlin

Was darf die Satire? Alles

(E&W 4/2020, Seite 45 f.: Leserforum zur „Diesmal“-Karikatur aus E&W 2/2020)

Da habt Ihr mit der Karikatur „Fleischer als Seiteneinsteiger“ ja etwas angerichtet. Die einen sehen die Lehrerinnen und Lehrer diskriminiert, die anderen die Fleischerinnen und Fleischer, die nächsten einen unzulässigen Angriff auf die Vegetarier oder Nichtvegetarier oder die Schlachtermesser … Es konnte aber auch niemand ahnen, dass es in der GEW so viele gibt, die den Sinn einer satirischen Karikatur allgemein nicht verstehen und speziell bei dieser nicht begreifen können oder wollen, dass sie sich nicht gegen die oben genannten Personengruppen richtet.

Tucholsky hat recht: „Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel. … Was darf die Satire? – Alles.“

Uwe Kaiser, Hainichen

Weiter so

Bitte nicht Bange machen lassen. Bitte weiter so mit den Karikaturen! Provozieren liegt in der Natur der Sache!

Jochen Mayol, Dortmund

Setzen, Eins!

Eine bildungspolitische Karikatur, die es auf einen Schlag schafft, Quereinsteiger, pensionierte Lehrkräfte, Metzger, abgewiesene Quereinsteiger und Berufsschullehrkräfte, die Metzgerlehrlinge ausbilden, so zu erzürnen (es fehlt nur noch ein Brief aus der Elternschaft), hat ihr Ziel doch wohl mehr als erreicht. Setzen, Eins!

Anke Walzer-Mirwald, Bissendorf

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum,
die Leserbriefe mit einer maximalen
Textlänge von 2.000 Zeichen
(inklusive Leerzeichen) einzusenden.
Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zu kürzen.
Anonym zugesandte Leserbriefe
werden nicht veröffentlicht.

Corona-Nothilfe weltweit
Jetzt spenden!

Das Coronavirus verändert alles. In Deutschland und auf der ganzen Welt. Die Menschen in den ärmsten Ländern trifft es besonders hart. Aktion Deutschland Hilft leistet Nothilfe. Mit Hygienekits, Medikamenten und sauberem Trinkwasser. Helfen Sie uns, Leben zu retten. **Jetzt mit Ihrer Spende!**

Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30
Online spenden unter: **www.Aktion-Deutschland-Hilft.de**

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
10 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendfahrten
• Radtouren
Fam. Koopmans
Slinke 19, NL9011 WV Jirnsum
Ruf +31 566 631604
info@frieslandcharter.nl
www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10

TOSKANA
Urlaub im BIO-Weingut.
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche. Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
Tel./Fax 0039-571-408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Schullandheim im Nordschwarzwald
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.
AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

E&W

Erziehung & Wissenschaft 05/2020
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

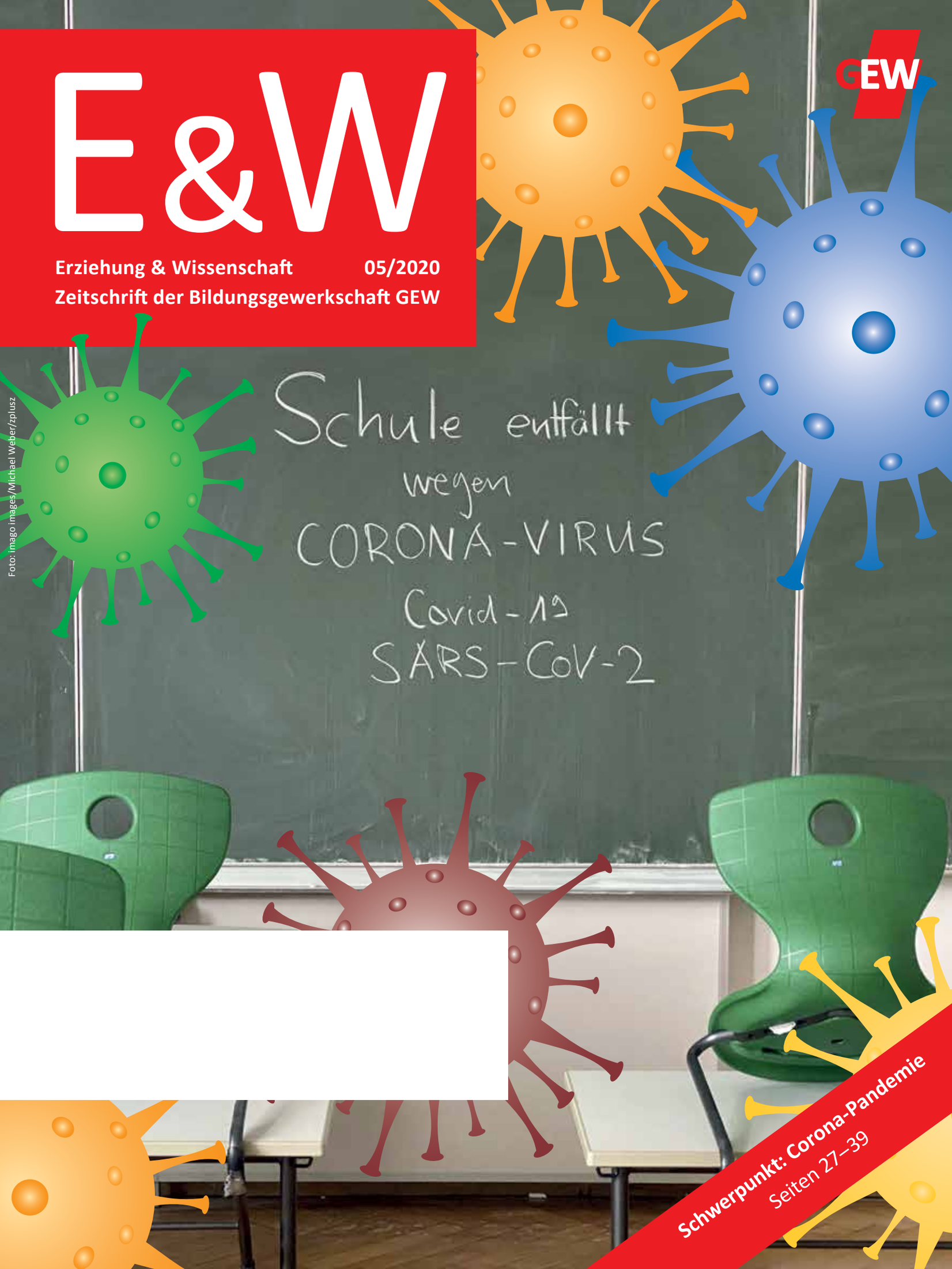


Foto: imago images/Michael Weber/zplusz

Schwerpunkt: Corona-Pandemie
Seiten 27–39